

Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik



Herausgeber:
Statistische Ämter der Länder

Herstellung und Redaktion:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0
Fax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Druck:
Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erscheinungsfolge: einmalig
Erschienen im September 2010
Preis: 5,00 EUR

Die Print-Version kann bei allen Statistischen Ämtern der Länder oder im Internet unter www.statistikportal.de bestellt werden.

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistikportal.de/Statistik-Portal/20JahreDeutscheEinheit.pdf

Karten erstellt im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg mit RegioGraph, © Karten-
grundlage GfK Geomarketing GmbH

Fotorechte:
© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems, 2010
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Am 3. Oktober 2010 feiern die Deutschen den 20. Jahrestag ihrer Wiedervereinigung. Die Statistischen Ämter der Länder haben dieses Jubiläum zum Anlass genommen, die Entwicklung der 16 Bundesländer seit der Deutschen Einheit näher zu beleuchten. In dieser Veröffentlichung finden Sie Daten der amtlichen Statistik aus verschiedenen Bereichen, wie zum Beispiel Bevölkerung, Bildung, Wirtschaft und Soziales. Zusammengenommen ergeben diese zwar kein vollständiges und erschöpfendes, aber doch ein sehr informatives Bild über die Entwicklungen der Lebensverhältnisse in Ost und West sowie Nord und Süd.

Die amtliche Statistik hat die Aufgabe, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse in Deutschland abzubilden und ist dabei zur Neutralität, Objektivität und Unabhängigkeit verpflichtet. Dadurch ist gewährleistet, dass die Daten der amtlichen Statistik eine gute Grundlage für fundierte und sachorientierte Entscheidungen der Regierenden sein können.

Die meisten Statistiken, die für diese gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Landesämter verwendet wurden, liegen bereits ab dem Jahr 1991, in einigen Fällen sogar ab 1990 vor. Bei anderen Statistiken, die nicht bis zur Wiedervereinigung zurückreichen, wird in dieser Veröffentlichung vom jeweils ersten verfügbaren Jahr nach der Wiedervereinigung ausgegangen und die Entwicklung bis zum aktuellen Rand beschrieben.

Diese Gemeinschaftspublikation vermittelt einen Einblick in die Arbeit der Statistischen Landesämter. Weitere Informationen erhalten Sie auch im gemeinsamen Statistikportal der Statistischen Ämter unter www.statistikportal.de.

Bad Ems, im September 2010

Jörg Berres

Präsident des Statistischen Landesamtes
Rheinland-Pfalz

Vorwort	3
Abkürzungen und Hinweise	8
Deutschlandkarte	9
Bevölkerung	
Bevölkerungsveränderung 1991 bis 2008	11
Bevölkerungsdichte 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	12
Durchschnittliche jährliche Wanderungsgewinne und -verluste über die Landesgrenze zwischen 1991 und 2008	14
Wanderungssaldo 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	15
Altersstruktur 1991 und 2008	16
Bevölkerungspyramiden 1991 und 2008	18
Jugendquotient 1991 und 2008	20
Altenquotient 1991 und 2008	21
Zusammengefasste Geburtenziffer 1991 und 2008	22
Anteil der nicht ehelich Geborenen an den Lebendgeborenen insgesamt 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	23
Eheschließungen 1991 und 2008	24
Eheschließungen 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	25
Haushaltsgröße 1991 und 2008	26
Bildung	
Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen 1995 und 2008 nach Abschlussart	28
Studienanfängerquote 1995 und 2008 nach Land des Studienortes	30
Bildungsausländer in den Wintersemestern 1995/96 und 2008/09	31
Wanderungssaldo der Studierenden in den Wintersemestern 1995/96 und 2008/09	32
Wirtschaft	
Arbeitsproduktivität 1991 und 2009	33
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 1991 bis 2009	34
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 1996 bis 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	35

Inhaltsverzeichnis

Bruttowertschöpfung 1991 und 2009	36
Verfügbares Einkommen 1991 und 2008	38
Verfügbares Einkommen 2007 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	39

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe 1991 und 2007 nach Betriebsgrößenklassen	40
Produktionswert tierischer und pflanzlicher Erzeugung 2008	42
Die drei landwirtschaftlichen Produkte mit dem höchstem Anteil am Produktionswert des jeweiligen Landes 2008	43

Erwerbstätigkeit

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1991 bis 2009	44
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1991 bis 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	45
Erwerbsquote 1991 und 2008	46
Erwerbsquote 2008	47
Teilzeitquote 1995 und 2008	48
Selbstständigenquote 1991 und 2009	49
Arbeitsvolumen 1998 und 2009	50
Arbeitsvolumen 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	51
Arbeitslosenquote 1997 und 2009	52
Arbeitslosenquote 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	53

Tourismus

Gästeintensität 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	54
Übernachtungsintensität 1992 und 2009	56
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 1992 und 2009	57

Umwelt und Verkehr

Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 1995 und 2007	58
Aufkommen an Haus- und Sperrmüll 1990 und 2008	59
Flächennutzung 2008	60
Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992 bis 2008	61

Veränderung der Energieproduktivität 1991 bis 2007	62
Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch 1990 und 2007	63
Pkw-Dichte 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	64

Gesundheit

Bettendichte in Krankenhäusern 1995 und 2008	66
Pflegebedürftige 2007 nach Geschlecht	67
Pflegebedürftige 2007 nach Pflegeart	68
Pflegebedürftige und Pflegequoten 2007	69

Wohnen

Eigentumsquote 1998 und 2006	70
Durchschnittliche Wohnfläche 2008	71
Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 1995 und 2008	72

Soziales

Betreuungsquote in Kindertagesbetreuung 2009	73
Anteile der Mütter und Väter am Bezug von Elterngeld 2009	74
Elterngeldbeträge 2009	75
Anteil der Väter an den Elterngeldbeziehern 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen	76

Wahlen

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1990 und 2009	77
Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen 1990 und 2009 nach Geschlecht	78

Statistische Ämter der Länder

Weiterführende Informationen	80
Anschriften	82
Projektgruppe	84

Abkürzungen

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BE	Berlin
BB	Brandenburg
HB	Bremen
HH	Hamburg
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
SH	Schleswig-Holstein
TH	Thüringen

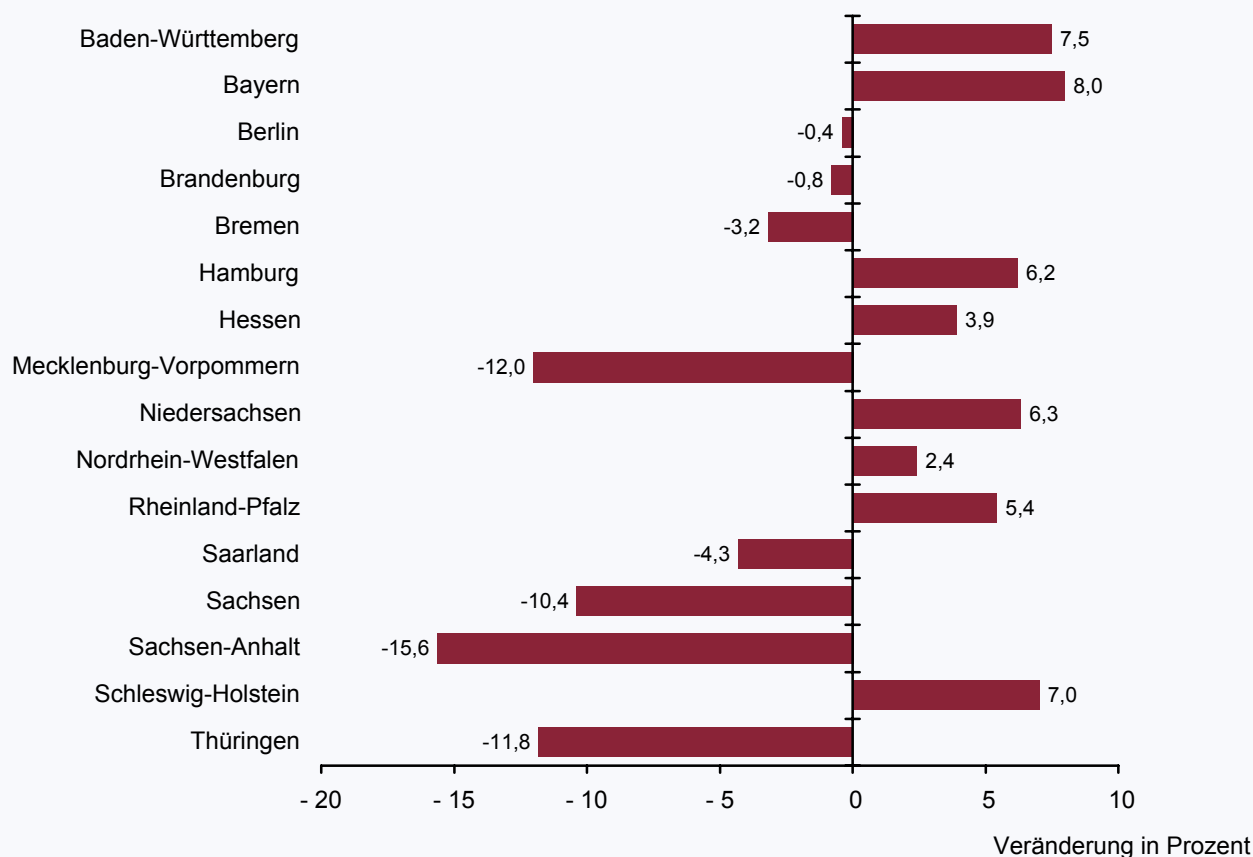
Hinweise

Die Zeitvergleiche beginnen soweit möglich mit dem Jahr 1991 und enden mit dem aktuell verfügbaren Jahr. Sofern Statistiken erst nach 1991 eingeführt wurden und in Fällen, in denen gravierende methodische Umstellungen vorgenommen wurden, beginnen die Zeitvergleiche mit dem ersten verfügbaren bzw. vergleichbaren Jahr.

Die Klasseneinteilung der Karten wurde nach der Methode der gleichen Besetzungsstärke gewählt. In den Länderkarten wurden die Merkmale dabei in drei Klassen, in den Kreiskarten in fünf Klassen untergliedert.



Bevölkerungsveränderung 1991 bis 2008



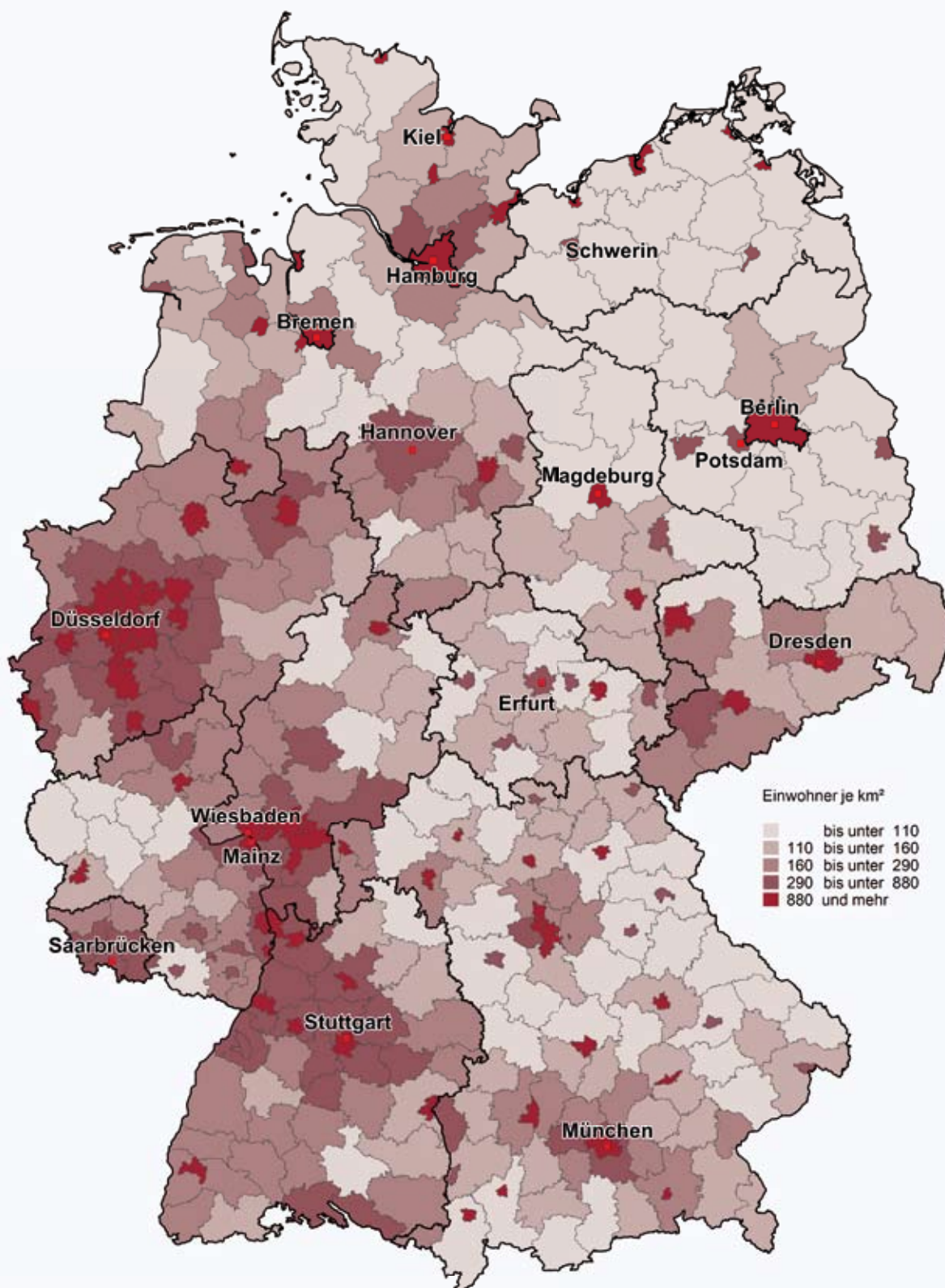
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Die Bevölkerungsveränderung wird von drei Komponenten bestimmt: den Geburten, den Sterbefällen und den Wanderungen. Die Geburten und die Sterbefälle sind von der Altersstruktur einer Bevölkerung abhängig. Die Wanderungen werden insbesondere von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in den Ländern und Staaten beeinflusst, zwischen denen die Bewegungen stattfinden.

Die größte Wirkung auf die Bevölkerungsveränderungen in den einzelnen Bundesländern hatten im Zeitraum zwischen 1991 und 2008 die Wanderungen. So wurden die größten Bevölkerungsrückgänge in Sachsen-Anhalt (–15,6 %), Mecklenburg-Vorpommern (–12 %) und Thüringen (–11,8 %) registriert. Neben den relativ hohen Fortzugszahlen in diesen Ländern führten dort aber auch niedrige Geburtenzahlen zum Bevölkerungsverlust.

Bevölkerungszunahmen können insbesondere Bayern (+8 %), Baden-Württemberg (+7,5 %) und Schleswig-Holstein (+7 %) vorweisen. Von den Stadtstaaten kann lediglich Hamburg (+6,2 %) über den Zeitraum 1991 bis 2008 eine positive Bilanz aufweisen, wohingegen Berlin (–0,4 %) und Bremen (–3,2 %) einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen haben.

Bevölkerungsdichte 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Feststellung des Gebietsstandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Die Bevölkerungsdichte bezieht die Einwohnerzahl auf die Fläche der jeweiligen Verwaltungseinheit. Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche Bevölkerungsdichte in Deutschland bei 230 Einwohnern je Quadratkilometer, jedoch bestehen regional sehr starke Unterschiede. Eher ländliche Regionen mit großen Flächen und wenig Einwohnern haben dementsprechend geringe Werte zu verzeichnen, Städte und städtische Regionen mit meist geringer Fläche und hoher Einwohnerzahl entsprechend hohe. Dieser Effekt wirkt sich auch auf die Vielzahl kleiner und mittlerer kreisfreier Städte aus, die als Kerngemeinden in den sonst eher dünner besiedelten Regionen eine hohe Bevölkerungsdichte aufweisen.

Die historisch bedingte Industrialisierung im Westen und Südwesten unseres Landes hat dort zu einer relativ hohen Bevölkerungsdichte geführt, während im traditionell eher landwirtschaftlich geprägten Norden und im Osten der Bundesrepublik die Bevölkerungsdichte am geringsten ist.

Die Karte stellt dar, dass die Bevölkerungsdichte besonders in den Großstadtreionen mit internationaler Bedeutung, den sogenannten Metropolregionen, sehr hoch ist. Hierzu zählen die Metropolregionen Berlin/Brandenburg, Bremen-Oldenburg, Hamburg, Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg, München, Nürnberg, Frankfurt/Rhein-Main, Rhein-Neckar, Rhein-Ruhr, Sachsendreieck und Stuttgart. Insgesamt leben hier 58 Mill. Menschen, davon allein in der Metropolregion Rhein-Ruhr 11,6 Mill.

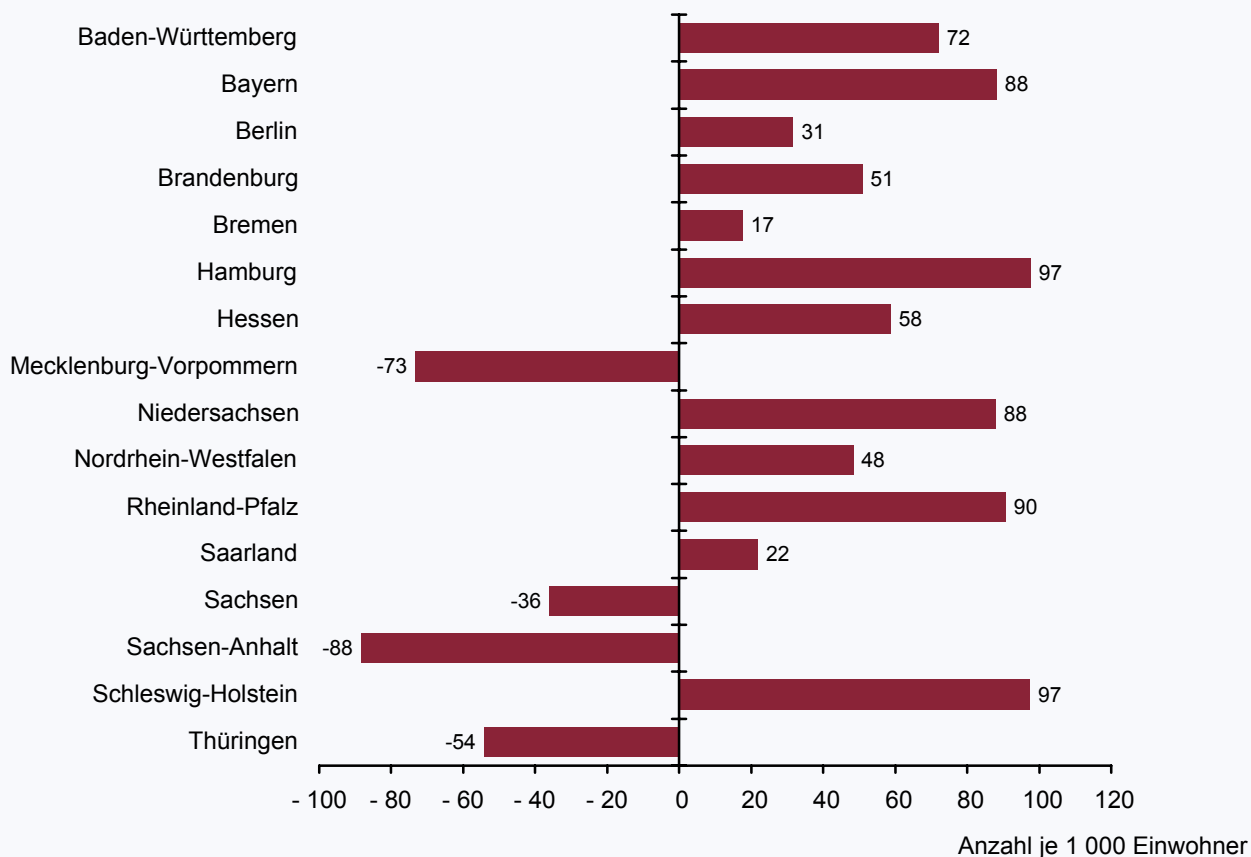
Am höchsten fiel die Bevölkerungsdichte in der bayerischen Landeshauptstadt München mit 4275 Einwohnern je Quadratkilometer aus. Mit deutlichem Abstand folgen die Bundeshauptstadt Berlin (3849) und die Stadt Herne (3247).

Der Landkreis mit der höchsten Einwohnerdichte ist Mettmann. Dort leben auf einem Quadratkilometer 1226 Einwohner. Es folgen der Main-Taunus-Kreis (1017) und der Landkreis Offenbach (945).

Die Landkreise mit der geringsten Bevölkerungsdichte liegen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. In den Landkreisen Mecklenburg-Strelitz, Müritzt, Prignitz und Altmarkkreis-Salzwedel leben im Schnitt weniger als 40 Einwohner auf einem Quadratkilometer.

Die Gemeinde mit der geringsten Bevölkerungsdichte ist Wiedenborstel in Schleswig-Holstein. Dort wohnten 2008 auf einer Fläche von 4,5 Quadratkilometer lediglich fünf Einwohner. Damit liegt die Einwohnerdichte in Wiedenborstel bei 1,1 Einwohnern je Quadratkilometer.

Durchschnittliche jährliche Wanderungsgewinne und -verluste über die Landesgrenze zwischen 1991 und 2008



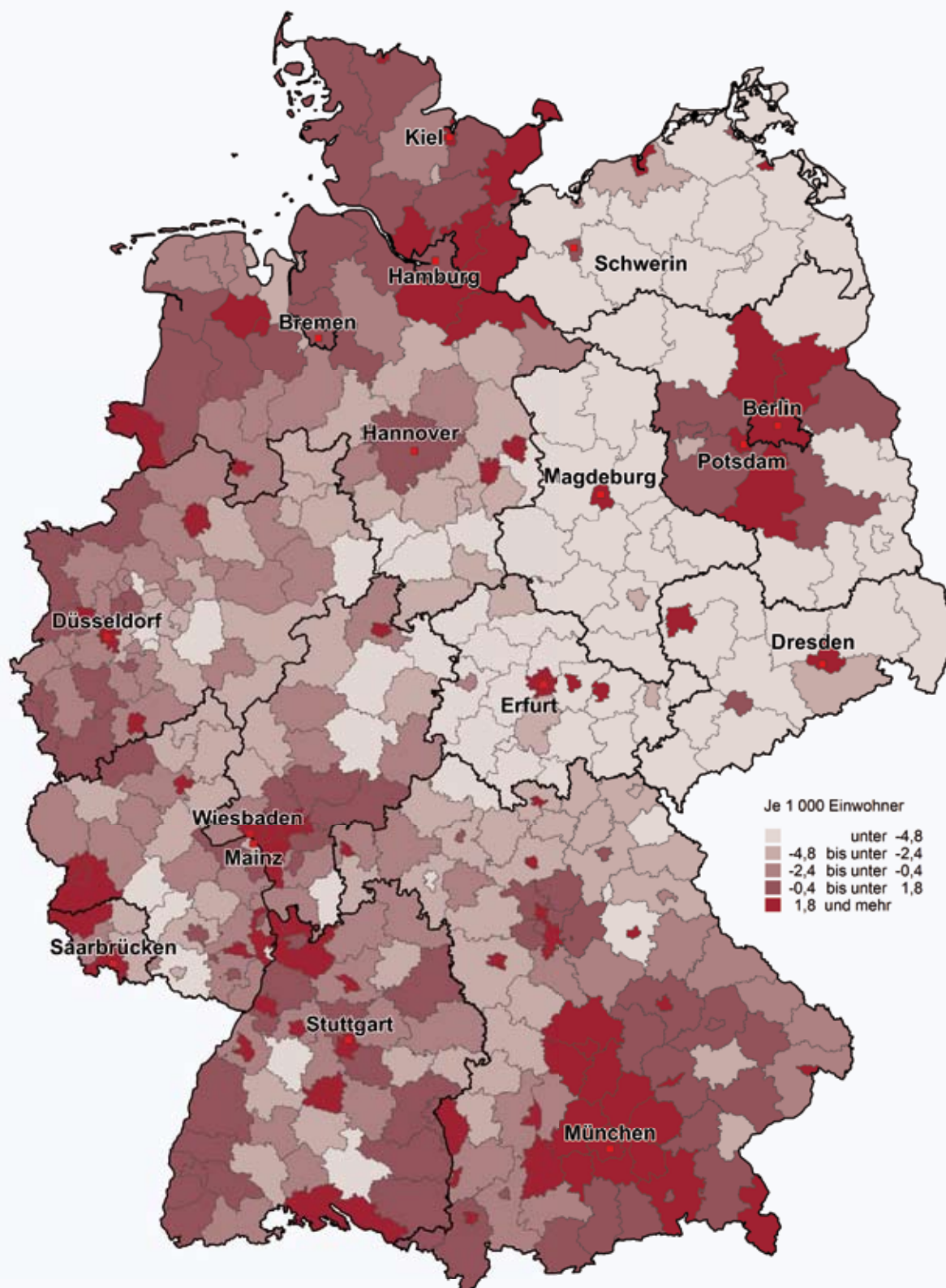
Quelle: Wanderungsstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (durchschnittliche Jahresbevölkerung)

Zuzüge und Fortzüge können innerhalb einer Gebietsgrenze (Binnenwanderung) oder über die Gebietsgrenze hinweg (Außenwanderung) erfolgen. Die Wanderungsgewinne bzw. -verluste der Bundesländer zwischen 1991 und 2008 sind maßgeblich durch die hohen Zuzüge bzw. Fortzüge zu Beginn der 90er-Jahre begründet. Neben den Wanderungen zwischen den Bundesländern wurden zu dieser Zeit auch hohe Zuzugszahlen aus dem Ausland registriert.

Der überwiegende Teil der Bundesländer konnte im Betrachtungszeitraum Wanderungsgewinne verzeichnen. Am stärksten fielen diese in Hamburg und Schleswig-Holstein mit jeweils 97 Zuzügen je 1 000 Einwohnern aus. Aber auch Rheinland-Pfalz (90 je 1 000 Einwohner), Bayern und Niedersachsen (jeweils 88) wiesen sehr hohe Zugewinne aus. Mehr Abwanderungen als Zuwanderungen mussten Sachsen-Anhalt (–88 je 1 000 Einwohner), Mecklenburg-Vorpommern (–73), Thüringen (–54) und Sachsen (–36) hinnehmen.

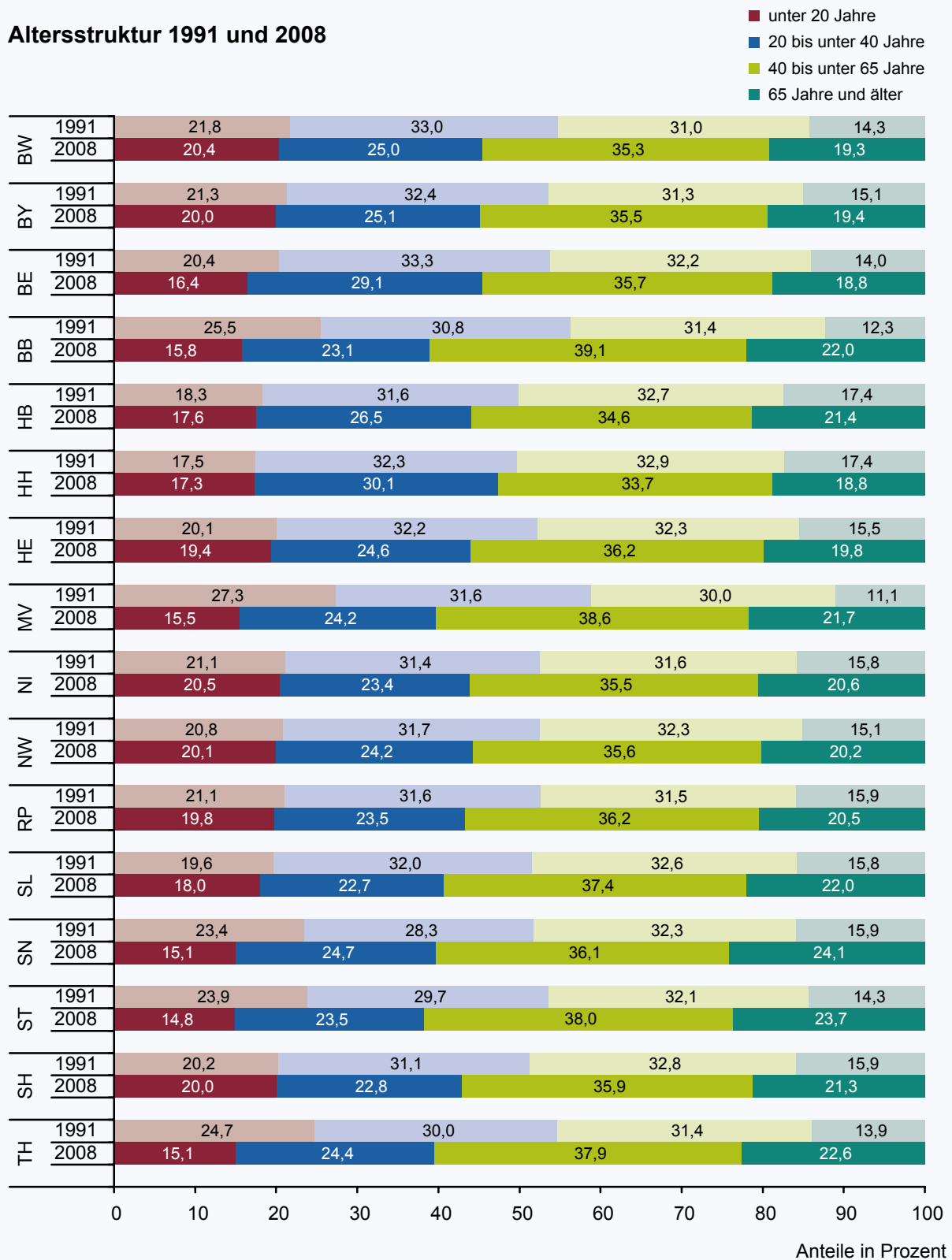
Auf Kreisebene ragten im Jahr 2008 beim Wanderungssaldo die Städte Flensburg, Potsdam, Leipzig und Kempten (Allgäu) mit Nettozuwanderungen zwischen 10,1 und 12,8 je 1 000 Einwohnern hervor.

Wanderungssaldo 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Wanderungsstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (durchschnittliche Jahresbevölkerung)

Altersstruktur 1991 und 2008



Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Der Vergleich der Altersstruktur der Bevölkerung von 1991 mit der Altersstruktur der Bevölkerung von 2008 zeigt, dass der demografische Wandel voll im Gang ist. Die Altersgruppe der jüngeren Bürgerinnen und Bürger schrumpft und die der älteren wächst kräftig, was zur demografischen Alterung der Gesellschaft führt.

Im Zeitraum von 1991 bis 2008 sind in allen Ländern die Bevölkerungsgruppen der unter 20-Jährigen und der 20- bis unter 40-Jährigen kleiner geworden. Die Gruppen der 40- bis unter 65-Jährigen sowie der 65-Jährigen und Älteren wachsen dagegen an.

Die Zahl der unter 20-Jährigen hat in den neuen Bundesländern besonders stark abgenommen: 1991 waren dort noch die höchsten Anteile zu verzeichnen (Mecklenburg-Vorpommern: 27,3%), im Jahr 2008 sind es die geringsten (Sachsen-Anhalt: 14,8%).

In der Gruppe der 20- bis unter 40-Jährigen hatten die neuen Bundesländer 1991 meist geringere Anteile, ebenso wie nach dem allgemeinen Rückgang zum Jahr 2008. Auffällig ist der jeweils besonders hohe Anteil in Berlin (1991: 33,3%; 2008: 29,1%), nur Hamburg hatte 2008 mit 30,1% noch mehr 20- bis unter 40-Jährige. Dort ist auch die geringste Veränderung bei der eher jüngeren Bevölkerung zu erkennen.

Eine eher junge Altersstruktur – mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 40 Jahre – hatten 1991 noch alle Länder außer Bremen und Hamburg. In beiden Stadtstaaten fehlte es vor allem an unter 20-Jährigen. Im Jahr 2008 erreichten die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bei den unter 40-Jährigen nicht einmal mehr die 40%-Marke.

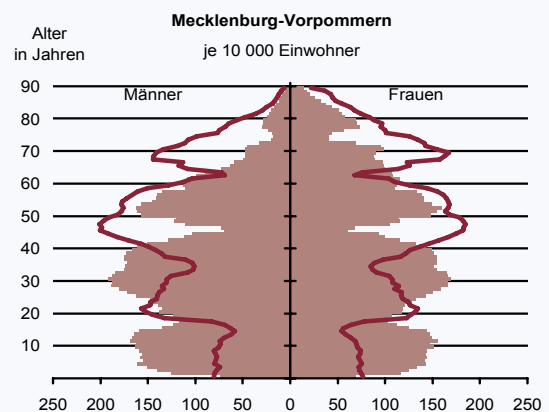
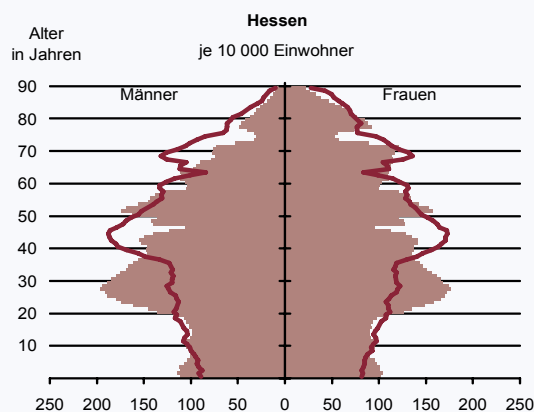
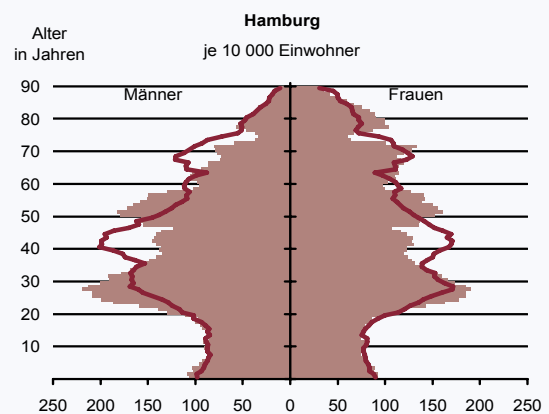
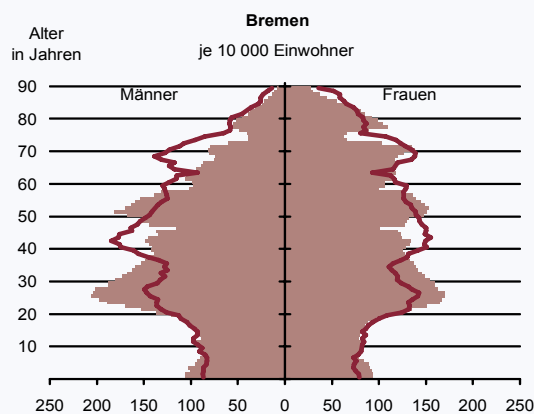
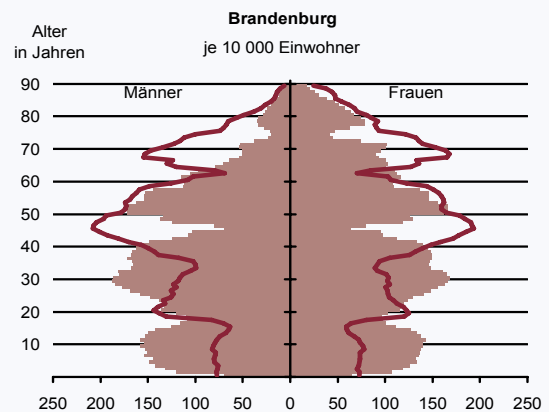
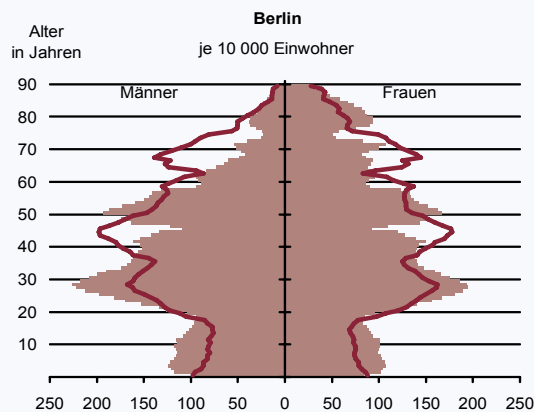
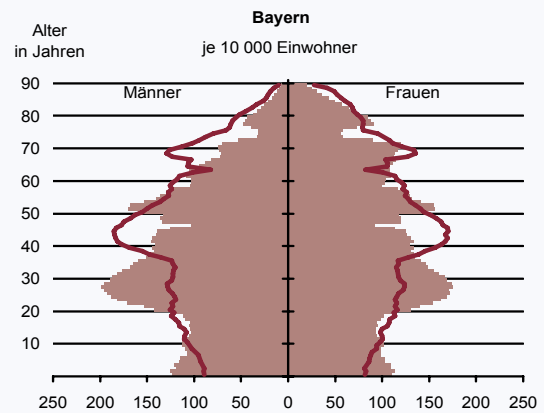
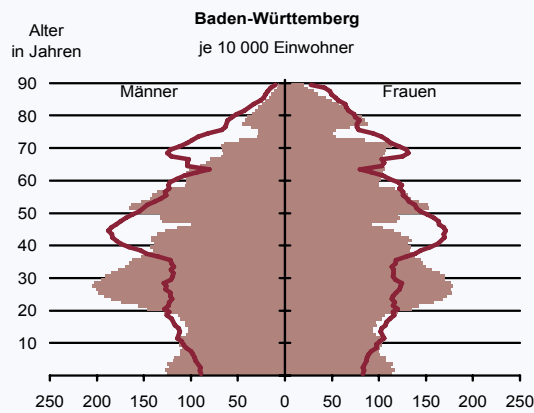
In Mecklenburg-Vorpommern stieg der Anteil der 40- bis unter 65-Jährigen von 30% im Jahr 1991 (und damit dem niedrigsten Wert aller Länder) auf 38,6% im Jahr 2008 (und somit den zweithöchsten Wert aller Bundesländer). Nur in Brandenburg war der Anteil dieser Altersgruppe 2008 mit 39,1% noch höher.

Auch in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren wiesen 1991 die Stadtstaaten Bremen und Hamburg auf der einen Seite sowie Mecklenburg-Vorpommern auf der anderen Seite die Extremwerte auf. Einem Anteil von nur 11,1% in Mecklenburg-Vorpommern standen jeweils 17,4% in Bremen und Hamburg gegenüber. Im Jahr 2008 haben dann die neuen Bundesländer die höchsten Anteile an Älteren in der Bevölkerung. Das Maximum wurde in Sachsen mit 24,1% erreicht.

Auf den folgenden Seiten zeigen die Bevölkerungspyramiden anschaulich die demografische Alterung zwischen den Jahren 1991 und 2008. Für die bessere Vergleichbarkeit der Länder wurden hierfür die absoluten Zahlen der männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung jedes Altersjahres auf jeweils 10 000 Einwohner bezogen.

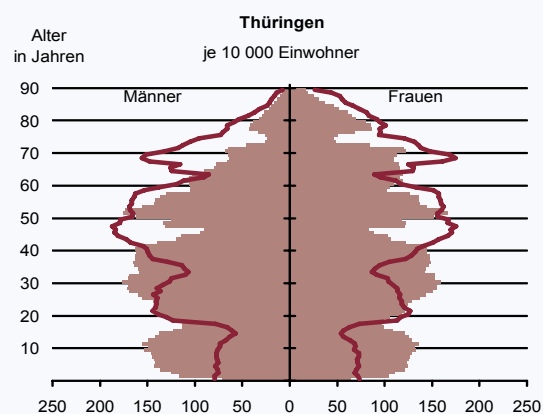
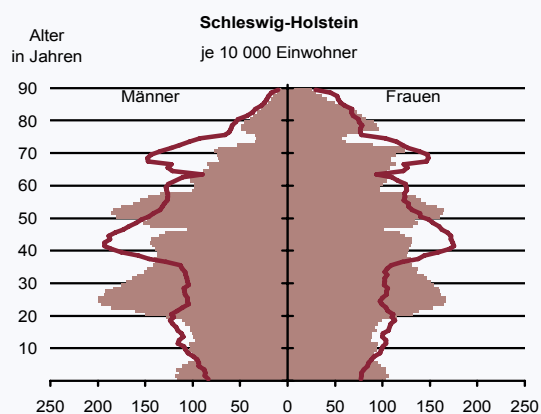
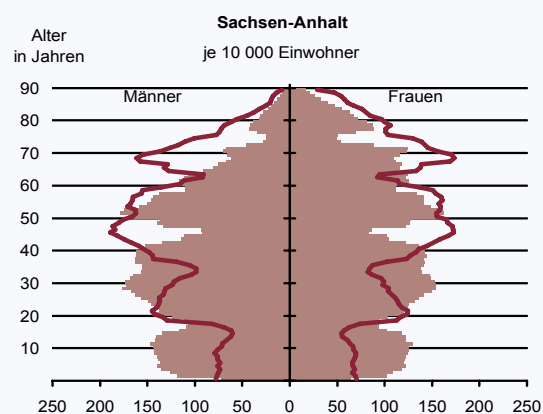
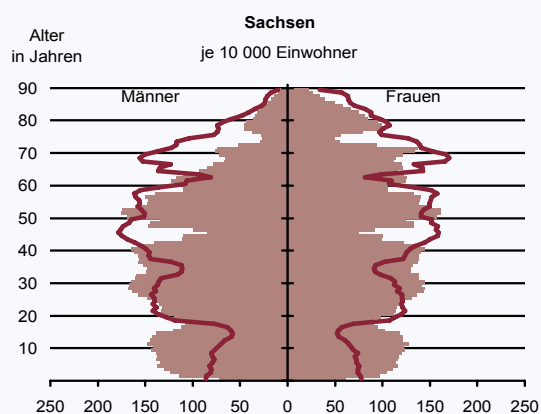
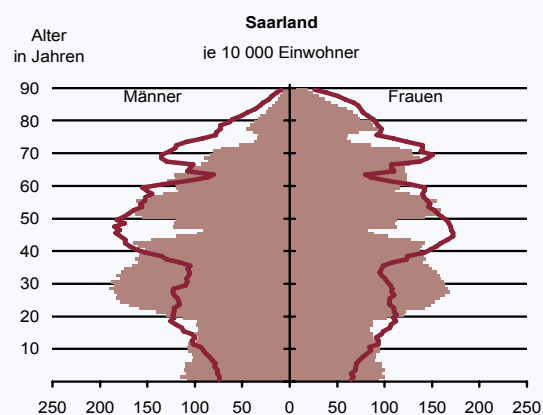
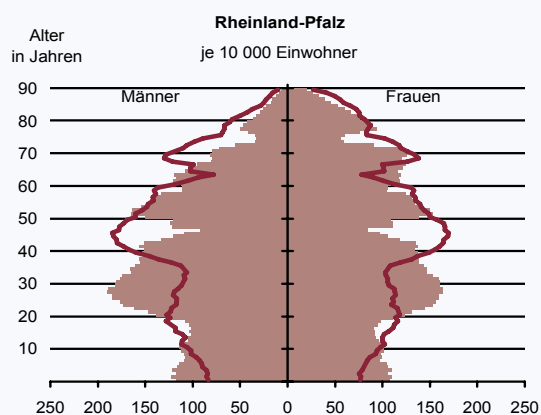
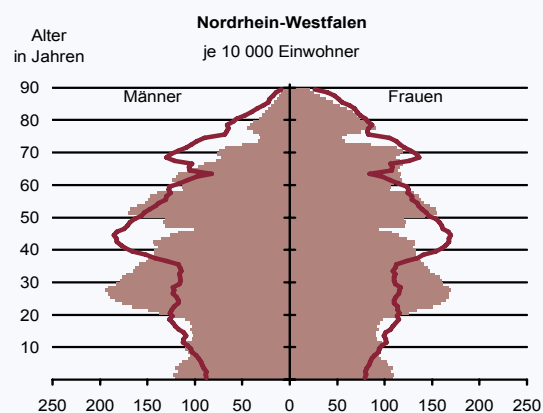
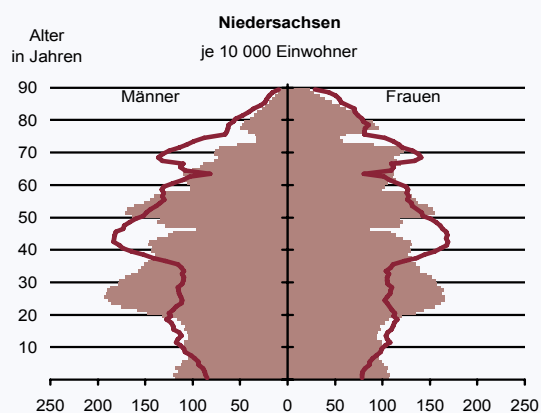
Bevölkerungspyramiden 1991 und 2008

1991
2008



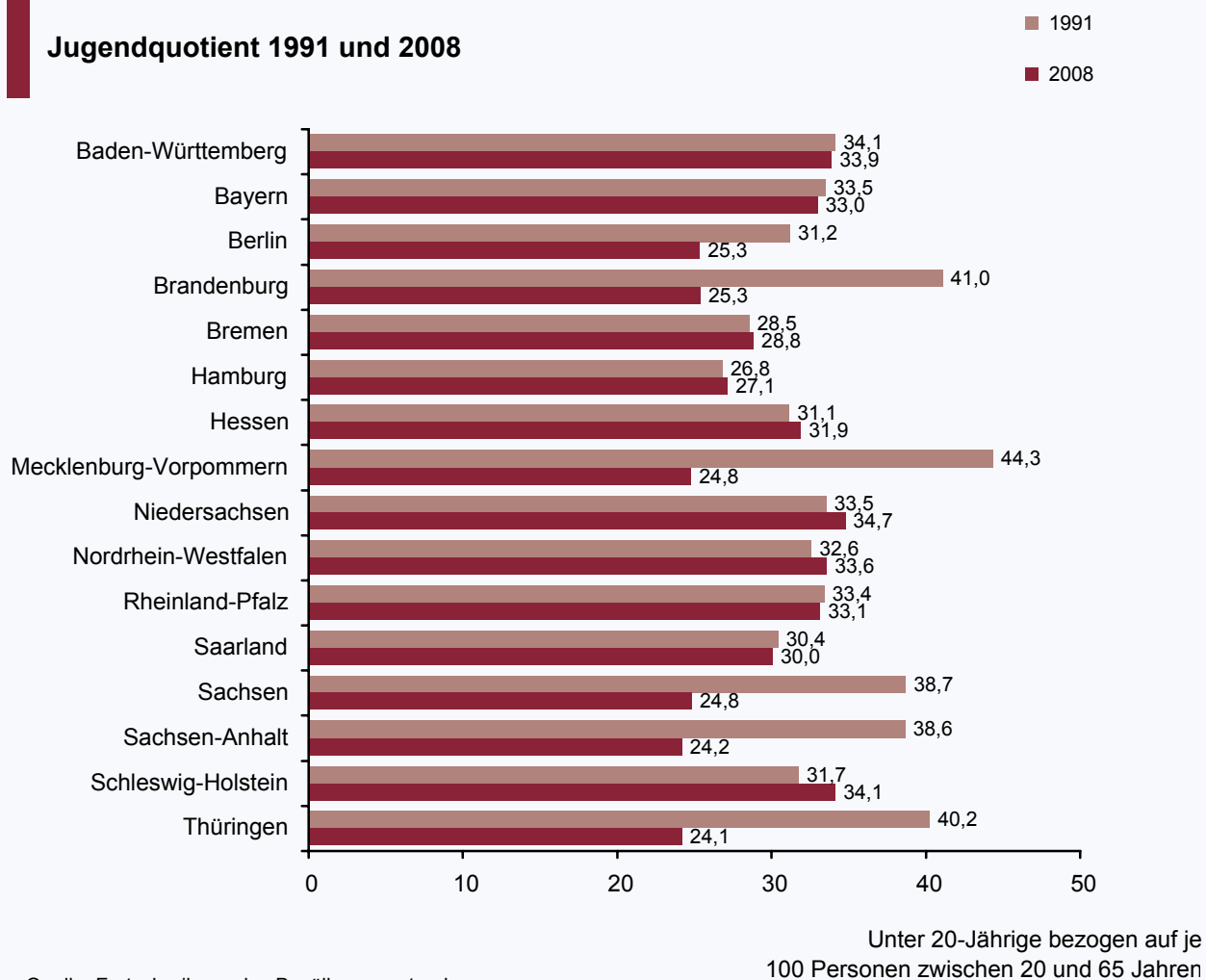
Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

1991
2008



Quelle: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Jugendquotient 1991 und 2008

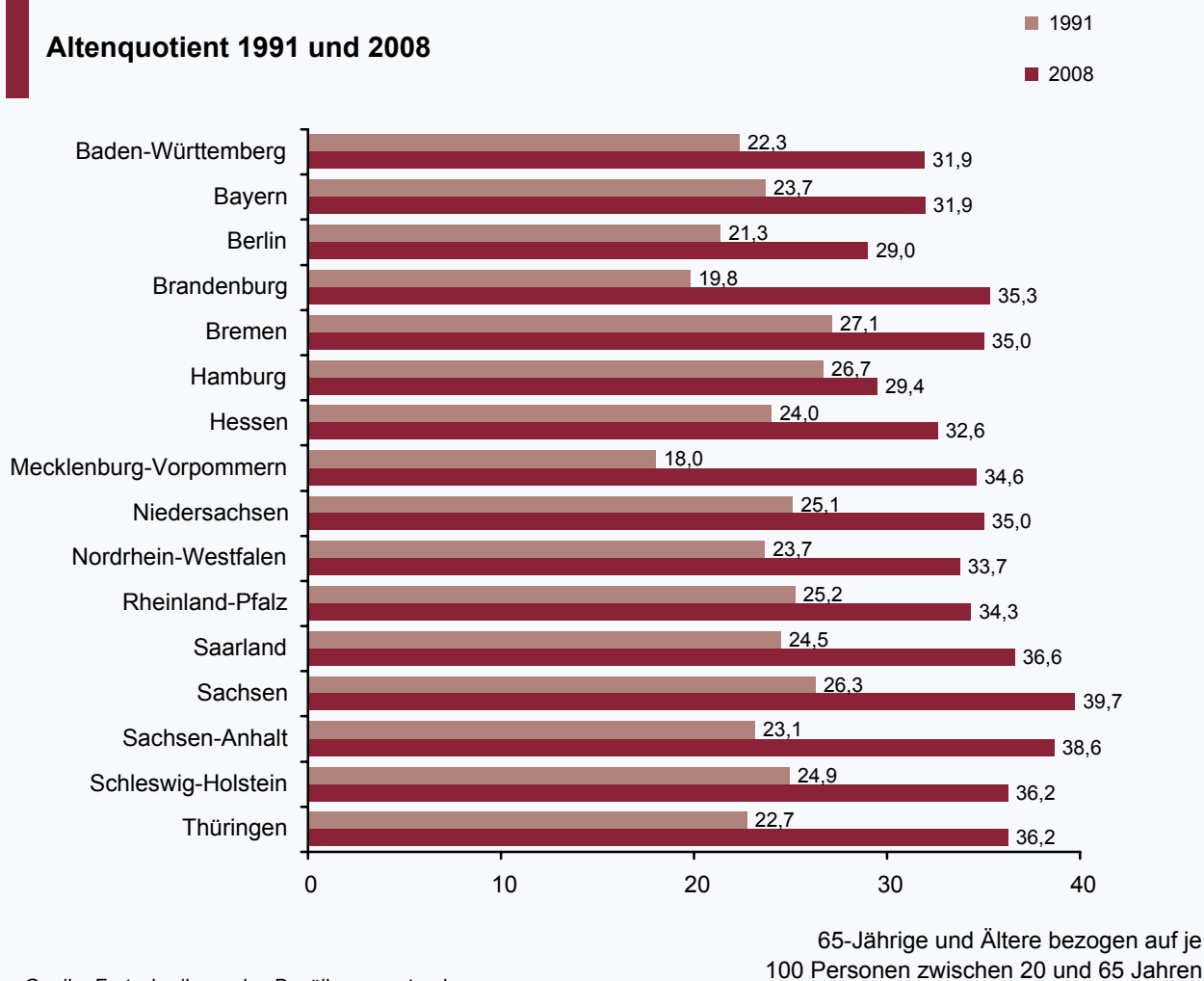


Der Jugendquotient ist das Verhältnis der Anzahl junger Menschen von unter 20 Jahren bezogen auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren. Der Quotient ermöglicht den Vergleich der Altersstrukturen in den verschiedenen Ländern. Je höher der Jugendquotient, desto höher ist der Anteil zurzeit noch „abhängiger“, später aber potenziell erwerbsfähiger Personen.

Im Vergleich der Jahre 1991 und 2008 blieb der Jugendquotient in 10 der 16 Bundesländer fast unverändert. Auffällig ist jedoch der Jugendquotient in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dort lag er 1991 noch weit über dem Durchschnitt. Seitdem ist er rasant zurückgegangen und war im Jahr 2008 in diesen Ländern nur noch unterdurchschnittlich.

Von den Stadtstaaten hatte Berlin 1991 mit 31,2 % den höchsten Jugendquotienten. Bremen und Hamburg folgten mit 28,5 bzw. 26,8 %. In Bremen und Hamburg ist der Quotient seit 1991 leicht gestiegen und lag 2008 bei 28,8 bzw. 27,1 %. In Berlin ist er dagegen deutlich auf 25,3 % gefallen.

Altenquotient 1991 und 2008

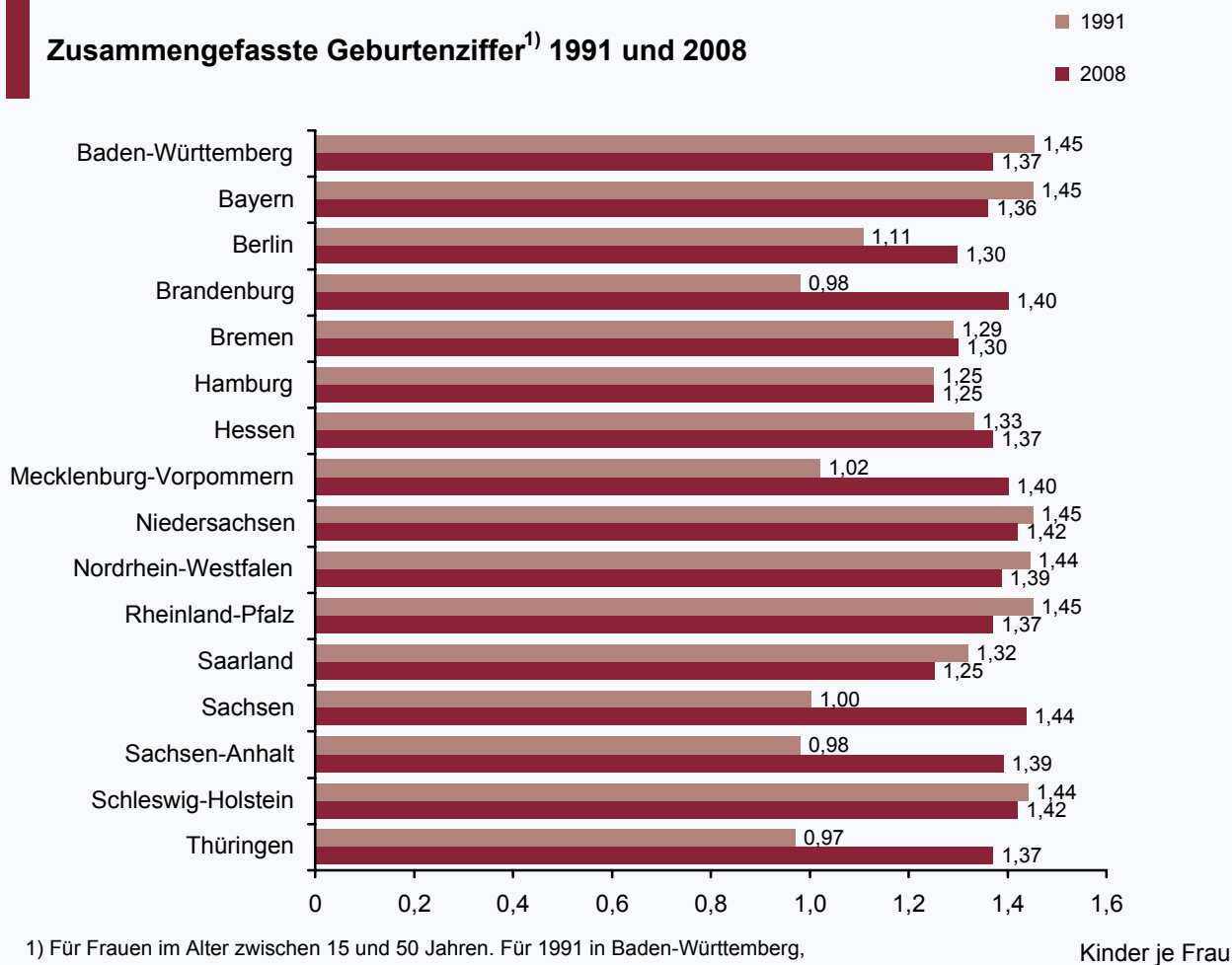


Der Altenquotient bezieht die Anzahl der älteren Menschen ab 65 Jahren auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Mit diesem Quotienten können die Altersstrukturen in den unterschiedlichen Ländern verglichen werden. Je höher der Altenquotient, desto höher ist der Anteil derer, die von den potenziell erwerbsfähigen Personen „versorgt“ werden müssen.

Zwischen 1991 und 2008 sind die Altenquotienten in allen Ländern beträchtlich gestiegen. Die kräftigen Zuwächse der Altenquotienten – insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, wo die Werte 1991 sehr niedrig waren – sind nicht auf die „normale“ Alterung der Bevölkerung zurückzuführen, sondern in erster Linie auf den Fortzug der jüngeren Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Die höchsten Altenquotienten verzeichneten 1991 Bremen (27,1) und Hamburg (26,7). Obwohl der Quotient auch in Hamburg zugenommen hat, wird dort 2008 nach Berlin der zweitniedrigste Wert ausgewiesen. Die höchsten Altenquotienten hatten zuletzt Sachsen (39,7) und Sachsen-Anhalt (38,6).

Zusammengefasste Geburtenziffer¹⁾ 1991 und 2008



1) Für Frauen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren. Für 1991 in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Thüringen Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren.

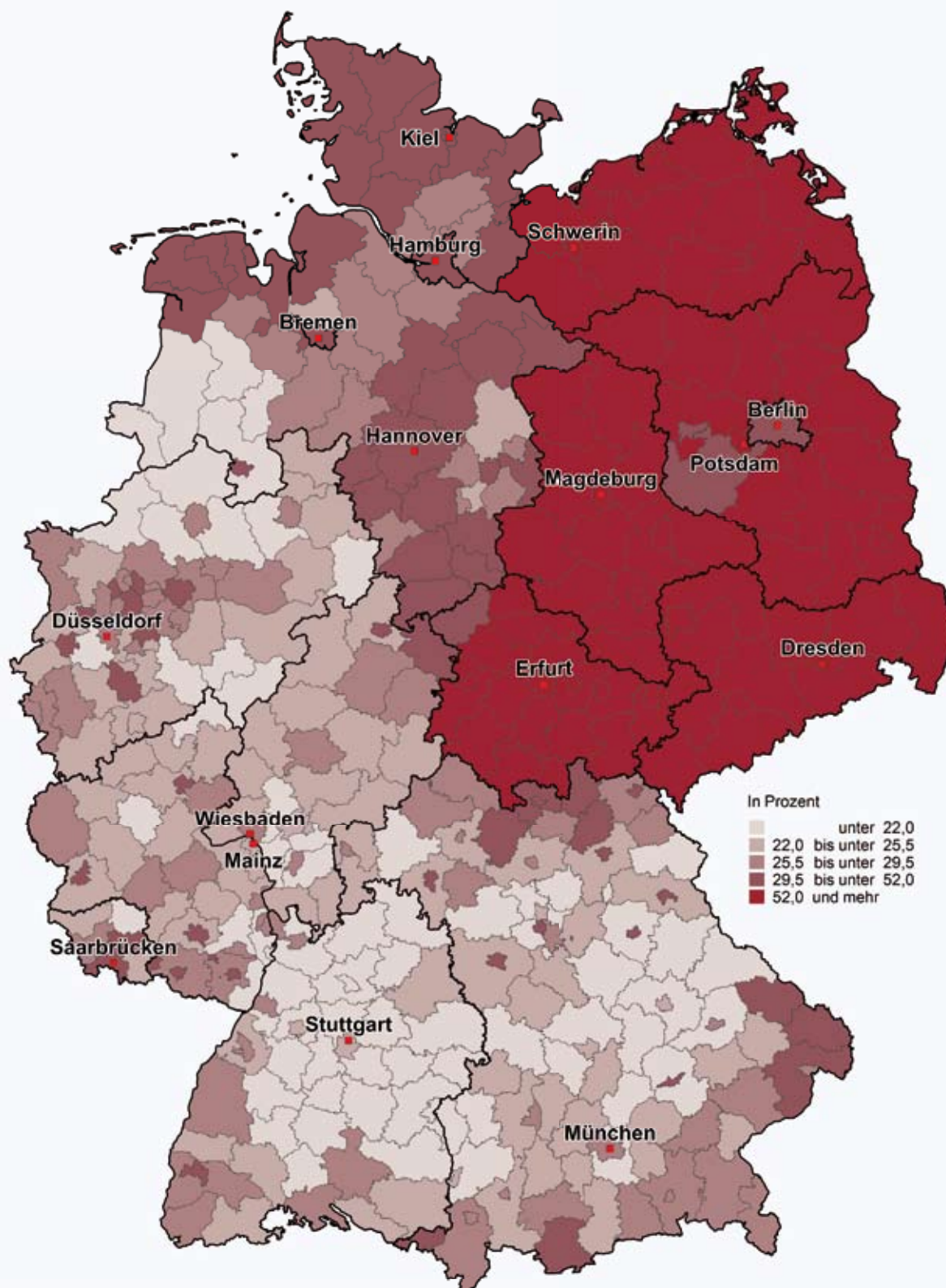
Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wieviele Kinder eine Frau im Verlauf ihres Lebens durchschnittlich zur Welt bringt. Im Jahr 2008 lag sie in Deutschland bei 1,38 Kindern je Frau. Um das Bestandserhaltungsniveau zu erreichen, müsste eine Frau im Schnitt 2,1 Kinder gebären. Die höchste Geburtenrate wurde 2008 mit 1,44 Kindern je Frau in Sachsen erreicht, es folgten Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 1,42 Kindern je Frau. Am niedrigsten war die Rate in Hamburg und dem Saarland mit 1,25 Kindern je Frau.

Gegenüber 1991 hat sich das Bild sehr verändert, damals lagen die Geburtenraten in den neuen Ländern zwischen 0,97 und 1,02. Diese besonders niedrigen Werte lassen sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche nach dem Zusammenbruch der DDR zurückführen. In der ehemaligen DDR lag die Geburtenrate im Jahr 1990 noch bei 1,52 Kindern je Frau.

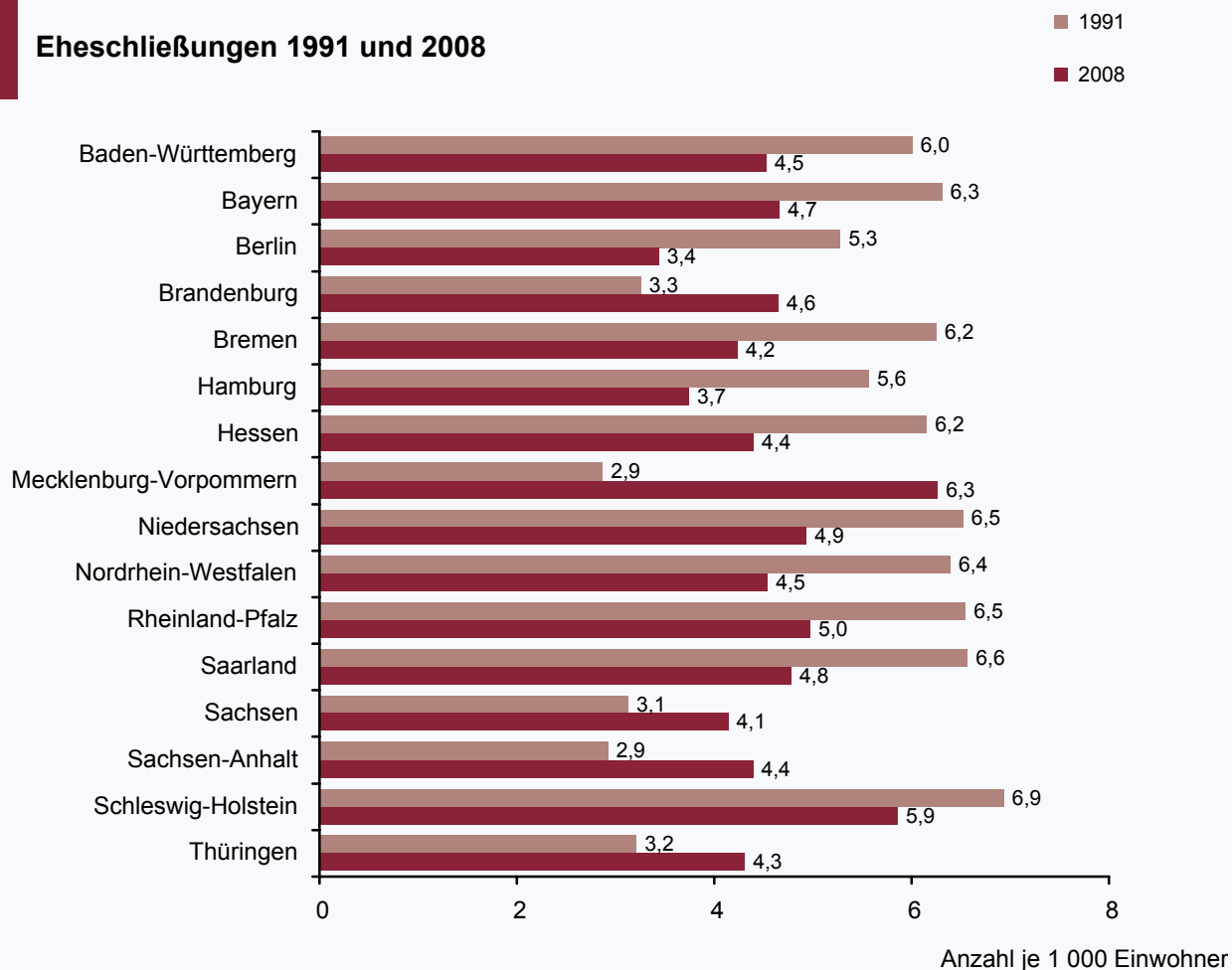
Immer mehr Kinder werden außerhalb der Ehe geboren. Zu Beginn der 90er-Jahre lag der Wert in den alten Bundesländern erst bei rund 10 % und in den neuen Ländern bei 35 %. Bereits seit dem Jahr 2000 werden in den neuen Ländern mehr Kinder außerhalb als innerhalb einer Ehe geboren. Im Jahr 2008 war der Anteil der Geborenen, deren Eltern nicht verheiratet waren, in der kreisfreien Stadt Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern mit 72 % am höchsten und im Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg mit 16 % am geringsten.

**Anteil der nicht ehelich Geborenen an den Lebendgeborenen insgesamt 2008
in den kreisfreien Städten und Landkreisen**



Quelle: Statistik der Geburten

Eheschließungen 1991 und 2008



Quelle: Statistik der Eheschließungen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (durchschnittliche Jahresbevölkerung)

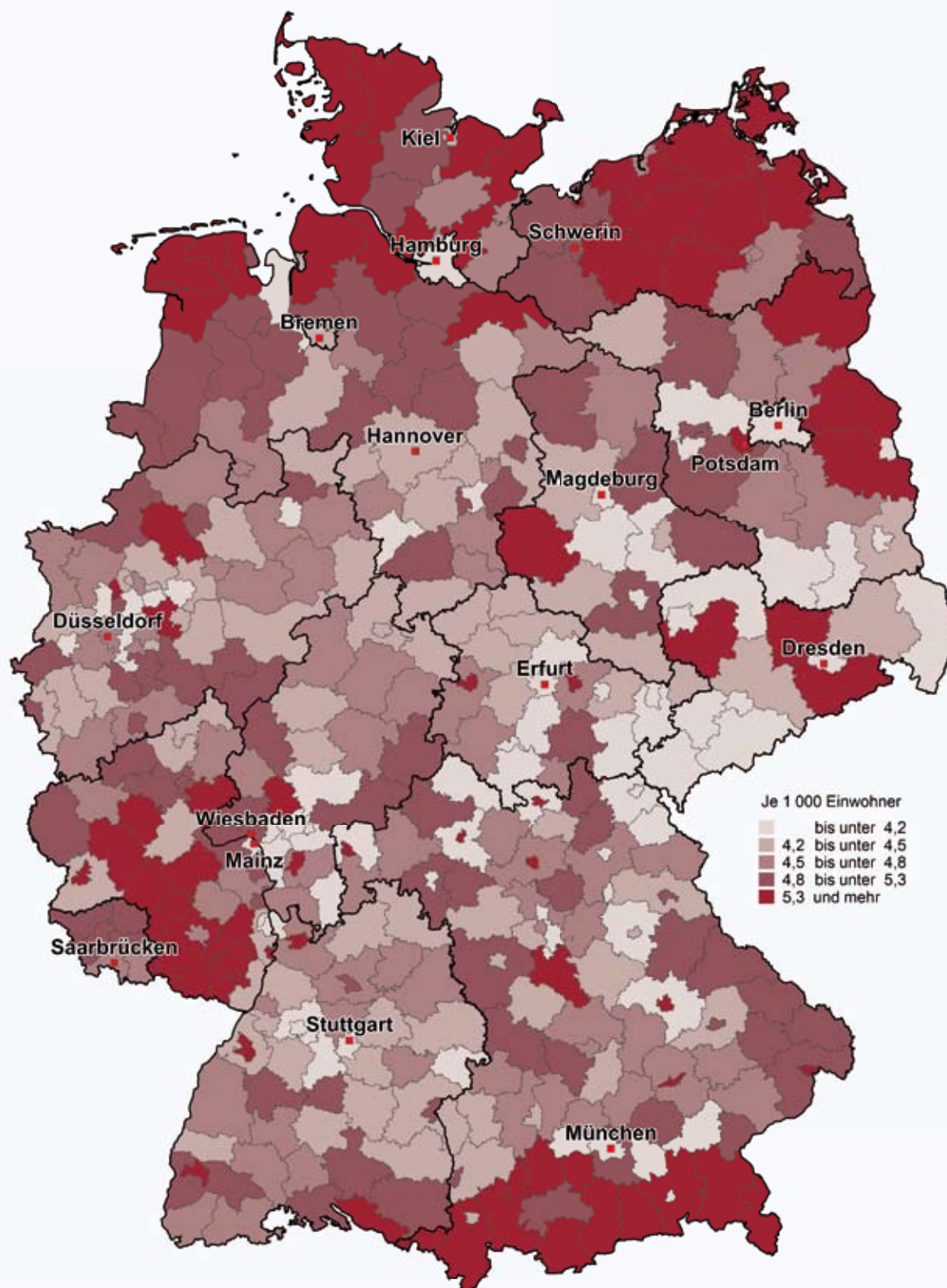
Die Zahl der Eheschließungen wird auf jeweils 1 000 Einwohner eines Landes bezogen. Sie werden statistisch dort erfasst, wo die Ehe geschlossen wird.

Die meisten Ehen wurden 1991 demnach in Schleswig-Holstein geschlossen, mit durchschnittlich 6,9 Ehen je 1 000 Einwohner. Obwohl 2008 insgesamt weniger geheiratet wurde, gehörte auch hier Schleswig-Holstein zu den Ländern mit der höchsten Anzahl an Ehen (5,9) und wurde nur noch von den Einwohnern Mecklenburg-Vorpommerns übertroffen, wo immerhin noch 6,3 Ehen je 1 000 Einwohner geschlossen wurden.

Wird die Anzahl der Eheschließungen im Jahr 2008 bezogen auf 1 000 Einwohner auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise betrachtet, so fallen die hohen Werte an Deutschlands Küsten, in Rheinland-Pfalz, einzelnen Kreisen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sowie im Voralpengebiet auf.

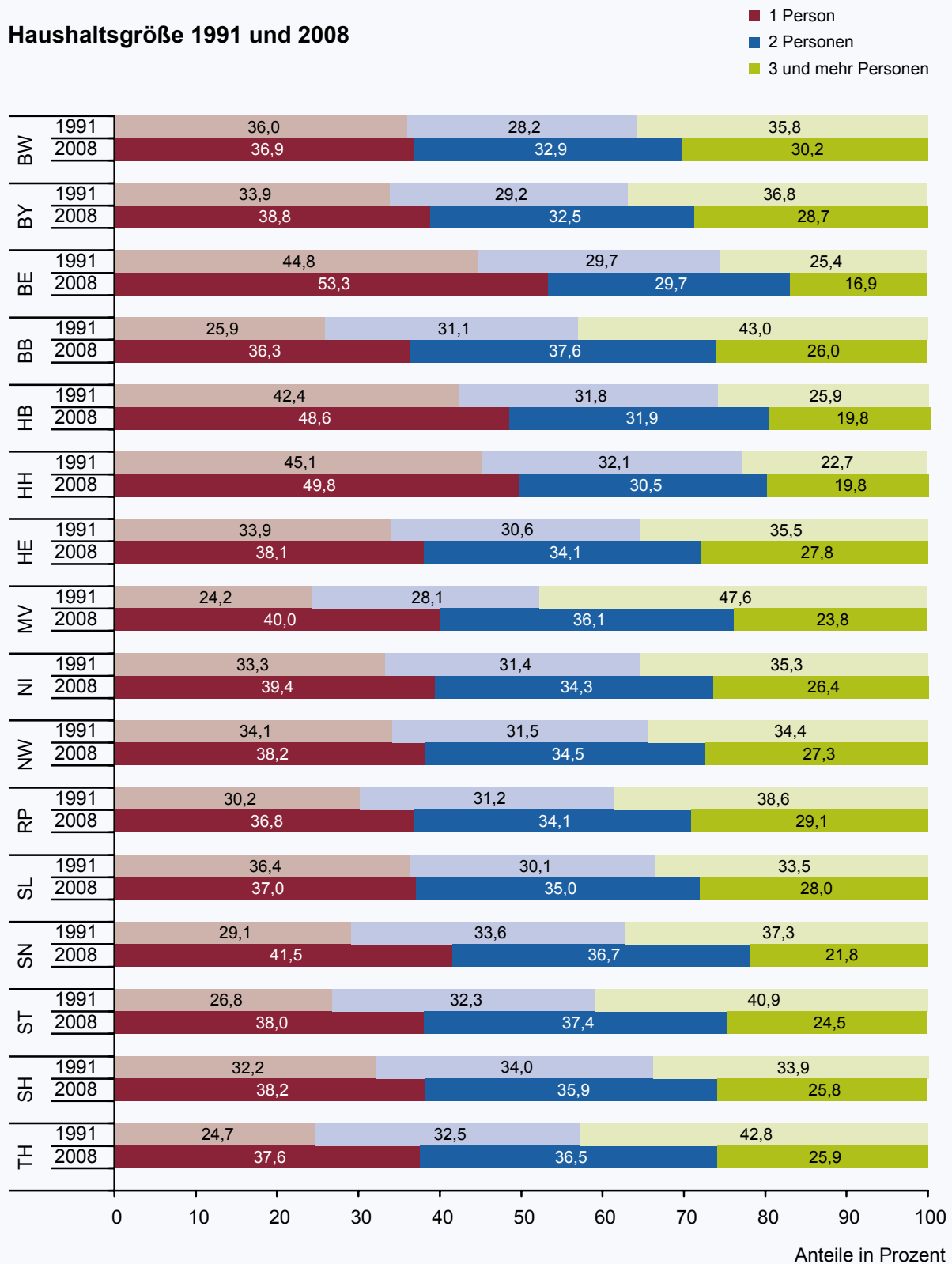
Spitzenreiter war 2008 der touristisch geprägte Kreis Rügen mit 1 641 Eheschließungen bei 69 342 Einwohnern im Jahresdurchschnitt. Dies führte zu einem Wert von 23,7 Eheschließungen je 1 000 Einwohner.

Eheschließungen 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Statistik der Eheschließungen, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (durchschnittliche Jahresbevölkerung)

Haushaltsgröße 1991 und 2008



Quelle: Mikrozensus

Die Haushaltsgröße richtet sich nach der Zahl der Haushaltsmitglieder innerhalb eines Haushalts. Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. auch Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Die Informationen über die Struktur der Haushalte stammen aus den Ergebnissen des Mikrozensus, einer jährlich stattfindenden Befragung von etwa 1 % der Bevölkerung.

Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft und die Konzentration der Haushalte auf die Kernfamilie führte in den letzten beiden Jahrzehnten zu immer kleineren Haushaltsgrößen. In allen Bundesländern ging zwischen 1991 und 2008 der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen zugunsten der kleineren Haushaltsformen zurück. Die Angaben zur durchschnittlichen Haushaltsgröße belegen dies: lebten 1991 in der Bundesrepublik noch 2,27 Personen je Haushalt, waren es 2008 nur noch 2,05. In Baden-Württemberg sind derzeit (im Jahr 2008) mit durchschnittlich 2,17 Personen je Haushalt die größten Haushalte zu finden, in Berlin mit 1,74 Personen je Haushalt die kleinsten.

Bei der Betrachtung der Haushaltsstrukturen fällt die Sonderstellung der Stadtstaaten auf. Bereits Anfang der 90er-Jahre bildeten dort Einpersonenhaushalte die größte Gruppe innerhalb der Privathaushalte. Bis 2008 ist deren Anteil weiter gestiegen und liegt in Berlin bereits bei über 50 %. Da der Anteil der Zweipersonenhaushalte im gleichen Zeitraum annähernd gleich geblieben ist, gingen die Zuwächse bei den Einpersonenhaushalten vorrangig zu Lasten der größeren Haushalte mit drei und mehr Personen.

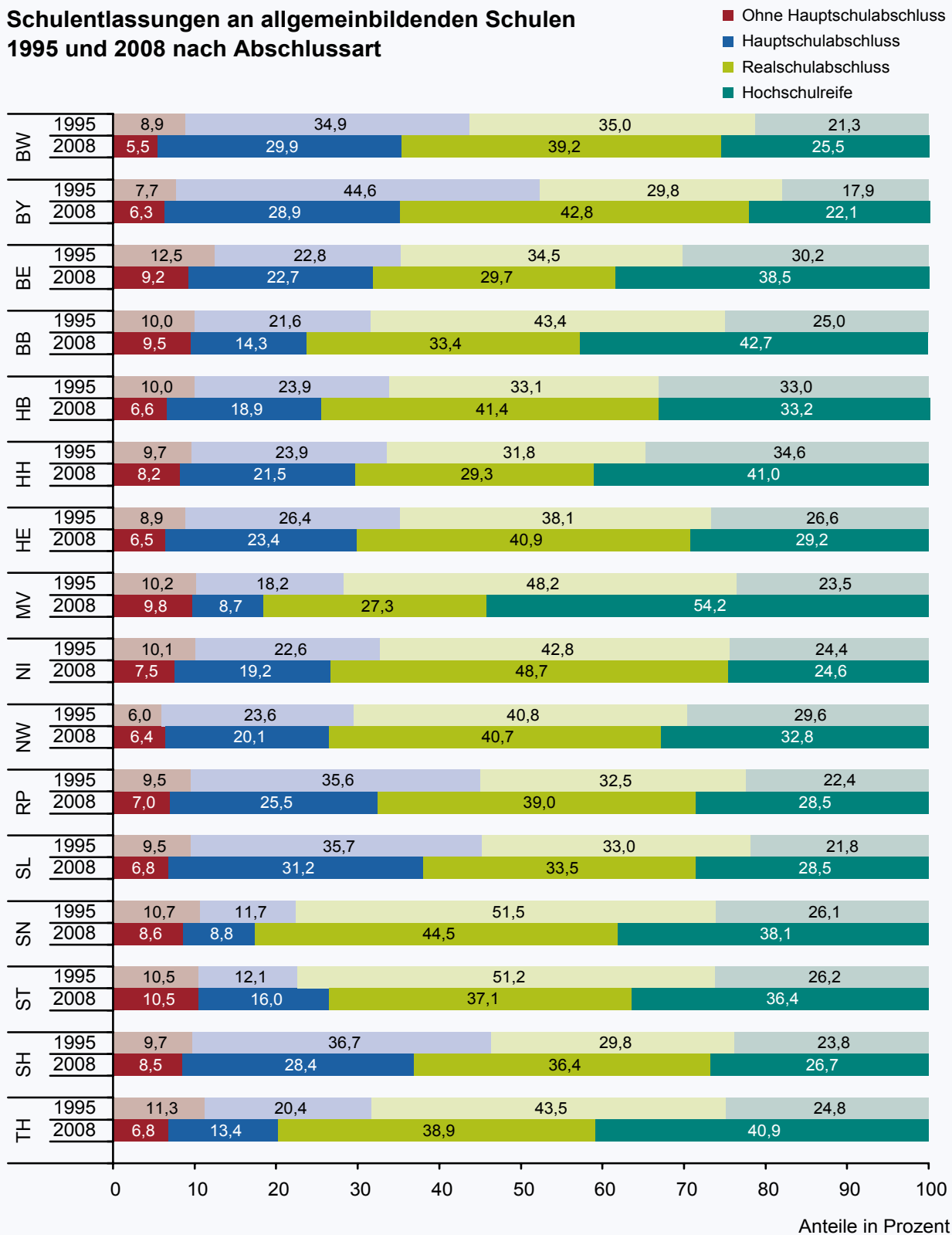
Auch in den Flächenländern haben sich die Haushaltsstrukturen deutlich verändert. Im Jahr 1991 war noch eine Zweiteilung zu beobachten: Während in den neuen Ländern der Anteil der Einpersonenhaushalte zwischen 24 und 29 % lag, waren in den anderen Flächenländern bereits Anteile von zum Teil deutlich über 30 % zu beobachten. Bei den größeren Haushalten (drei und mehr Personen) waren die Verhältnisse entsprechend umgekehrt: in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen lagen deren Anteile bei über 40 %, in den anderen Flächenländern zwischen 34 % (Saarland) und 39 % (Rheinland-Pfalz).

Diese Zweiteilung ist mittlerweile aufgehoben, in allen Flächenländern zeigte sich 2008 eine ähnliche Verteilung der Haushaltsgrößen. Dabei haben in allen Flächenländern die Anteile der Einpersonenhaushalte zugenommen; sie bilden nun die größte Gruppe (Ausnahme Brandenburg). Die Zuwächse fielen recht unterschiedlich aus. Während sie im Saarland und in Baden-Württemberg unter einem Prozentpunkt lagen, war in Mecklenburg-Vorpommern ein Plus von fast 16 Prozentpunkten zu verzeichnen.

Auch die Anteile der Zweipersonenhaushalte haben in allen Flächenländern zugenommen, jedoch in geringerem Ausmaß. Die größte Zunahme gab es in Mecklenburg-Vorpommern (von 28 auf 36 %), die geringste in Schleswig-Holstein (von 34 auf 35,9 %).

Somit gehen auch in den Flächenländern die Zuwächse bei den kleineren Ein- und Zweipersonenhaushalten zu Lasten der größeren Haushalte mit drei und mehr Personen. Besonders ausgeprägt sind die Veränderungen der Haushaltsstrukturen in den neuen Ländern, dort sind die Anteile der größeren Haushalte um mehr als 15 Prozentpunkte, in Mecklenburg-Vorpommern sogar um fast 24 Prozentpunkte, zurückgegangen.

Schulentlassungen an allgemeinbildenden Schulen 1995 und 2008 nach Abschlussart



Quelle: Statistik der allgemeinbildenden Schulen

Der Indikator beschreibt die Verteilung der Abgängerinnen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen auf die einzelnen Abschlussarten.

Im Sommer 2008 verließen bundesweit knapp 930 000 Jugendliche und Erwachsene die allgemeinbildenden Schulen. Von ihnen erlangten rund 30 % ein Zeugnis mit Hochschulzugangsberechtigung, etwa 40 % einen Realschulabschluss und knapp 23 % einen Hauptschulabschluss. Von den rund 7 % ohne Hauptschulabschluss erlangte knapp die Hälfte einen Abschluss an einer Schule für Lern- oder geistig Behinderte.

Im Vergleich der Abgangsjahre 1995 und 2008 ist eine Tendenz zu höherwertigen Abschlüssen zu beobachten. Während der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife zunahm, blieb der mit Realschulabschluss konstant und der ohne Hauptschulabschluss sank.

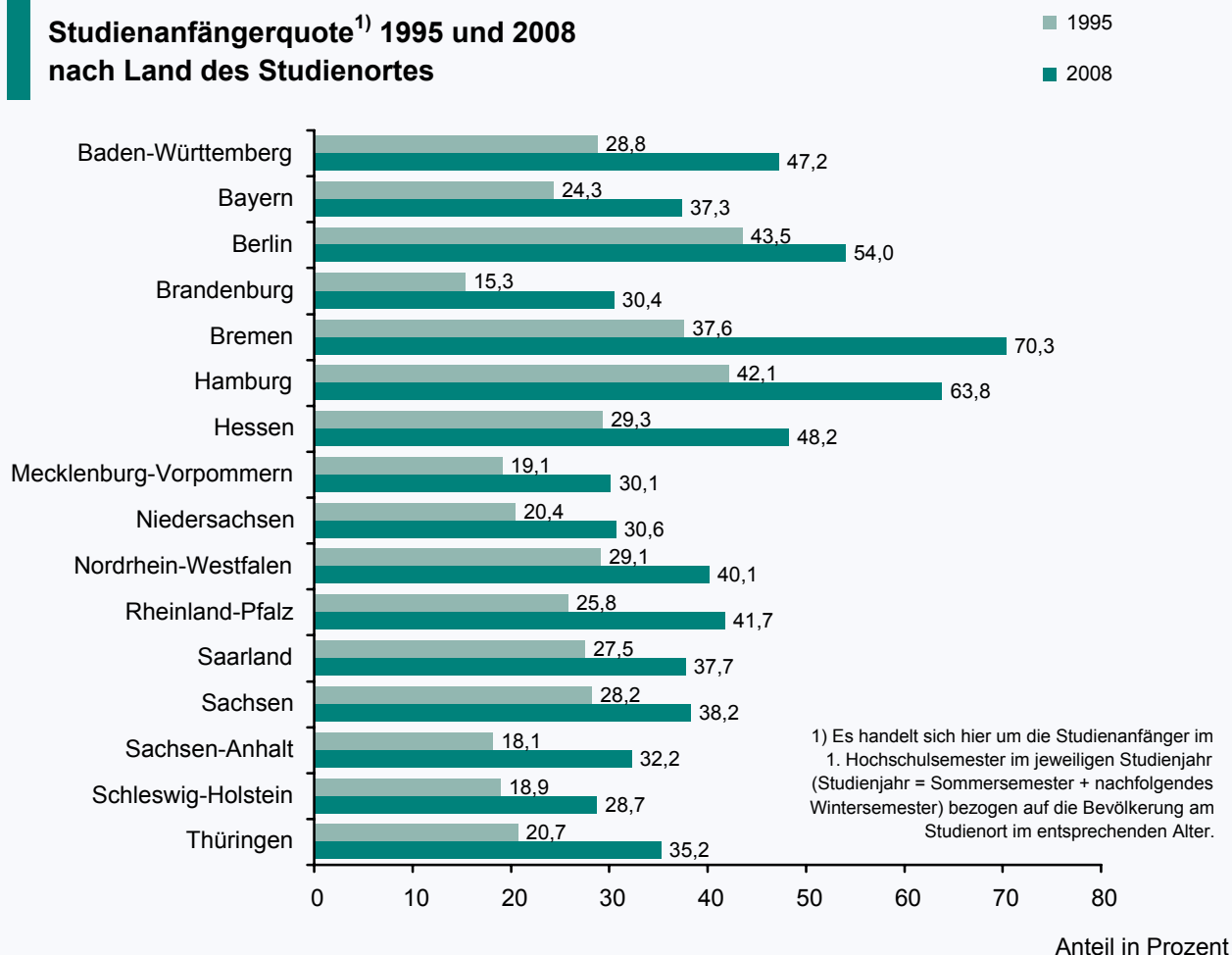
Diese Entwicklung ist in allen Ländern zu erkennen. Im Jahr 1995 war Hamburg das einzige Land, in dem die Hochschulzugangsberechtigung der häufigste Abschluss war, 2008 galt das auch für Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Dabei gab es 2008 in Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Situation: Der hohe Anteil der Abgängerinnen und Abgänger mit Hochschulreife ist auch darin begründet, dass dort in diesem Sommer aufgrund der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) ein doppelter Abiturientenjahrgang die allgemeinbildenden Schulen verlassen hat. Dieser Effekt wird in den nächsten Jahren in vielen Bundesländern einmalig auftreten, sodass der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einer Hochschulzugangsberechtigung auch deutschlandweit erhöht sein wird.

Im Sommer 1995 gab es mit Bayern, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein insgesamt vier Länder, in denen der Hauptschulabschluss am häufigsten erlangt wurde. Im Jahr 2008 traf dies auf kein Land mehr zu.

Eine bedeutende bildungspolitische Größe ist der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, da der Hauptschulabschluss eine wichtige Voraussetzung für die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung ist. In fast allen Bundesländern ist der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss zwischen 1995 und 2008 zurückgegangen, nur in Nordrhein-Westfalen war eine leichte Erhöhung des Anteils zu beobachten. Am niedrigsten war der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss im Jahr 2008 in Baden-Württemberg mit knapp 6 %. Dagegen verließen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt etwa 10 % die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss.

Zunehmend nutzen Abgängerinnen und Abgänger von allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, anschließend an den beruflichen Schulen einen (weiteren) allgemeinbildenden Abschluss zu erwerben. Im Jahr 2008 wurden an den beruflichen Schulen deutschlandweit gut 290 000 allgemeinbildende Abschlüsse erlangt, darunter befanden sich etwa 35 000 Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss nachholten.

Studienanfängerquote¹⁾ 1995 und 2008 nach Land des Studienortes



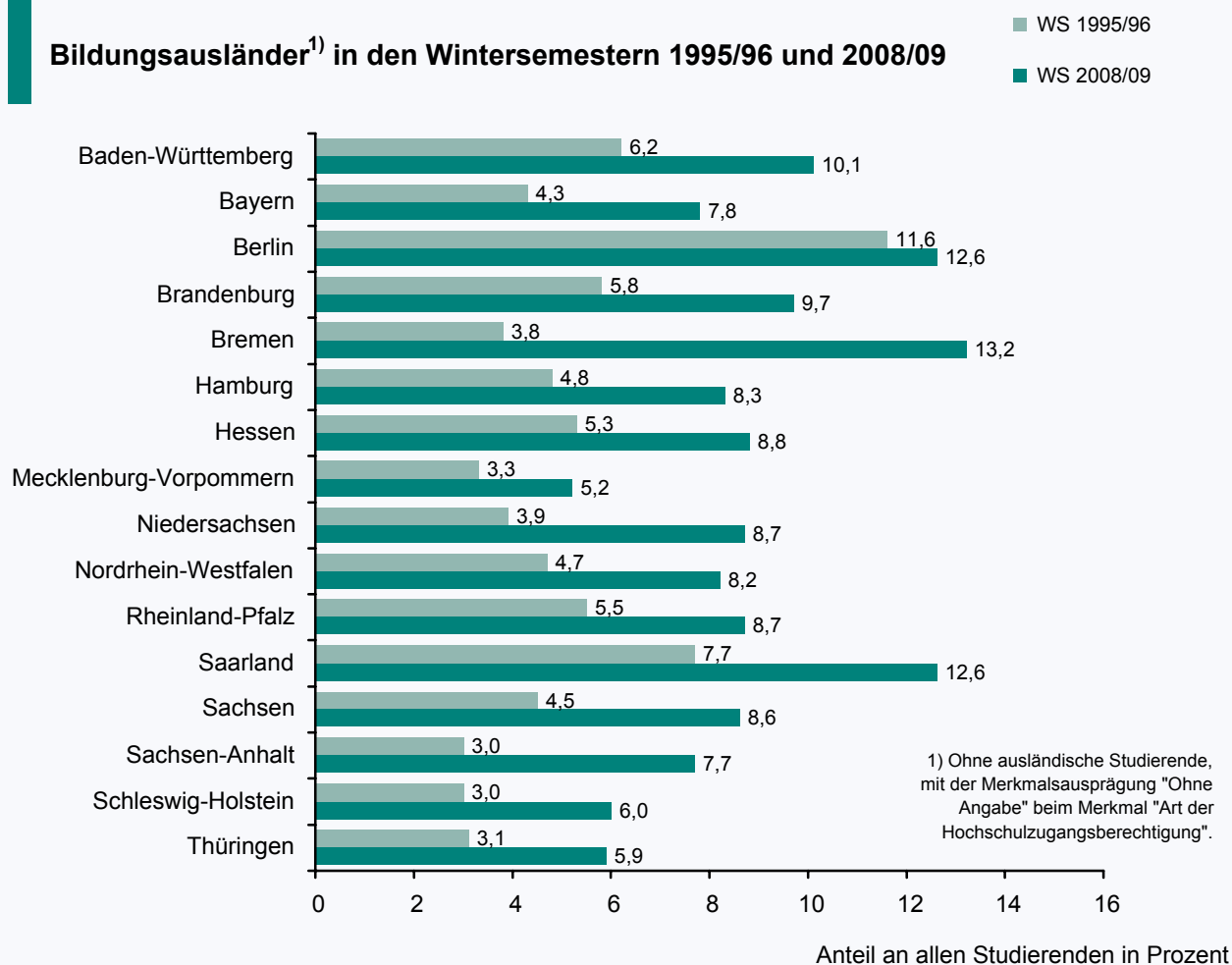
Quelle: Studierendenstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen

Die Studienanfängerquote ist der wichtigste Indikator für den Hochschulzugang. Sie stellt den Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Hochschulsesemester gemessen an der Bevölkerung im entsprechenden Alter dar. Zur Berechnung wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Studienanfänger ermittelt. Diese Anteile werden zur Studienanfängerquote addiert. Als regionale Bezugsgröße wird das Land des Studienortes verwendet.

Im Studienjahr 1995 lag die Studienanfängerquote in Deutschland bei 27 %, bis 2008 nahm sie fast kontinuierlich auf 40 % zu. In allen Bundesländern wuchs die Quote, am deutlichsten war der Anstieg für Baden-Württemberg, Hessen, Hamburg und Bremen mit Zuwächsen zwischen 18 und 33 Prozentpunkten. Weniger stark ausgeprägt war der Anstieg der Studienanfängerquoten in Schleswig-Holstein und Sachsen mit jeweils etwa zehn Prozentpunkten.

Aufgrund der starken Zuwanderung aus den angrenzenden Ländern ist die Studienanfängerquote in den Stadtstaaten am höchsten: Bremen verfügte 2008 mit 70 % vor Hamburg und Berlin über die höchste Studienanfängerquote. Bei den Flächenländern reicht die Spannweite der Quote von 48 % in Hessen bis knapp 29 % in Schleswig-Holstein.

Bildungsausländer¹⁾ in den Wintersemestern 1995/96 und 2008/09



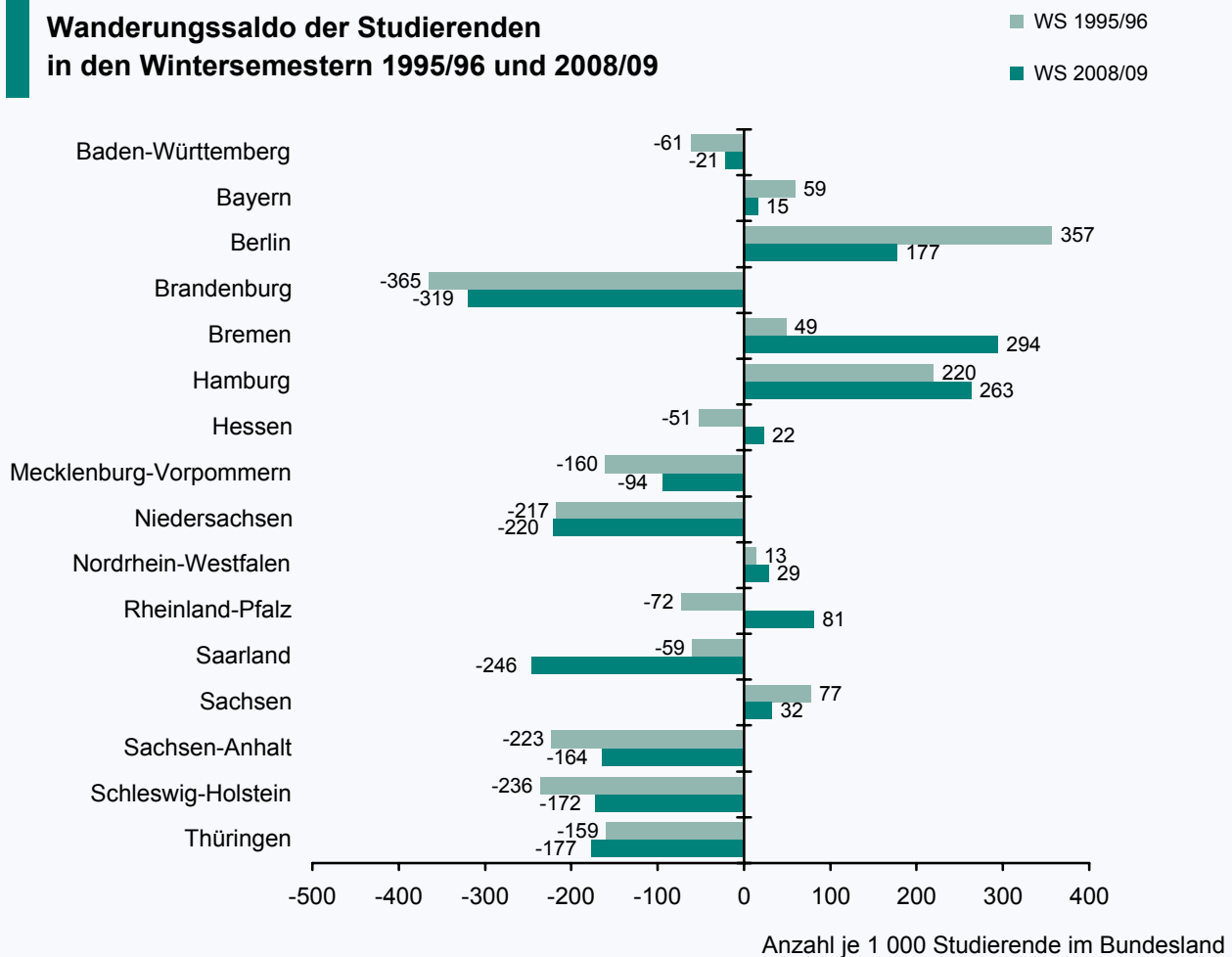
Quelle: Studierendenstatistik

Bildungsausländer sind Studierende, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erworben haben und zu Studienzwecken nach Deutschland kommen. Ihr Anteil an allen Studierenden ist ein Indikator für die Attraktivität der deutschen Hochschulstandorte für Studierende aus dem Ausland.

Der Anteil der Bildungsausländer an den Studierenden lag im Wintersemester 1995/96 bundesweit bei gut 5 % und 2008/09 bereits bei fast 9 %. Ebenso wie für Deutschland insgesamt sind auch in den einzelnen Bundesländern die Anteile der Bildungsausländer an den Studierenden in der betrachteten Zeitspanne gestiegen. Gab es im Wintersemester 1995/1996 die höchsten Bildungsausländeranteile in Berlin (11,6 %), dem Saarland (7,7 %) und Baden-Württemberg (6,2 %), so stand im Ländervergleich im Wintersemester 2008/09 Bremen mit einem Bildungsausländeranteil von 13,2 % vorn, dicht gefolgt von Berlin und dem Saarland mit jeweils 12,6 %.

Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wiesen im Wintersemester 1995/96 mit jeweils rund 3 % die geringsten Anteile an Bildungsausländern unter den Studierenden auf.

Wanderungssaldo der Studierenden in den Wintersemestern 1995/96 und 2008/09

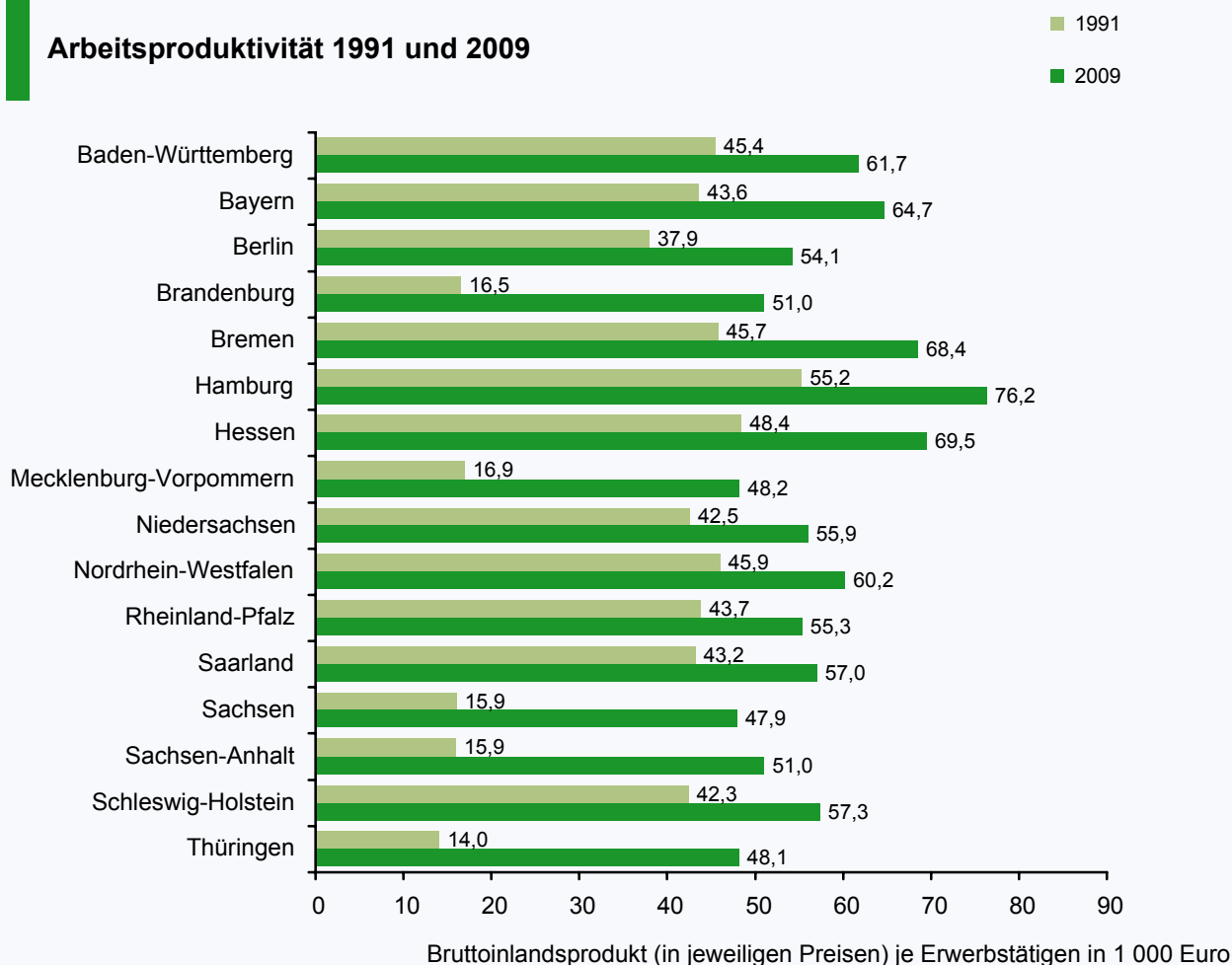


Quelle: Studierendenstatistik

Der Wanderungssaldo bringt die Differenz zwischen zuwandernden und abwandernden Studierenden in den Ländern zum Ausdruck und ist ein Indikator für die überregionale Attraktivität der Hochschulstandorte (z. B. auch aufgrund des Fächerangebotes oder von Studiengebühren). Zudem wird anhand der Wanderungsbilanz deutlich, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in anderen Ländern erworben haben. Übersteigt die Zahl der aus anderen Ländern zugewanderten Studierenden die Zahl der abgewanderten, dann fällt der Wanderungssaldo positiv aus. Um einen Vergleich zu ermöglichen, wird hier der Saldo zu den Studierenden des jeweiligen Bundeslandes in Beziehung gesetzt.

Beim Vergleich der Wanderungssalden der beiden Berichtszeiträume fällt auf, dass in den meisten Fällen die Länder mit positivem bzw. negativem Saldo diesen beibehielten. Lediglich Rheinland-Pfalz und Hessen konnten ihren im Wintersemester 1995/96 noch negativen Wanderungssaldo zum Wintersemester 2008/09 in einen positiven ändern. Den größten Wanderungsgewinn wiesen im Wintersemester 2008/09 die Stadtstaaten auf, und zwar angeführt von Bremen (+294), gefolgt von Hamburg (+263) und Berlin (+176). Im Wintersemester 1995/96 hatte Berlin mit +357 noch auf Platz eins gelegen, gefolgt von Hamburg mit +220.

Arbeitsproduktivität 1991 und 2009

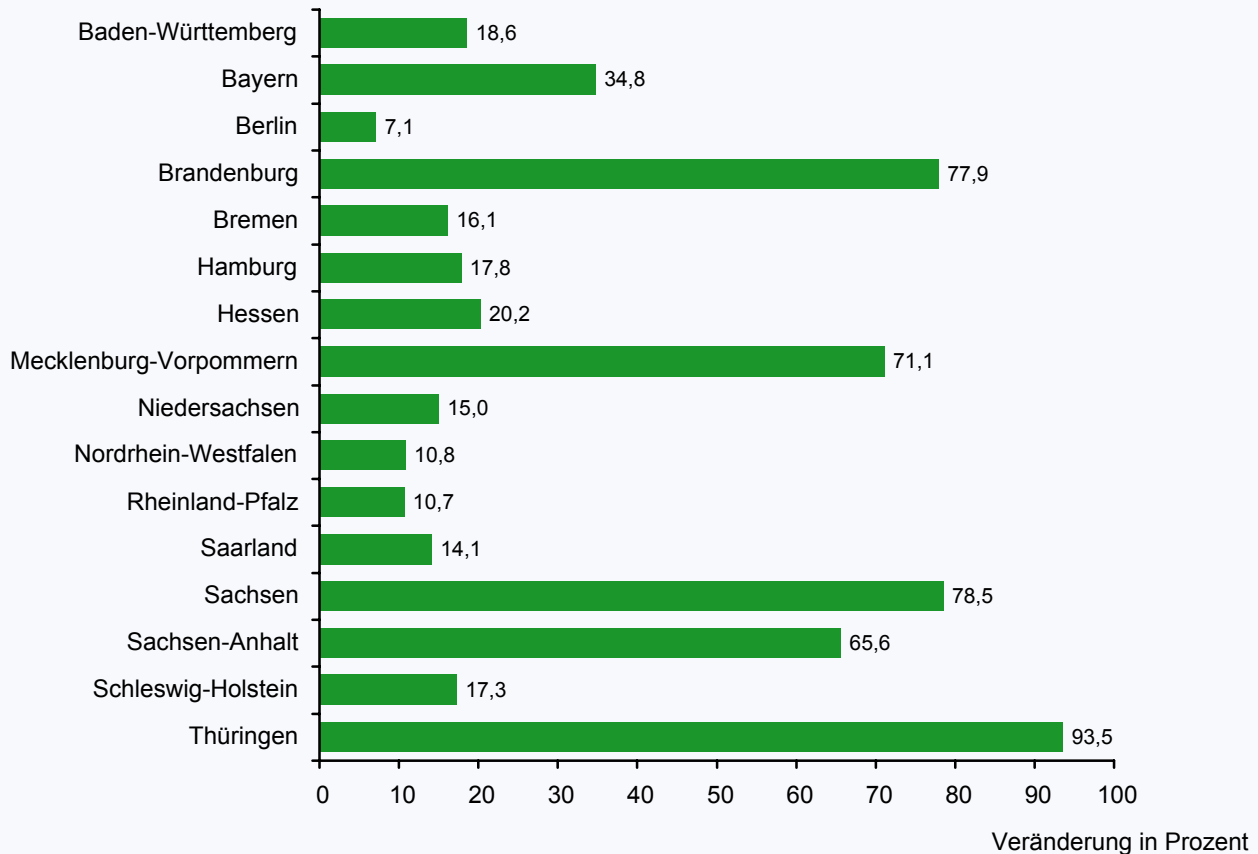


Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Als Arbeitsproduktivität wird das Verhältnis der Wirtschaftsleistung (gemessen als Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen) zum Arbeitseinsatz (gemessen mit der Zahl der Erwerbstätigen) bezeichnet. Bei der Interpretation der Daten ist zum einen zu beachten, dass diese partielle, auf den Faktor Arbeit bezogene Produktivitätskennziffer unter anderem durch die Ausstattung mit Maschinen und deren Modernitätsgrad bestimmt ist. Zum anderen wäre infolge der zunehmenden Teilzeitarbeit und geringfügigen Beschäftigung die auf die Erwerbstätigenstunden bezogene Wirtschaftsleistung das aussagekräftigere Produktivitätsmaß. Diese Daten liegen jedoch auf Länderebene erst ab 1998 vor.

Die Spanne der Arbeitsproduktivität reichte im Jahr 2009 von gut 76 200 Euro in Hamburg bis knapp 47 900 Euro in Sachsen. Beachtlich sind die Veränderungen in den Ländern seit 1991. In allen Bundesländern nahm die Arbeitsproduktivität zu. Während sich in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Werte verdreifacht haben, fallen die Zuwächse in den alten Bundesländern deutlich moderater aus und liegen zwischen 26 % in Rheinland-Pfalz und fast 50 % in Bremen. Dadurch sind die Abstände zwischen dem Bundesland mit der höchsten und der geringsten Produktivität deutlich kleiner geworden.

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts 1991 bis 2009

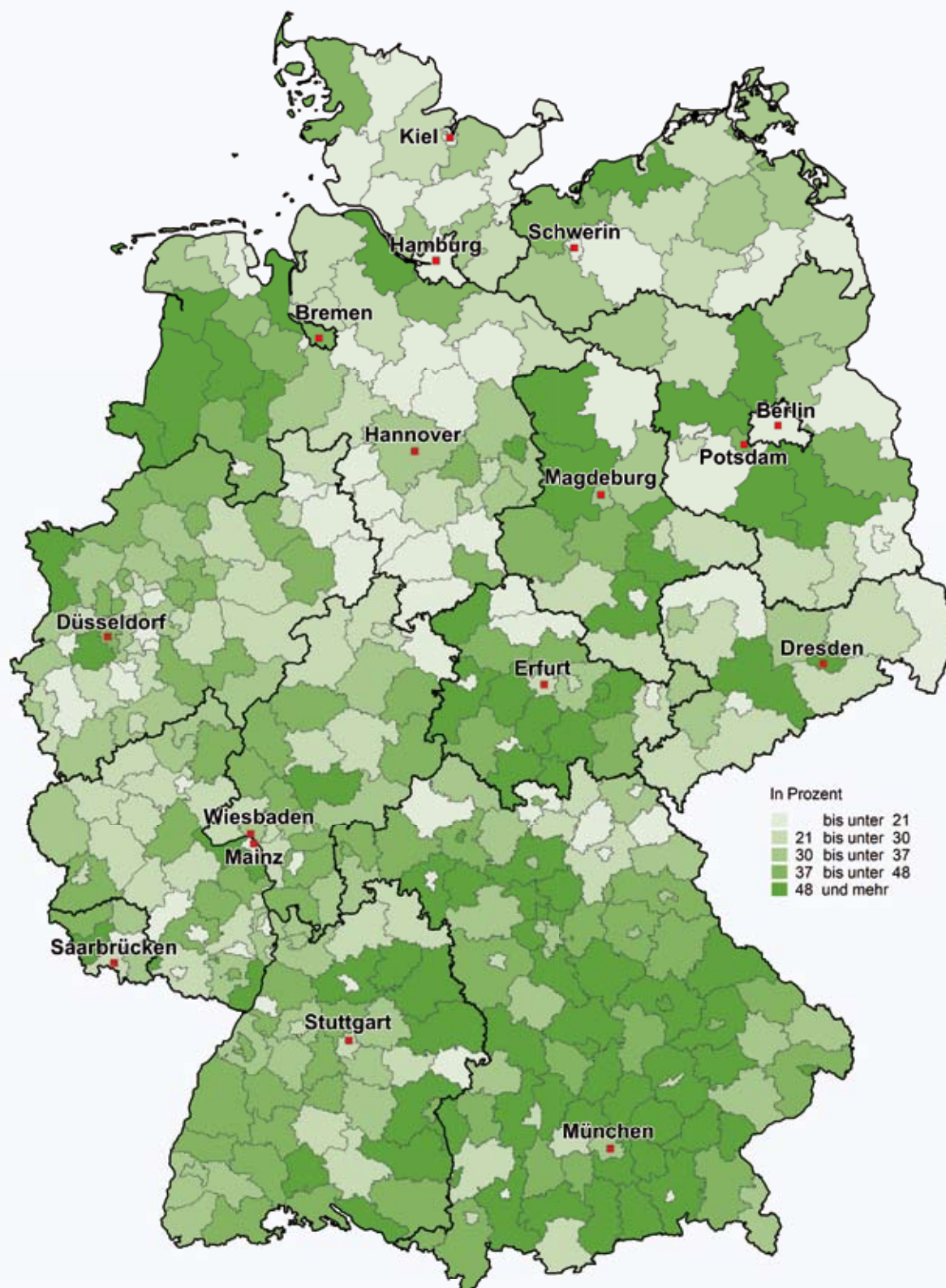


Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Das Bruttoinlandsprodukt ist mit die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden und ist somit ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Das Bruttoinlandsprodukt wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt errechnet. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften.

Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2009 in jeweiligen Preisen in Deutschland 2407 Mrd. Euro. Im Zeitraum von 1991 bis 2009 ist es preisbereinigt um 22,7 % gestiegen. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus und des Aufholprozesses lag das Wirtschaftswachstum in den neuen Bundesländern mit 77,3 % deutlich über dem in den alten Ländern mit 18,7 % (jeweils ohne Berlin). Das stärkste Wachstum in diesem Zeitraum hatte Thüringen zu verzeichnen, hier hat sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt beinahe verdoppelt. Besonders hoch waren die Wachstumsraten der neuen Länder in den 90er-Jahren. Dadurch hat sich der Anteil der neuen Länder am deutschen Bruttoinlandsprodukt im Betrachtungszeitraum von 7 auf 11,7 % erhöht.

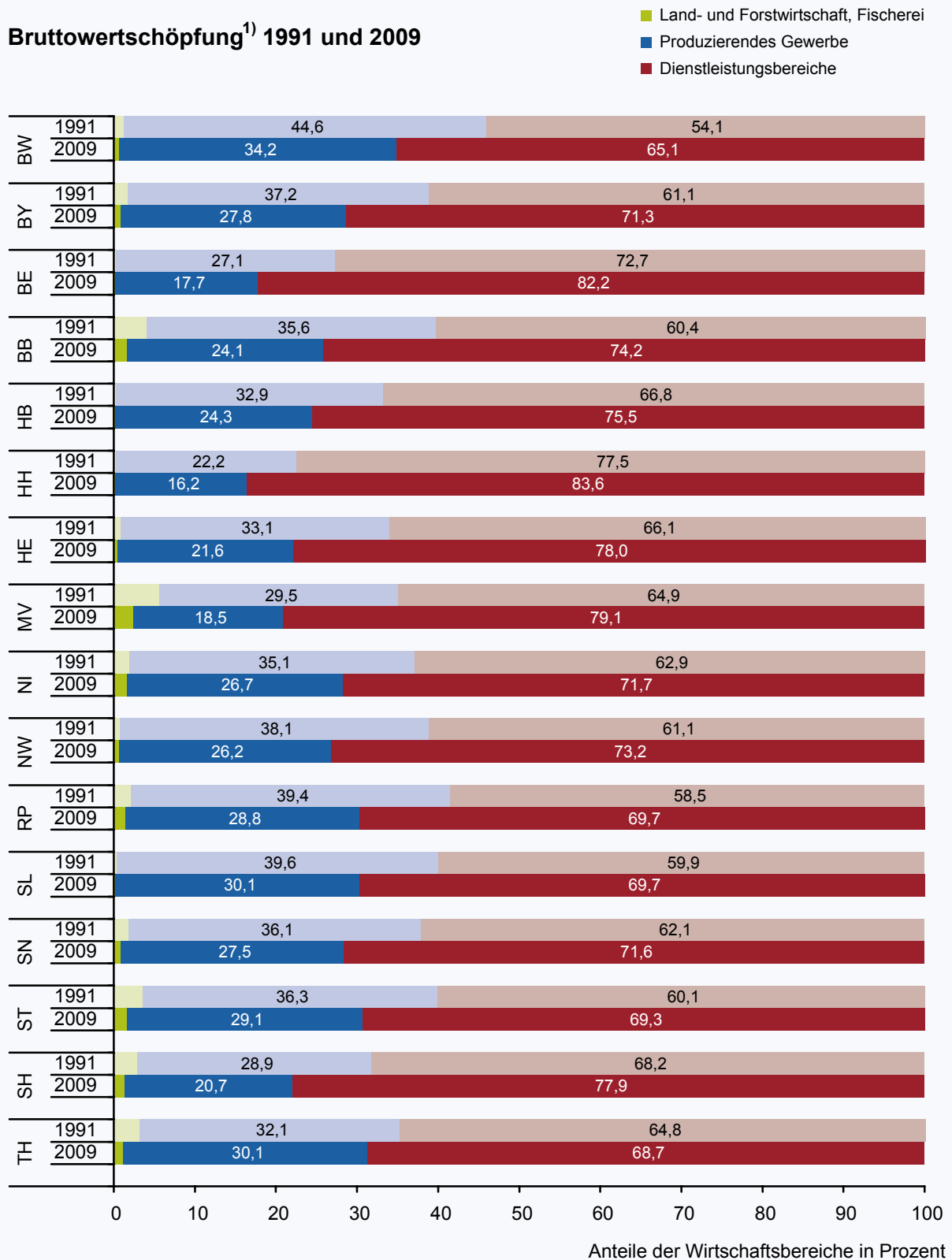
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹⁾ 1996 bis 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

1) In jeweiligen Preisen.

Bruttowertschöpfung¹⁾ 1991 und 2009



1) In jeweiligen Preisen.

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

In der Entstehungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die Bruttowertschöpfung eine bedeutende Kennzahl, die für einzelne Wirtschaftsbereiche auf der Ebene der Bundesländer sowie der kreisfreien Städte und Landkreise berechnet wird. Sie bringt den Beitrag der Wirtschaftsbereiche zur gesamten Wirtschaftsleistung innerhalb einer abgegrenzten Region und einer bestimmten Periode zum Ausdruck. Für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist die Bruttowertschöpfung somit ein wichtiger Indikator für die Analyse von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Sie ermöglicht sowohl den regionalen Vergleich als auch die Beobachtung der langfristigen strukturellen Veränderungen von Wirtschaftsbereichen.

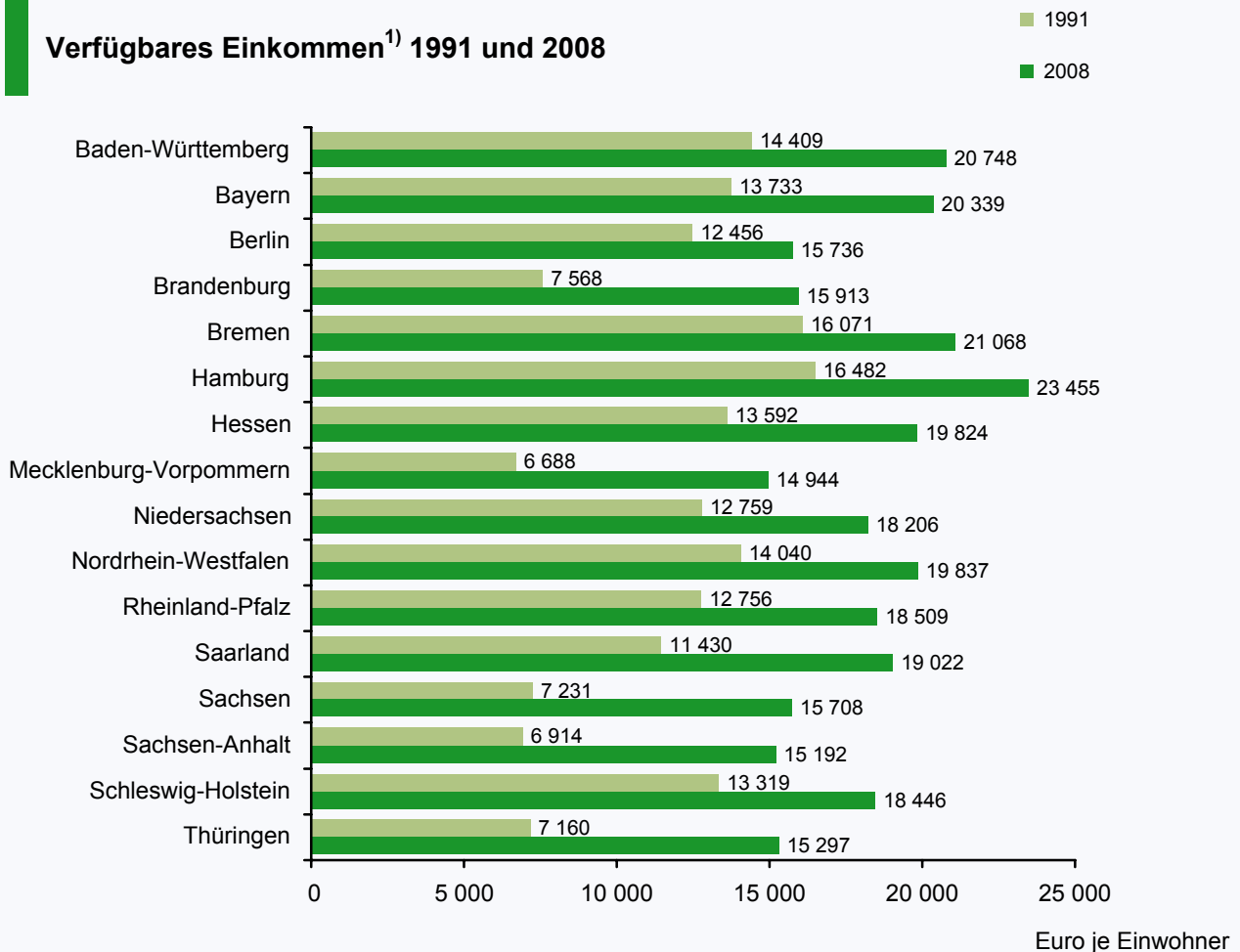
Den mit Abstand größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung stellte im Jahr 2009 der Dienstleistungssektor. Dieser umfasst die Bereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“, „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „Öffentliche und private Dienstleister“ und hat mittlerweile im Länderdurchschnitt einen Anteil von gut 72 % an der Bruttowertschöpfung insgesamt. Im Jahr 1991 waren es noch zehn Prozentpunkte weniger. In den Ländern sind die Dienstleistungsanteile an der Bruttowertschöpfung unterschiedlich ausgeprägt. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, die aufgrund ihrer überragenden zentralörtlichen Bedeutung traditionell einen hohen Dienstleistungsanteil aufweisen, liegen die Anteile 2009 bei über 80 %. In Baden-Württemberg, dem industriestärksten Bundesland, werden lediglich rund 65 % erreicht. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass von technologieintensiven Industriebranchen zahlreiche Dienstleistungsfunktionen wie Forschung und Entwicklung zum Teil selbst geleistet werden. Unter den Flächenländern sind Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Schleswig-Holstein am stärksten dienstleistungsorientiert. Jeweils knapp 80 % ihrer gesamten Wirtschaftsleistung werden im Dienstleistungssektor erbracht. In Hessen dominieren dabei der Bankensektor und die Unternehmensdienstleister; diese Bereiche erwirtschafteten 2009 dort etwa die Hälfte der Bruttowertschöpfung des Dienstleistungssektors.

Der Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors für die Wertschöpfung während der letzten Jahre ging einher mit Anteilsverlusten des primären und vor allem des sekundären Sektors. Im Produzierenden Gewerbe wurden 1991 im Länderdurchschnitt noch knapp 37 % der Wertschöpfung erwirtschaftet, 2009 lag der Anteil bei unter 27 %. Dabei ist aber zu beachten, dass der Rückgang im Produzierenden Gewerbe nicht gleichmäßig erfolgte, sondern die Wirtschaftsleistung im Jahr 2008 aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise gerade in diesem Bereich besonders stark eingebrochen ist: 2008 trug das Produzierende Gewerbe noch annähernd 30 % zur gesamten Wirtschaftsleistung bei.

Die Anteilswerte des Produzierenden Gewerbes sind in den Ländern sehr unterschiedlich. Am geringsten sind sie in Berlin, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern mit Werten von jeweils unter 20 %. Von deutlich größerer wirtschaftlicher Bedeutung ist der Bereich im Saarland und in Thüringen mit jeweils rund 30 % sowie in Baden-Württemberg mit mehr als 34 % Beitrag zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes.

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ erbrachte 1991 im Länderdurchschnitt noch etwa 1,4 % der gesamten Wirtschaftsleistung, 2009 lag der Anteil bei unter 1 %. Entsprechend niedrig ist die Bedeutung des Agrarsektors in den einzelnen Ländern, lediglich in Mecklenburg-Vorpommern wird noch ein Anteil von über 2 % erreicht.

Verfügbares Einkommen¹⁾ 1991 und 2008



1) Der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

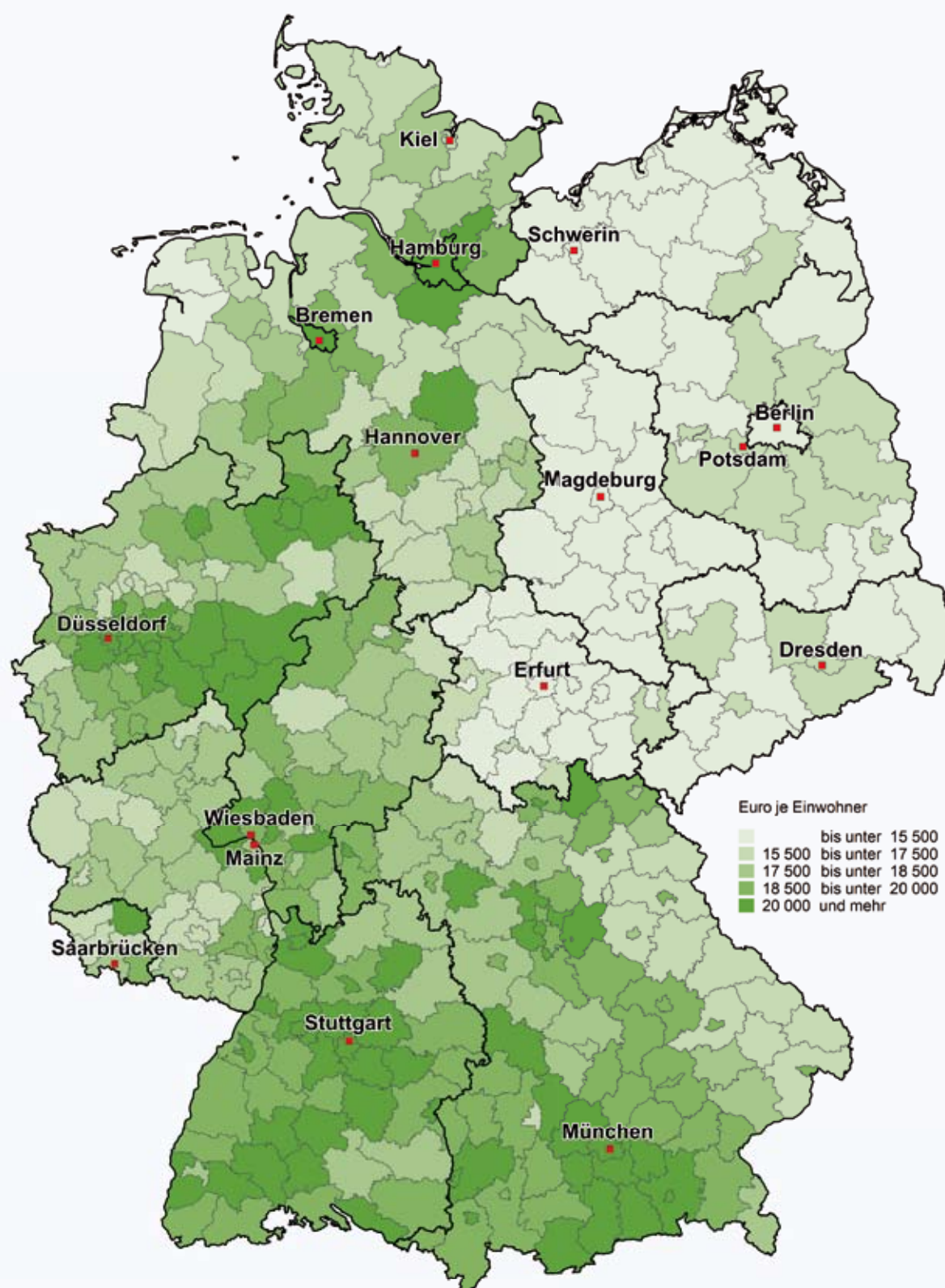
Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

Zur Ermittlung des Verfügbaren Einkommens privater Haushalte werden dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen („Primäreinkommen“) die laufenden Transfers, wie z. B. monetäre Sozialleistungen (Rente, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld usw.), hinzugefügt und Sozialbeiträge, Einkommen- und Vermögensteuern sowie sonstige Transfers, die von privaten Haushalten zu leisten sind, abgezogen. Damit ist das Verfügbare Einkommen der Betrag, der für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht und ein aussagefähiger Indikator für den (monetären) Wohlstand.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohner herangezogen. Im Jahr 2008 waren dies im Bundesdurchschnitt 18 974 Euro. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen lag das Verfügbare Einkommen deutlich über dem Bundesdurchschnitt, ebenso in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Seit 1991 ist das Verfügbare Einkommen in allen Ländern gestiegen und die zum Teil extremen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern haben sich deutlich verringert. Lag das Verfügbare Einkommen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen 1991 noch um 40 % und mehr unter dem damaligen Länderdurchschnitt von 12 509 Euro, so ist der Abstand bis zum Jahr 2008 auf 21 % und weniger zurückgegangen.

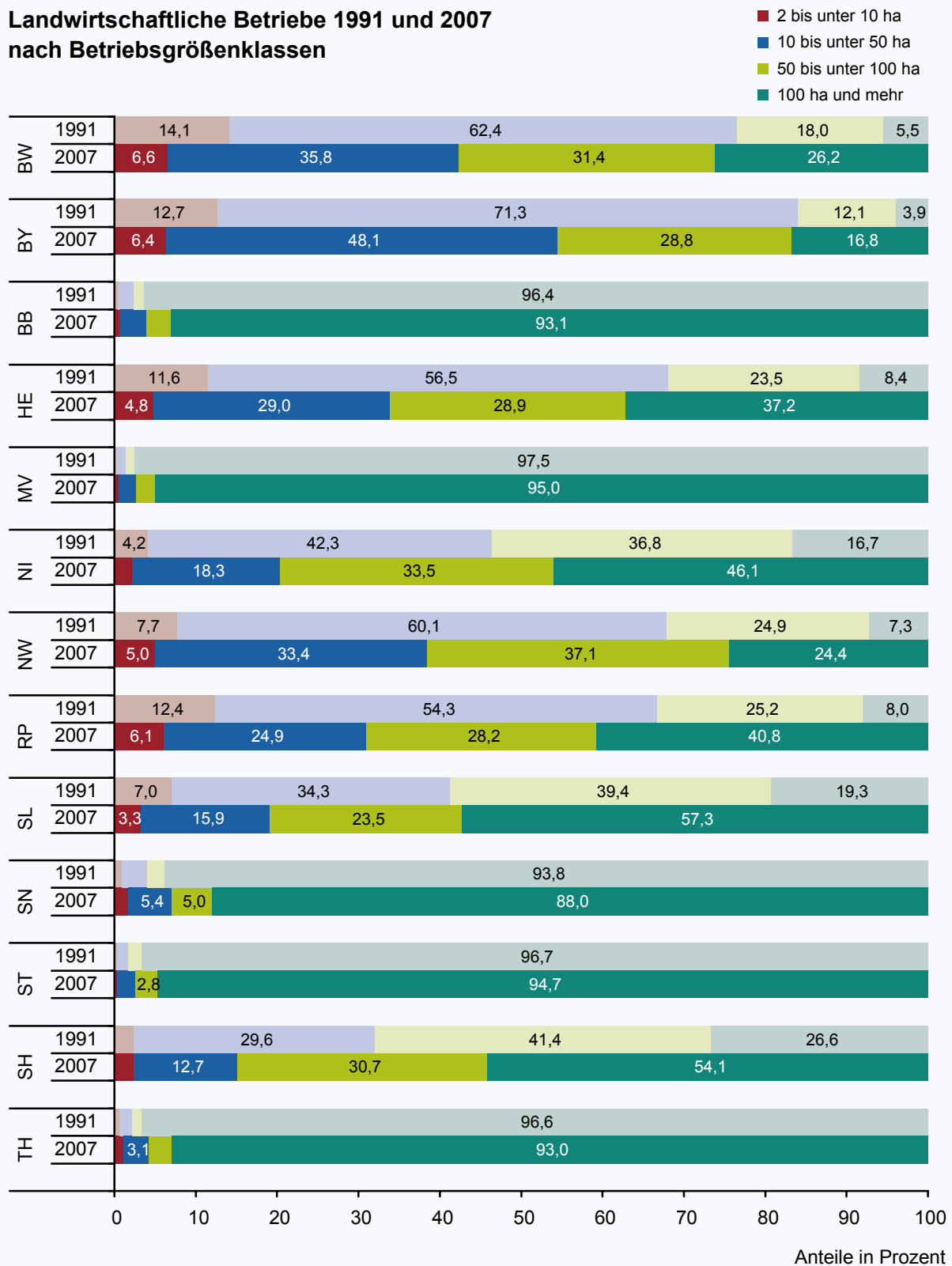
Verfügbares Einkommen¹⁾ 2007 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"

1) Der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Landwirtschaftliche Betriebe 1991 und 2007 nach Betriebsgrößenklassen



Quellen: Landwirtschaftszählung 1991, Agrarstrukturerhebung 2007

Der landwirtschaftliche Sektor unterlag in den vergangenen 20 Jahren einem fortschreitenden Strukturwandel. Dieser Entwicklungszeitraum ist wesentlich gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Konzentrationsprozess im alten Bundesgebiet sowie dem Fortbestand großer Betriebe in den neuen Bundesländern. Dies lässt sich im Rahmen eines Vergleichs der Betriebsgrößenstrukturen gemessen an der betrieblichen Flächenausstattung nachvollziehen. Grundlage für diese Betrachtung bilden die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1991 sowie der Agrarstrukturerhebung 2007.

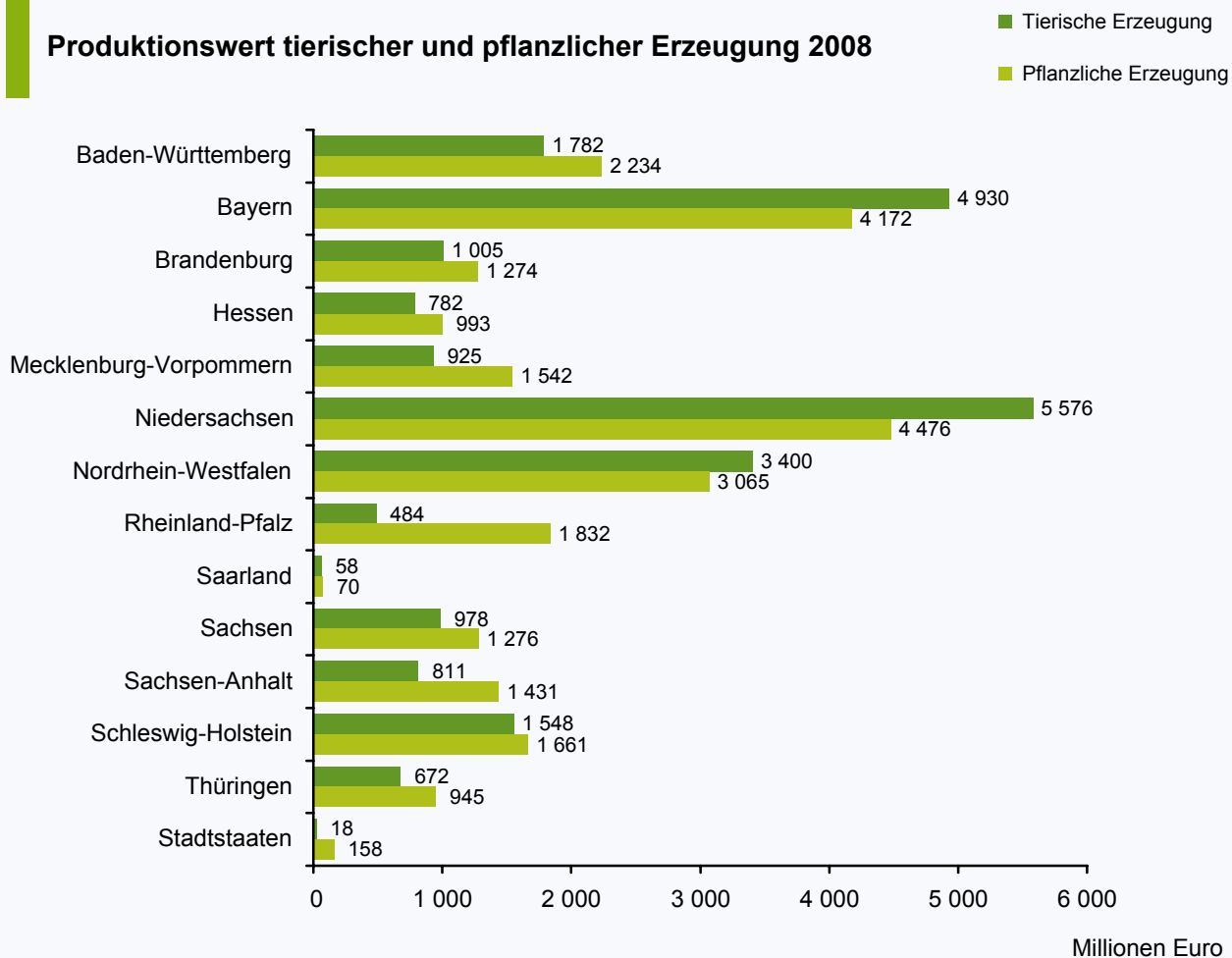
Für diese Gegenüberstellung wurden alle landwirtschaftlichen Betriebe ab einer Größe von zwei Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (ha LF) einbezogen, um trotz unterschiedlicher Erfassungsgrenzen eine direkte Vergleichbarkeit zwischen den Jahren zu ermöglichen. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg finden aufgrund zu geringer Fallzahlen keine Berücksichtigung in der Grafik.

Ein Blick auf die Betriebsgrößenstruktur im Jahr 1991 lässt deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern erkennen. Wurde im früheren Bundesgebiet ein Großteil der Fläche von klassischen Familienbetrieben mit einer Größe zwischen 10 und 50 ha LF bewirtschaftet, dominierten in den neuen Bundesländern Betriebe mit einer Flächenausstattung ab 100 ha LF. Dies ist vor allem auf die groß strukturierten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Staatsgüter (VEG) der ehemaligen DDR zurückzuführen. Nach der Wende entstanden daraus zumeist privatwirtschaftlich organisierte Agrargenossenschaften, GmbHs oder Einzelbetriebe, die eine umfangreiche Flächenausstattung bewahren konnten.

In den alten Bundesländern zeigt sich ein Unterschied zwischen dem Norden und dem Süden: Sind im Norden aufgrund oftmals günstigerer Standortbedingungen vorrangig mittelgroße Betriebe zu finden, existiert in Süddeutschland eine Vielzahl an kleinen Betrieben. Dies begründet sich zum einen in den dort vielfach vorkommenden Grenzertragsstandorten und dem verbreiteten Anbau von Sonderkulturen, wie beispielsweise Wein, mit geringem Flächenbedarf aber einer hohen Wertschöpfung je Flächeneinheit. Zum anderen bewirkte das dort praktizierte Erbrecht der Realteilung eine Spaltung vieler Betriebe.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung aus dem Jahr 2007 legt offen, dass diese Dreiteilung Deutschlands in Nord, Ost und Süd in den vergangenen zwei Jahrzehnten, wenn auch weniger stark ausgeprägt als 1991, fortbestand. In den neuen Bundesländern sank die durchschnittliche Betriebsgröße in diesem Zeitraum im Rahmen der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung von gut 350 auf knapp 200 ha LF. Im Norden und Süden ist hingegen infolge struktureller Anpassungen ein Konzentrationsprozess zu weniger, aber größeren Betrieben zu erkennen. Dies bewirkte eine gewisse Annäherung besonders der norddeutschen Betriebe an die Strukturen in den neuen Ländern. So nahm der Anteil der Betriebe bis zur Größenklasse von 50 ha LF im alten Bundesgebiet ab, wohingegen ein zunehmender Anteil von Betrieben mit einer Ausstattung von über 50 ha LF wirtschaftet. Die sogenannte Wachstumsschwelle, unterhalb derer die Zahl der Betriebe abnimmt und oberhalb derer die Zahl der Betriebe zunimmt, liegt in Deutschland mittlerweile bei über 75 ha LF. Rund 9 % der Betriebe haben eine LF von mindestens 100 ha. Sie bewirtschaften zusammen mehr als die Hälfte der LF Deutschlands (52 %). Dieser Trend zu immer größeren Betrieben wird sich voraussichtlich in der näheren Zukunft fortsetzen.

Produktionswert tierischer und pflanzlicher Erzeugung 2008

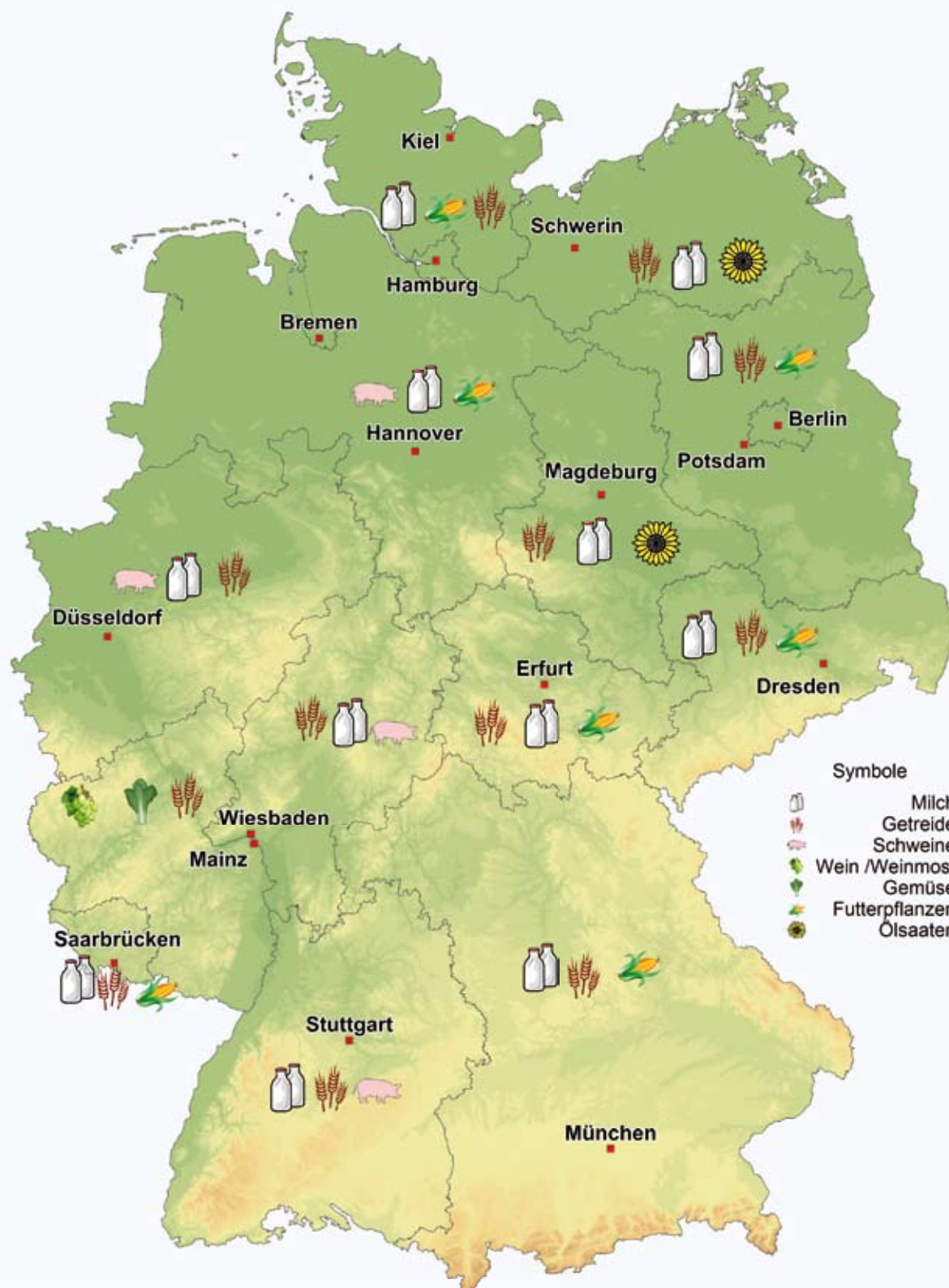


Quelle: Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Die große Vielfalt unterschiedlicher Produktionsverfahren spiegelt sich in der Struktur des landwirtschaftlichen Produktionswerts wider. Entsprechend den naturräumlichen Gegebenheiten wie Topografie, Bodenbeschaffenheit und Klima, aber auch in Abhängigkeit ökonomischer Faktoren wie beispielsweise den Vermarktungsbedingungen, wird sie geprägt von Rebland und Obstbauflächen, Acker- und Gemüsebau bis hin zur extensiven Weide- und Grünlandwirtschaft mit Rinderhaltung und Milcherzeugung sowie der zum Teil regional stark konzentrierten Schweine- und Geflügelproduktion.

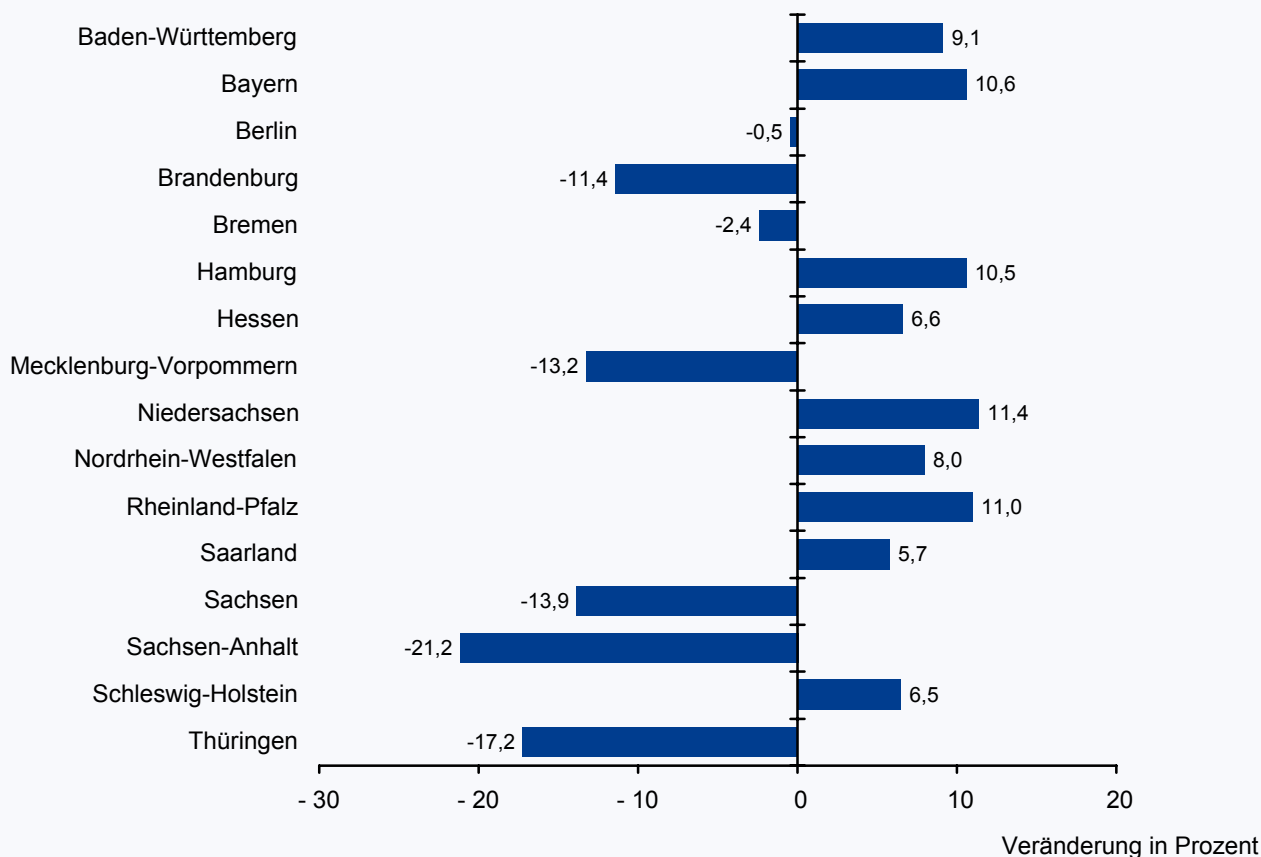
Die deutschen Landwirte erwirtschafteten 2008 einen Produktionswert zu Erzeugerpreisen von insgesamt knapp 50 Mrd. Euro. Ganz vorn lagen Niedersachsen und Bayern, die 2008 mit knapp 10,3 bzw. gut 9,7 Mrd. Euro jeweils etwa 20 % zum Produktionswert der landwirtschaftlichen Erzeugung Deutschlands beitrugen. In diesen Ländern nahm ebenso wie in Nordrhein-Westfalen der Produktionswert aus der tierischen Erzeugung den größeren Anteil ein. Die deutschlandweit wichtigsten Erzeugnisse sind Getreide, Milch und Schweine, die 2008 zusammen fast die Hälfte des Produktionswerts ausmachten.

Die drei landwirtschaftlichen Produkte mit dem höchsten Anteil am Produktionswert des jeweiligen Landes 2008



Quelle: Regionale landwirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
Hinweis zu Stadtstaaten: Blumen und Zierpflanzen, Baumschulerzeugnisse, Obst

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1991 bis 2009

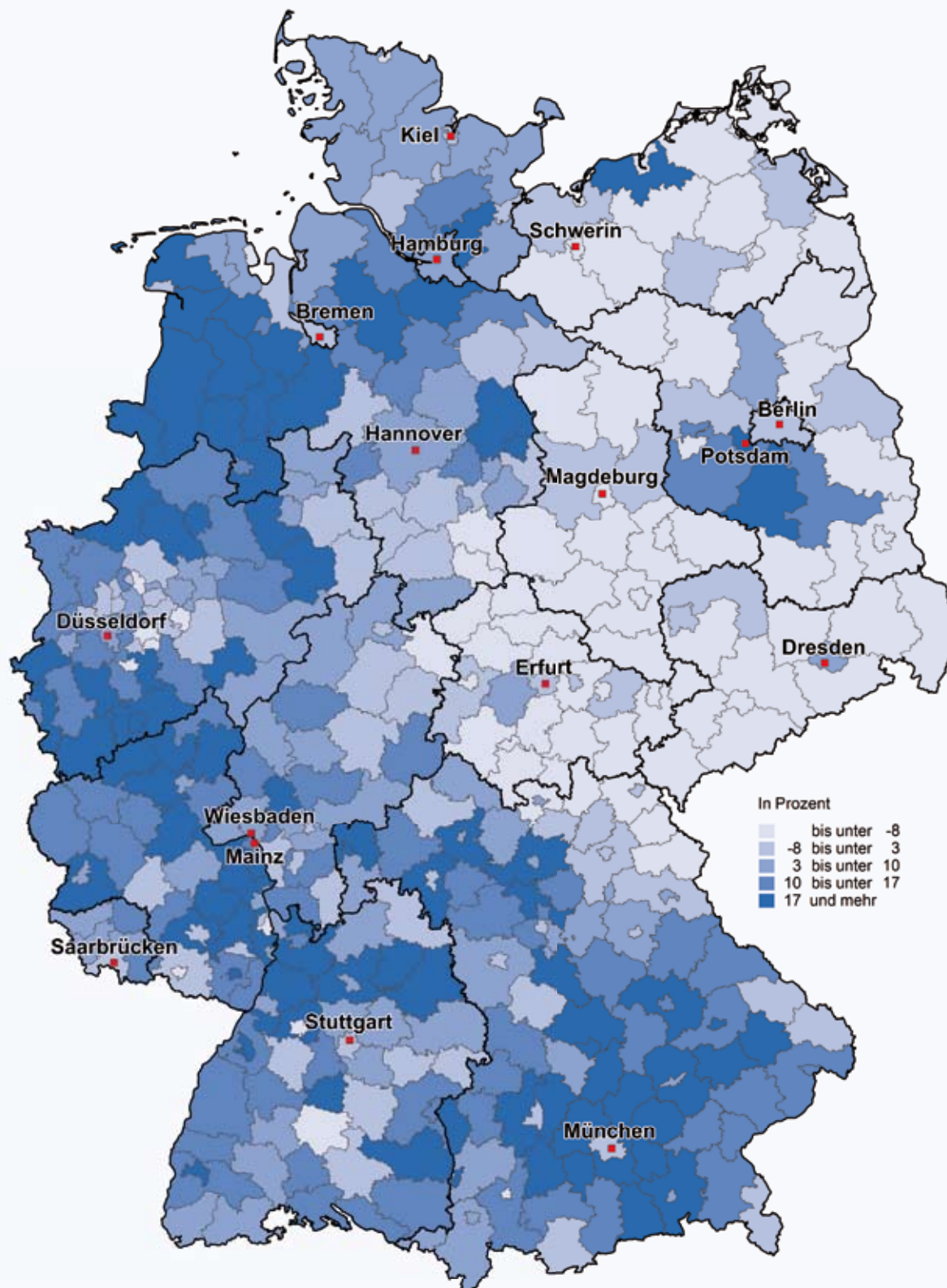


Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"

Die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt einer bestimmten Periode wird zum einen für Zwecke der laufenden Arbeitsmarktbeobachtung und zum anderen als Bezugszahl für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit. Nachgewiesen werden die Erwerbstätigen am Arbeitsort.

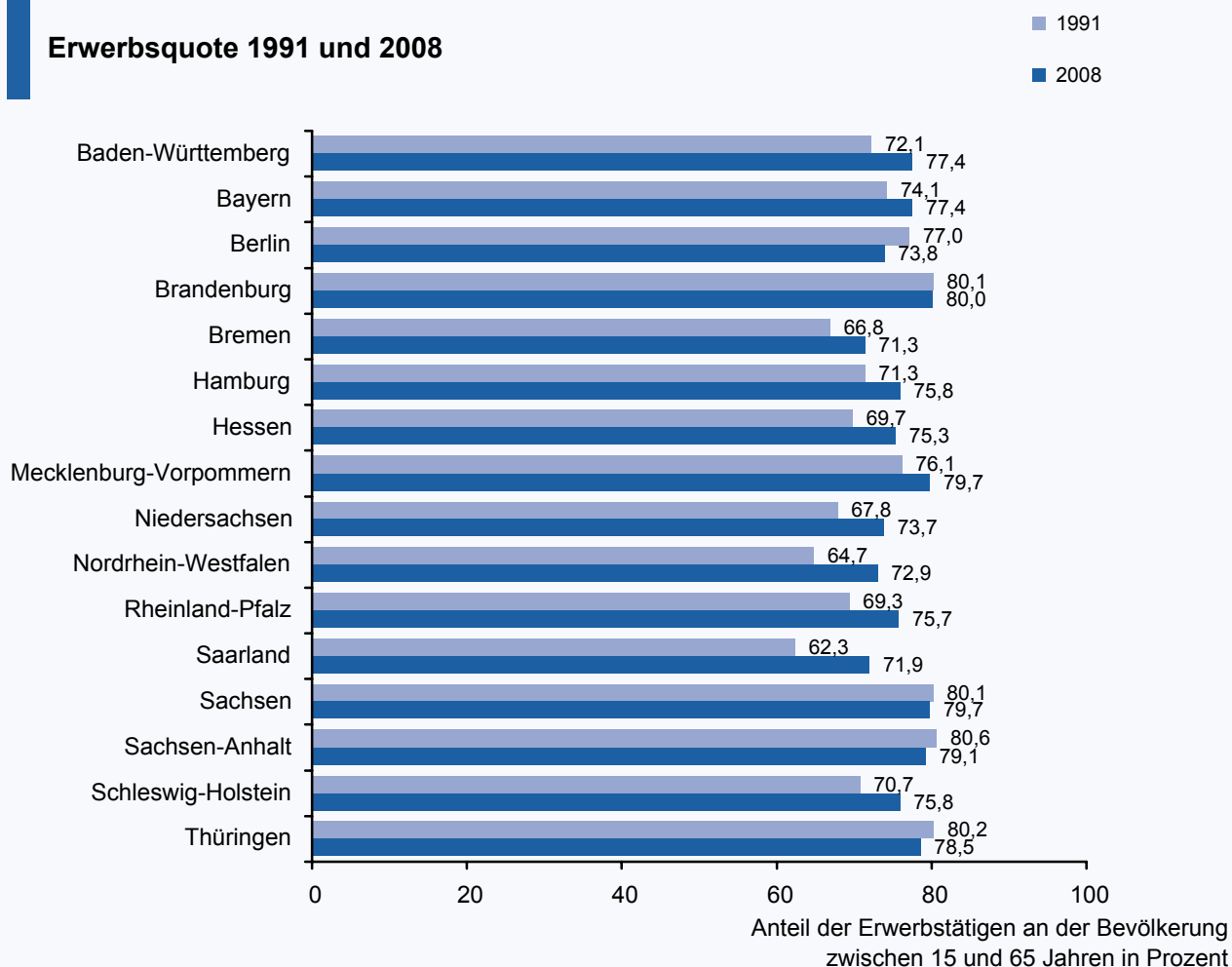
In Deutschland gab es im Jahr 2009 insgesamt knapp 40,3 Mill. Erwerbstätige, das waren 1,64 Mill. bzw. 4,3 % mehr als 1991. Die Entwicklung in den Ländern verlief jedoch sehr unterschiedlich. Während Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern mit jeweils etwa 11 % deutliche Zuwächse zu verzeichnen hatten, ist die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt (-21 %) und Thüringen (-17 %) stark gesunken. Zusammengefasst verloren die neuen Bundesländer in dem Zeitraum etwa 1 Mill. Arbeitsplätze, in den alten Ländern (jeweils ohne Berlin) gab es dagegen 2009 knapp 2,7 Mill. Arbeitsplätze mehr als 1991. Der Anteil der neuen Länder an Deutschland ist dadurch von knapp 18 auf etwa 14 % zurückgegangen.

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 1991 bis 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"

Erwerbsquote 1991 und 2008



Quelle: Mikrozensus

Die Erwerbsquote bezieht die Zahl der Erwerbspersonen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren. Zu den Erwerbspersonen zählen alle Einwohner, die eine Erwerbstätigkeit ausüben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose). Nach dem Konzept der International Labour Organization (ILO) ist eine Person erwerbstätig, wenn sie mindestens eine Stunde in der Woche als abhängig Beschäftigte, Selbstständige oder mit-helfende Familienangehörige gearbeitet hat. Erwerbslose sind Personen ohne Tätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben. Die Erwerbsquote ist ein Maß für die Erwerbsneigung der Bevölkerung, da sie im Gegensatz zur Erwerbs-tätigenquote auch die nicht beschäftigte Bevölkerung mit Erwerbswunsch beinhaltet.

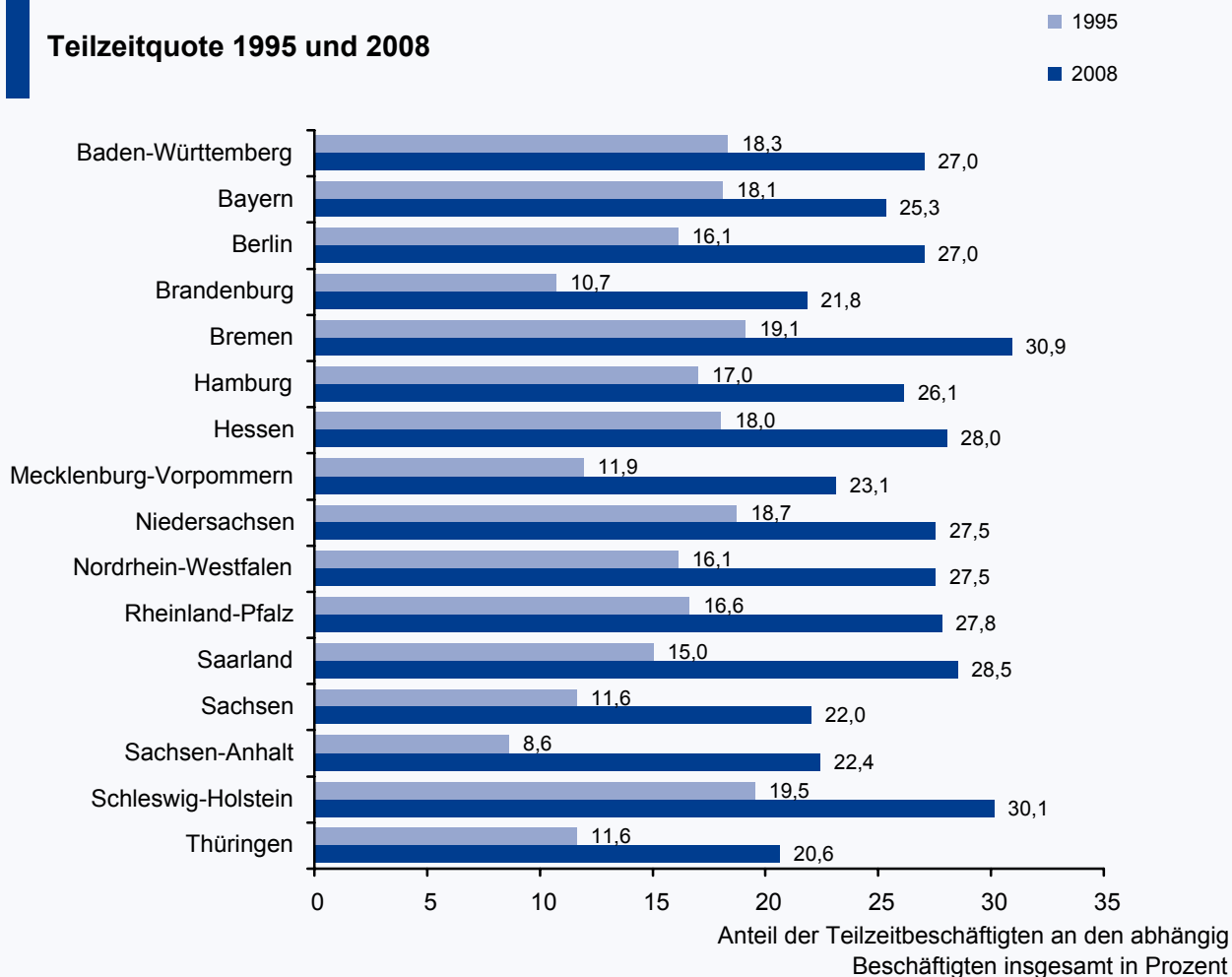
Zwischen 1991 und 2008 stieg die Erwerbsquote in Deutschland um 4,5 Prozentpunkte auf 75,8 %. Dabei sind die Erwerbsquoten in den meisten Ländern gestiegen, rückläufig waren sie nur in Berlin, Thüringen und Sachsen. Die größten Zunahmen gab es im Saarland und in Nordrhein-Westfalen mit +9,6 bzw. +8,2 Prozentpunkten. Die höchsten Erwerbsquoten waren 2008 in Brandenburg (80 %), Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 79,7 %) zu ver-zeichnen, die niedrigste in Bremen (71,3 %).

Erwerbsquote 2008



Quelle: Mikrozensus

Teilzeitquote 1995 und 2008



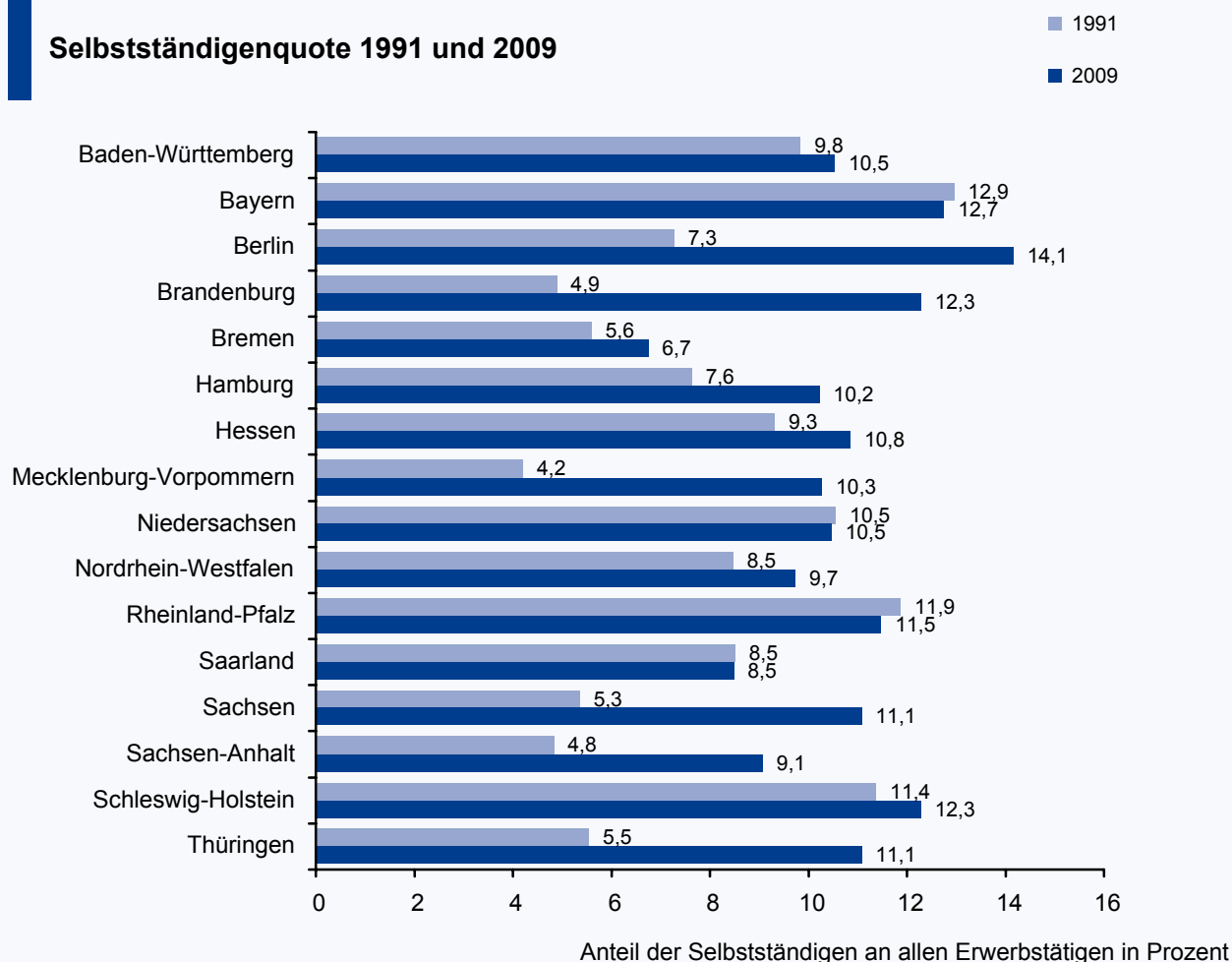
Quelle: Mikrozensus

Die Teilzeitquote gibt den Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten an. Als teilzeitbeschäftigt gelten Arbeitnehmer, wenn sie sich selbst als Teilzeittätige einstufen. Die Gruppe der abhängig Beschäftigten umfasst alle Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen.

Zwischen 1995 und 2008 stieg die Teilzeitquote in Deutschland deutlich um zehn Prozentpunkte auf 26,3 %. Hintergründe für den Anstieg sind unter anderem der 2001 eingeführte Rechtsanspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf Teilzeitarbeit, Maßnahmen zur Förderung von Familie und Beruf sowie Rechtsänderungen zur geringfügigen Beschäftigung. Die Zunahme zeigt sich daher auch in allen Ländern. Die größten prozentualen Zunahmen gab es in Sachsen-Anhalt (+13,8 Prozentpunkte) und im Saarland (+13,5 Prozentpunkte). Die niedrigsten Zuwächse hatten Bayern (+7,2 Prozentpunkte), Baden-Württemberg (+8,7 Prozentpunkte) und Niedersachsen (+8,8 Prozentpunkte).

Die höchsten Teilzeitquoten wiesen mit über 30 % im Jahr 2008 Bremen und Schleswig-Holstein auf, die niedrigsten Quoten waren in Thüringen (20,6 %), Brandenburg (21,8 %) und Sachsen (22 %) zu verzeichnen.

Selbstständigenquote 1991 und 2009



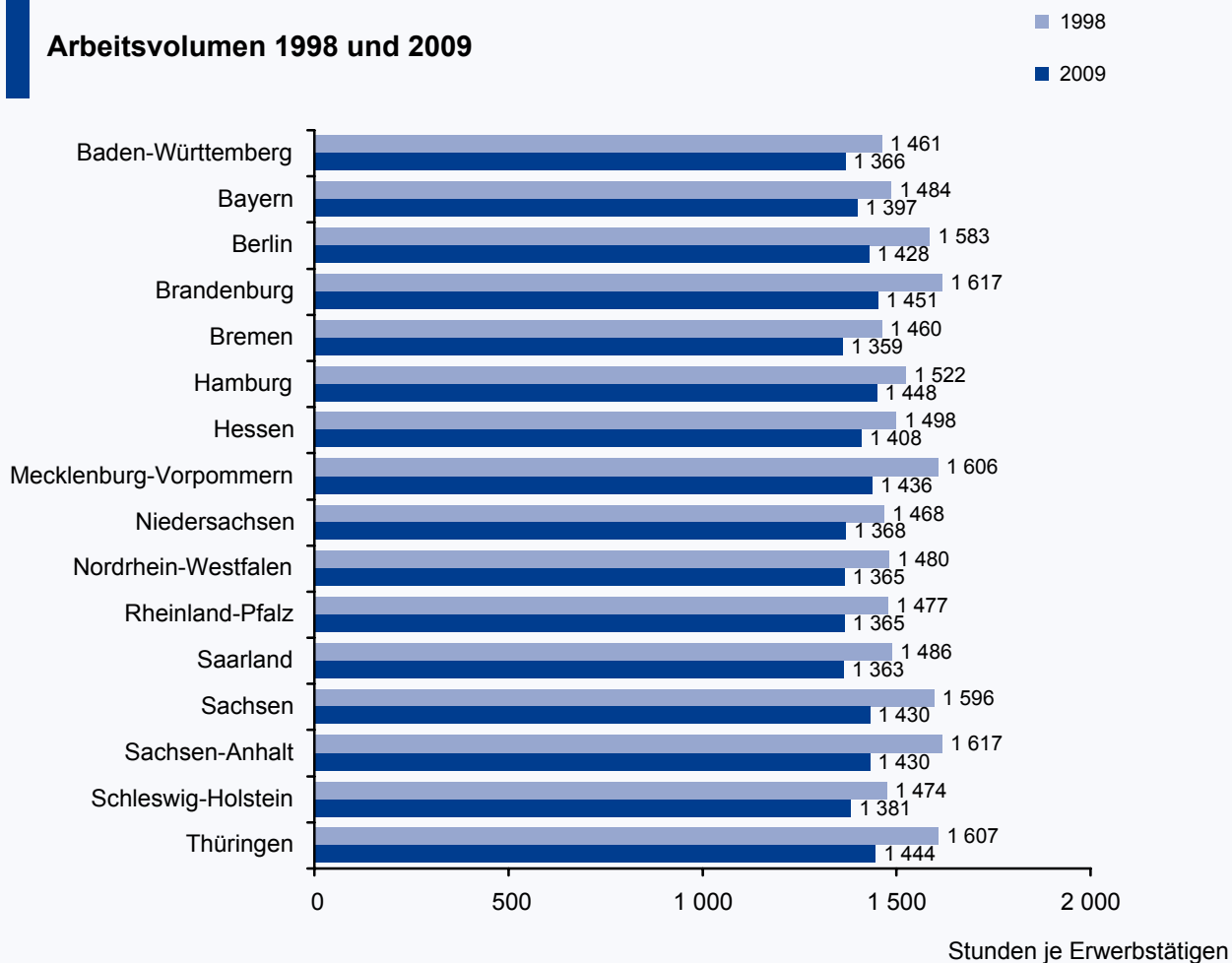
Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"

Die Selbstständigenquote stellt den Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen an allen Erwerbstätigen dar. Als Selbstständiger zählt, wer zeitlich überwiegend unternehmerisch oder freiberuflich selbstständig tätig ist.

Bundesweit lag die Selbstständigenquote 1991 bei 9,1% und nahm bis 2009 auf 11% zu. Tatsächlich weisen die Selbstständigenquoten jedoch eine starke Streuung zwischen den Bundesländern auf. In Berlin ist der Selbstständigenanteil an allen Erwerbstätigen mit 14,1% am höchsten, gefolgt von Bayern (12,7%) sowie Brandenburg und Schleswig-Holstein (jeweils 12,3%). In Bremen und dem Saarland ist die Quote der Selbstständigen mit 6,7 bzw. 8,5% am geringsten.

Die Zahl der Selbstständigen entwickelte sich im Beobachtungszeitraum insgesamt positiv. So nahm im früheren Bundesgebiet die Selbstständigkeit mit 16,3% fast doppelt so stark zu wie die Erwerbstätigkeit insgesamt. In den neuen Bundesländern dagegen war ein anderer Trend zu beobachten: Während die Erwerbstätigkeit um 15% zurückging, stieg die Zahl der Selbstständigen um 81%.

Arbeitsvolumen 1998 und 2009

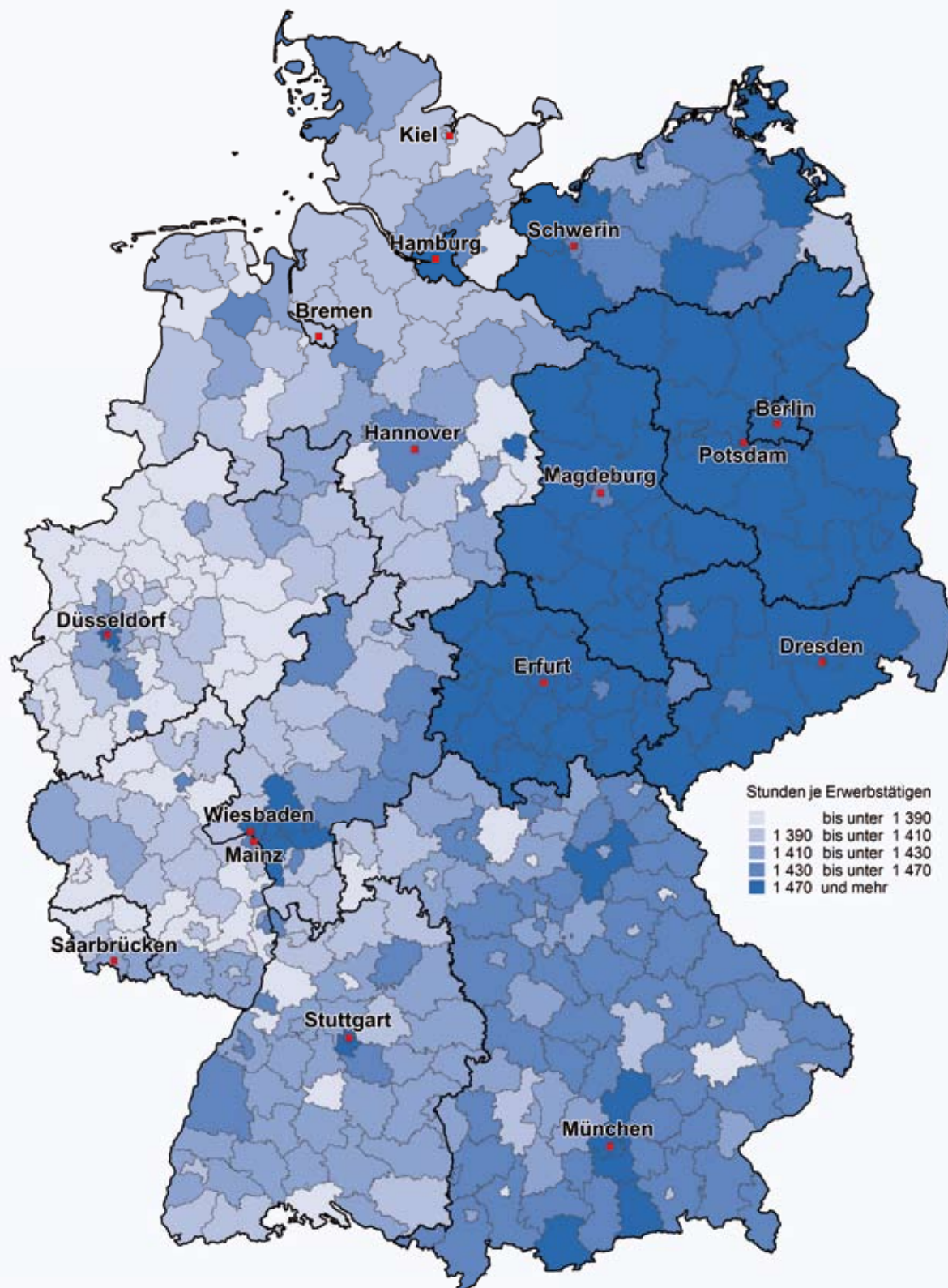


Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"

Das Arbeitsvolumen umfasst die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit.

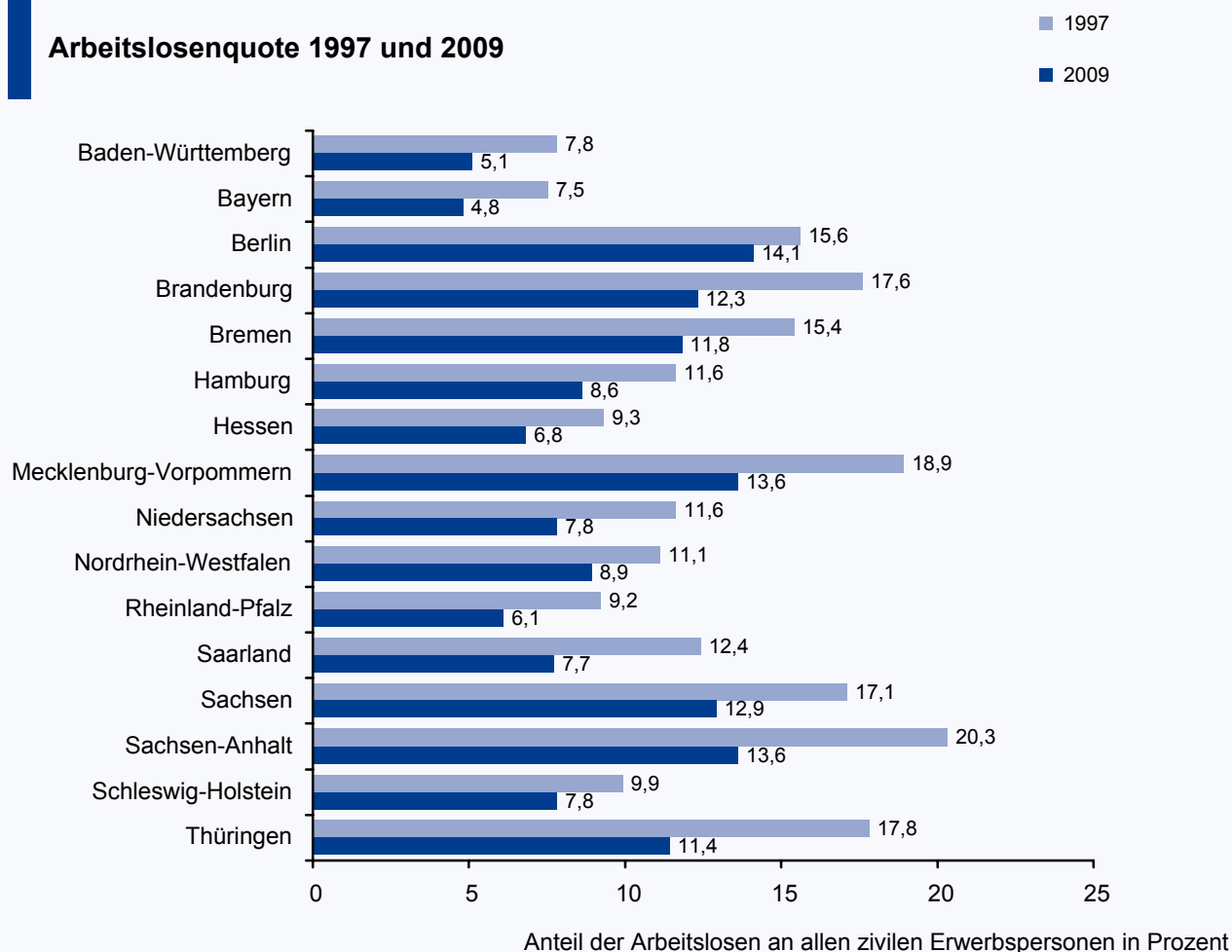
In allen Ländern verringerte sich im Zeitraum von 1998 bis 2009 die durchschnittlich geleistete Jahresarbeitszeit. Am stärksten war der Rückgang mit 11,6 % in Sachsen-Anhalt. Der Umfang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen fällt in den Bundesländern jedoch recht unterschiedlich aus und reichte 2009 von 1 451 Stunden in Brandenburg bis 1 359 Stunden in Bremen. Der Unterschied an geleisteten Arbeitsstunden zwischen den Ländern erklärt sich durch unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen und der damit zusammenhängenden Beschäftigungsverhältnisse, d. h. Bundesländer mit einem höheren Anteil der Dienstleistungsbereiche, in denen in der Regel mehr Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse vorkommen, weisen einen geringeren Jahresdurchschnitt an geleisteten Arbeitsstunden auf. Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Jahr 2009 wurde durch die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit in den stärker industriell geprägten Bundesländern wie z. B. Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Vergleich zu 2008 reduziert.

Arbeitsvolumen 2008 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"

Arbeitslosenquote 1997 und 2009



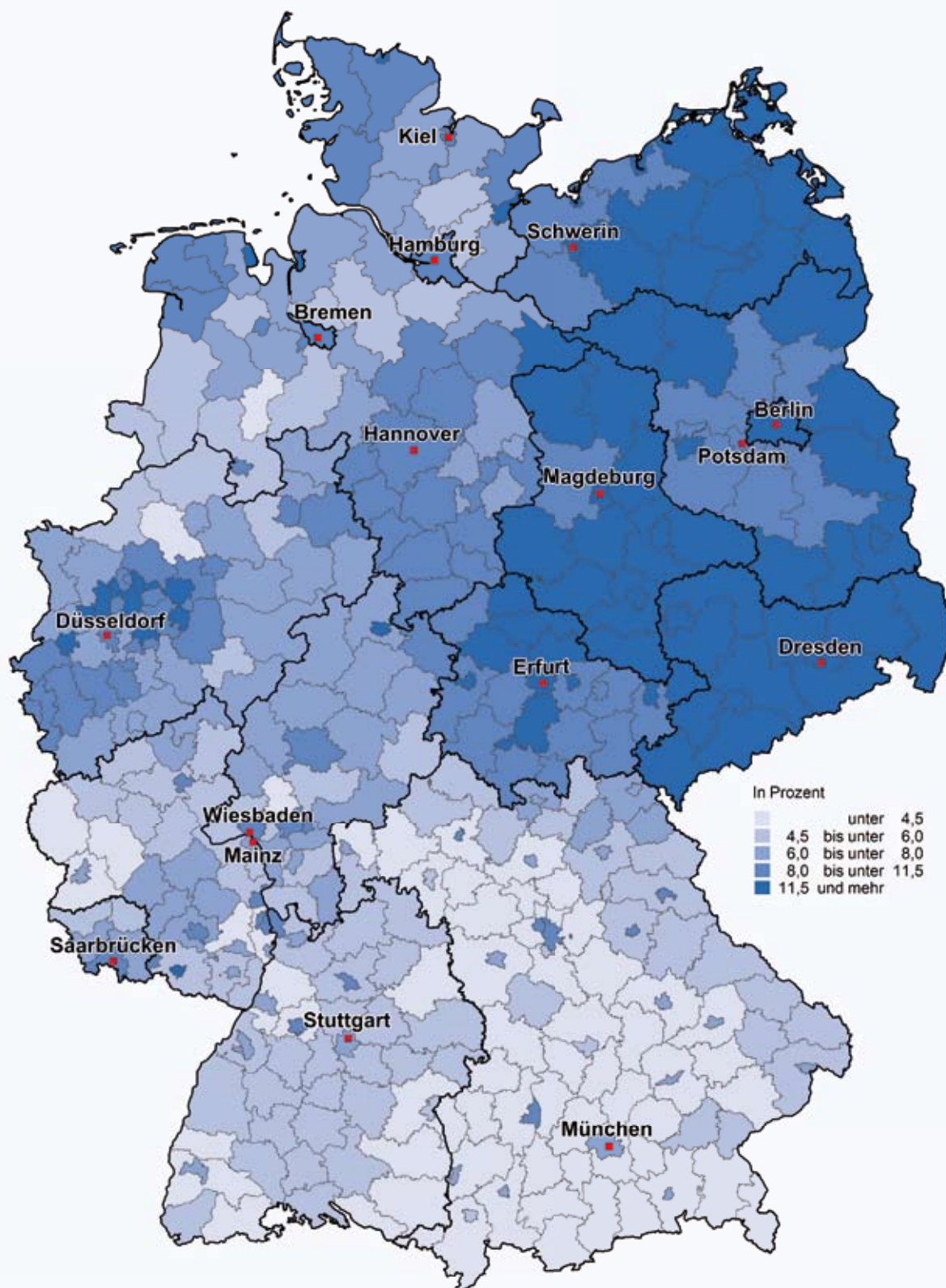
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Arbeitslosenquote bezieht die Zahl der Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Im Jahr 2009 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 8,2 %. Am niedrigsten war sie in Bayern (4,8 %) und in Baden-Württemberg (5,1 %), am höchsten in der Bundeshauptstadt Berlin (14,1 %) sowie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 13,6 %).

Im Vergleich zu 1997 sind die Arbeitslosenquoten heute in allen Bundesländern deutlich niedriger. Bundesweit lag die Quote 2009 um 3,2 Prozentpunkte unter der von 1997. Am stärksten war der Rückgang in Sachsen-Anhalt mit einem Minus von 6,7 Prozentpunkten, gefolgt von Thüringen (–6,4 Prozentpunkte). Diese positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist vor allem auf die Arbeitsmarktreformen zurückzuführen, die zwischen 2003 und 2005 in Kraft traten.

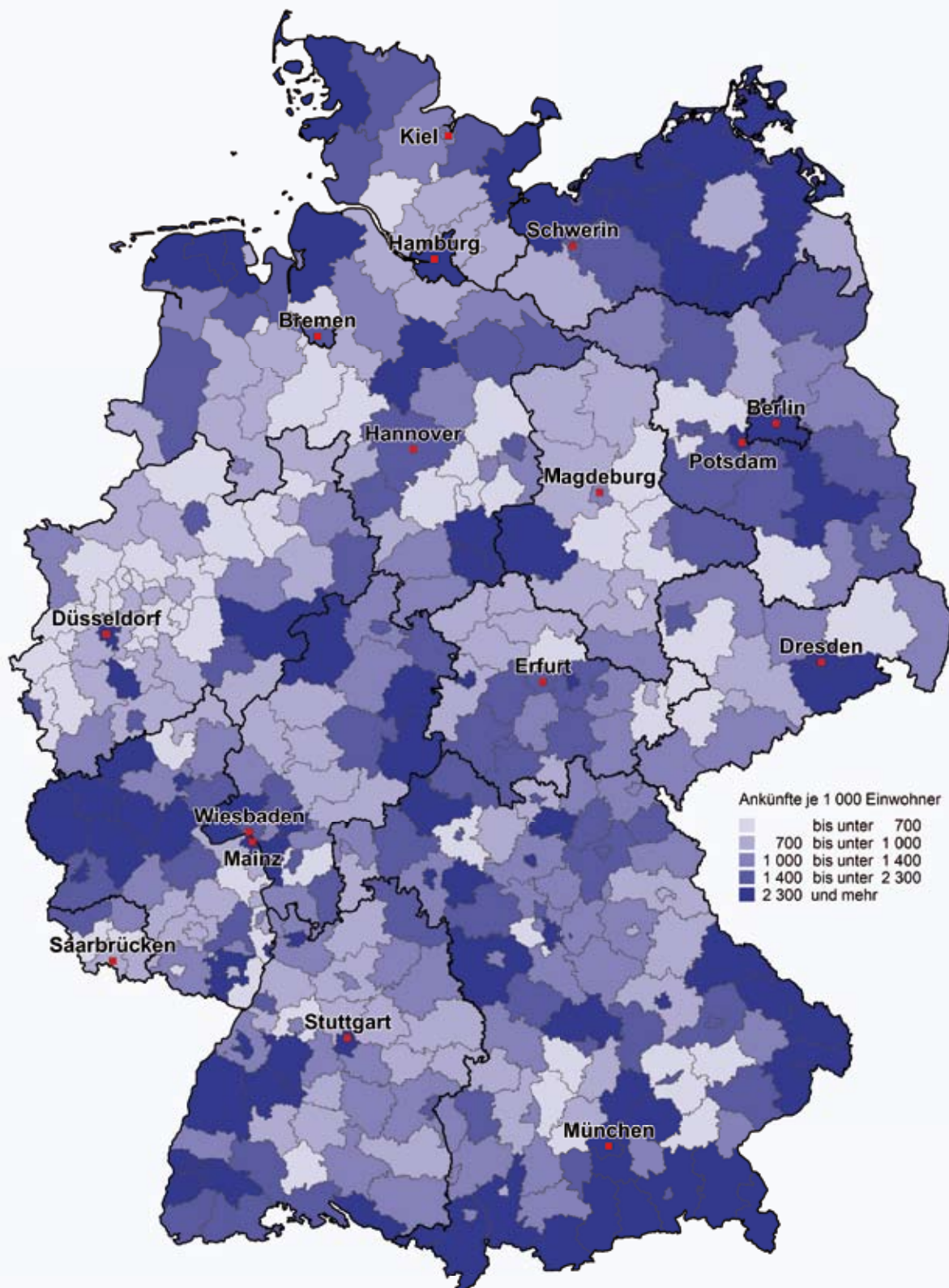
Die niedrigste Arbeitslosenquote wird 2009 für den Kreis Eichstätt in Bayern ausgewiesen: Dort sind lediglich 2,2 % der Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet. Der höchste Wert wird im Kreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern mit 18,3 % erreicht.

Arbeitslosenquote¹⁾ 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 1) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt - Jahresdurchschnitt 2009.

Gästeintensität 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Monatserhebung im Tourismus, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (durchschnittliche Jahresbevölkerung)

Die Gästeintensität ist eine Kennzahl zur Veranschaulichung der touristischen Intensität in einem Gebiet. Sie setzt die Zahl der Gästeankünfte in Beziehung zur Bevölkerung und stellt somit dar, wie viele Gästeankünfte in den einzelnen Ländern auf 1 000 Einwohner entfielen.

Zwar verzeichnete Bayern im Jahr 2009 mit 26,4 Mill. die meisten Gästeankünfte, dennoch war die höchste Gästenintensität in Mecklenburg-Vorpommern festzustellen. Bei insgesamt 6,9 Mill. Gästeankünften kamen dort aufgrund der relativ geringen Bevölkerungszahl von 1,7 Mill. Einwohnern 4 175 Gästeankünfte auf 1 000 Einwohner. Danach folgen die Stadtstaaten Hamburg und Berlin sowie die Flächenländer Bayern und Schleswig-Holstein mit jeweils mehr als 2 000 Gästeankünften je 1 000 Einwohner. Die geringste Gästeintensität verzeichneten Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit 964 bzw. 687 Gästeankünften je 1 000 Einwohner.

Im Jahr 1992 sah das Bild noch anders aus. Damals wiesen Schleswig-Holstein mit 1 782 Gästeankünften und Rheinland-Pfalz mit 1 558 Gästeankünften je 1 000 Einwohnern die höchsten Gästeintensitäten auf. Mecklenburg-Vorpommern hatte damals erst 1 400 Gästeankünfte je 1 000 Einwohner. Die geringste Gästeintensität erreichte 1992 Sachsen-Anhalt mit 381 Gästeankünften je 1 000 Einwohner.

Eine weitere Kennzahl zur Veranschaulichung der Bedeutung des Tourismus in einer Region ist die Übernachtungsintensität. Diese setzt die Zahl der Übernachtungen der Gäste in Beziehung zur Bevölkerung.

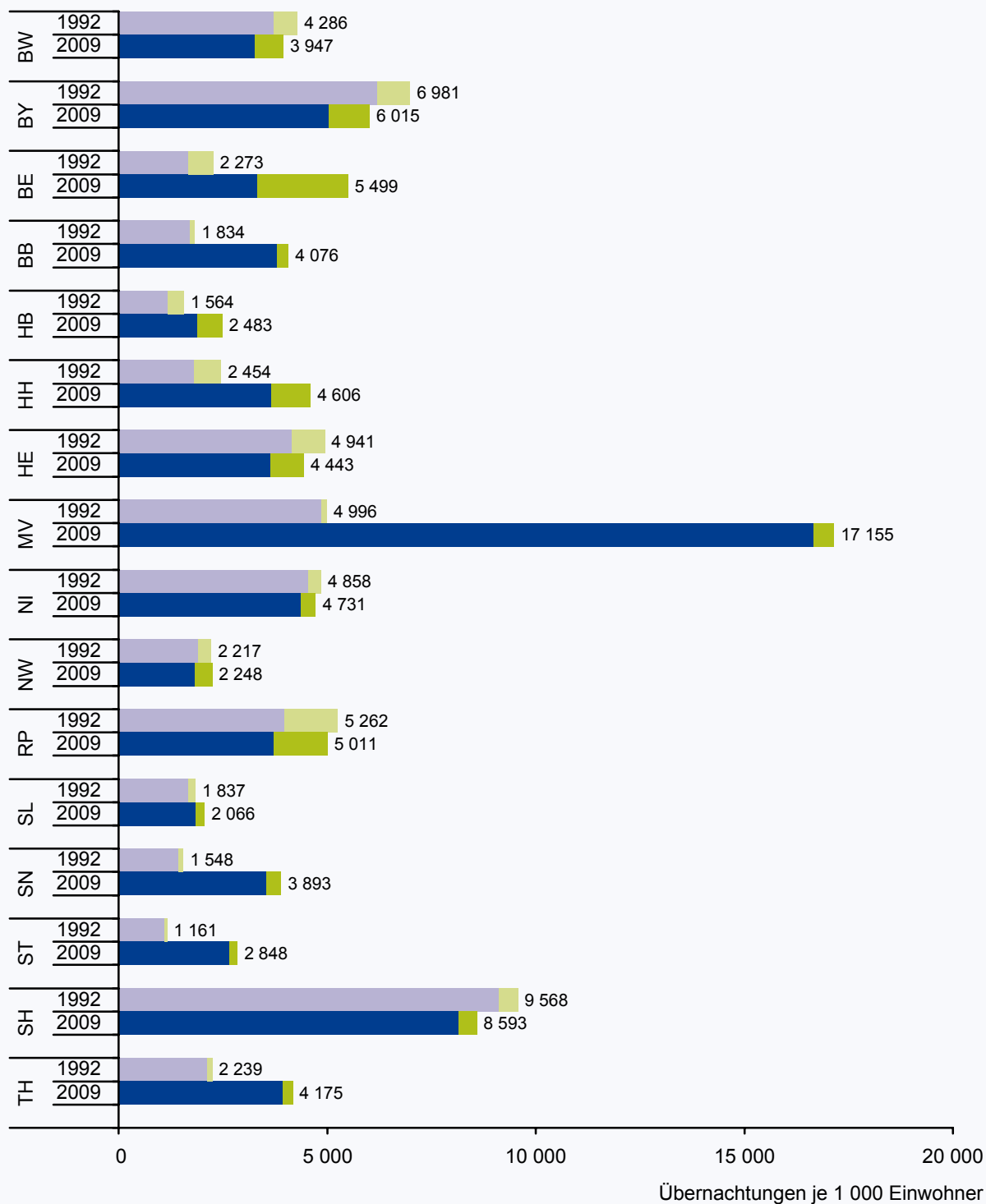
Wie bei den Gästen verbuchte Bayern im Jahr 2009 mit 75,2 Mill. Übernachtungen die meisten Übernachtungen von allen Ländern, aber auch hier erreichte Mecklenburg-Vorpommern die mit Abstand höchste Übernachtungsintensität. Dort kamen auf 1 000 Einwohner 17 155 Übernachtungen, bei einer absoluten Anzahl der Übernachtungen von 28,4 Mill. Danach folgten Schleswig-Holstein mit einer Übernachtungsintensität von 8 593 Übernachtungen und Bayern mit 6 015 Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Die geringsten Werte erreichten Nordrhein-Westfalen mit 2 248 Übernachtungen und das Saarland mit 2 066 Übernachtungen je 1 000 Einwohner.

Die hohen Übernachtungsintensitäten in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bayern verdeutlichen die besonders große Bedeutung des Tourismus für die Küste im Norden und die Berge im Süden Deutschlands. Unter den Stadtstaaten erreichte die Bundeshauptstadt Berlin vor Hamburg und Bremen mit 18,9 Mill. die höchste Zahl der Übernachtungen. Nordrhein-Westfalen liegt nach Bayern und Baden-Württemberg mit 40,2 Mill. Übernachtungen zwar an dritter Stelle, da es mit rund 17,9 Mill. Einwohnern jedoch das bevölkerungsreichste Land ist, lag die Übernachtungsintensität lediglich bei 2 248 Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Das Saarland ist das kleinste Flächenland mit rund 1 Mill. Einwohner und hatte bei 2,1 Mill. Übernachtungen dementsprechend die geringste Intensität.

Im Jahr 1992 wies noch Schleswig-Holstein mit 9 568 Übernachtungen bezogen auf 1 000 Einwohner die höchste Übernachtungsintensität auf. Es folgten Bayern mit 6 981 Übernachtungen und Rheinland-Pfalz mit 5 262 Übernachtungen je 1 000 Einwohner. Den geringsten Wert erreichte Sachsen-Anhalt mit 1 161 Übernachtungen je 1 000 Einwohner.

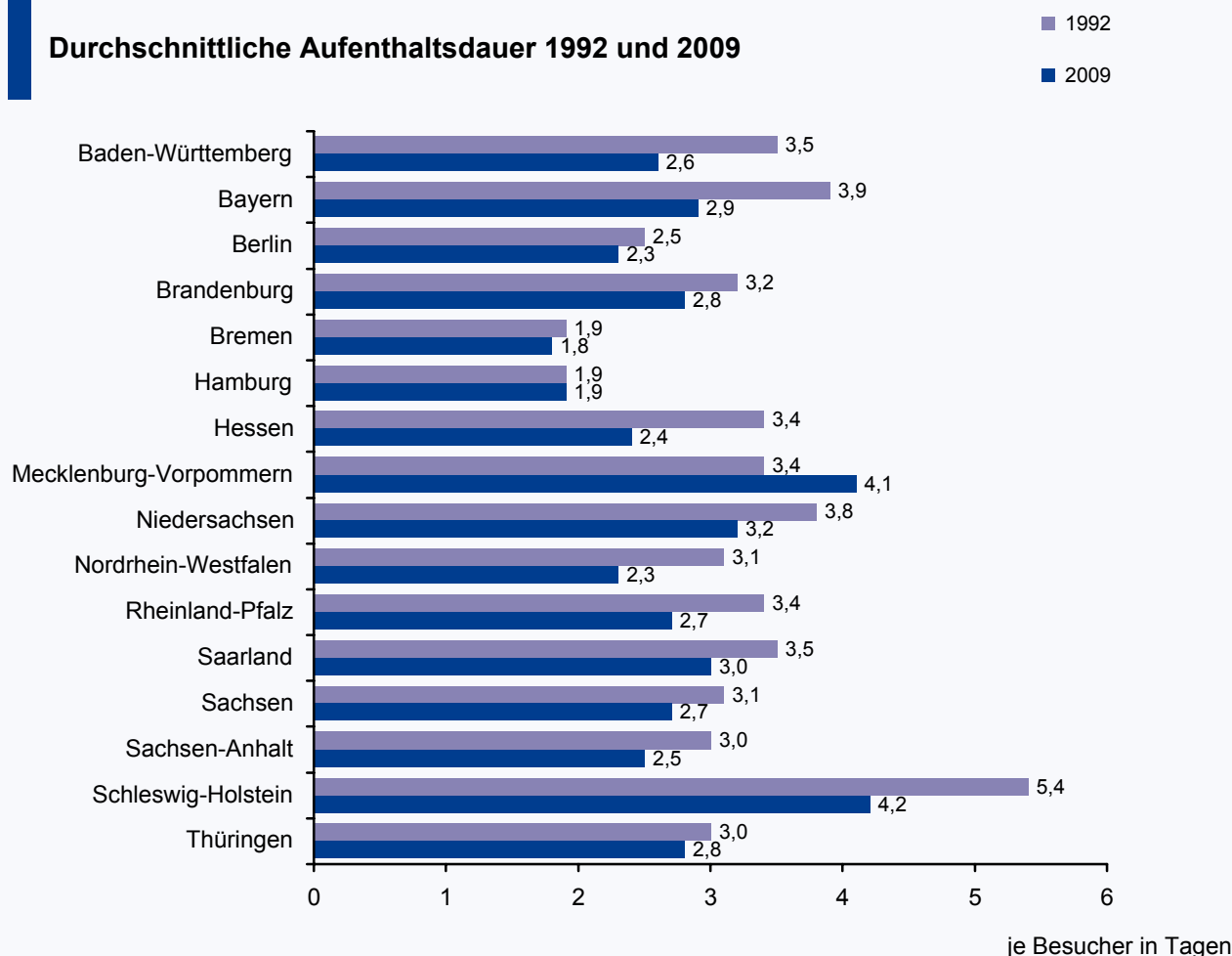
Übernachtungsintensität 1992 und 2009

■ Inländische Gäste
■ Ausländische Gäste



Quelle: Monatserhebung im Tourismus

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 1992 und 2009



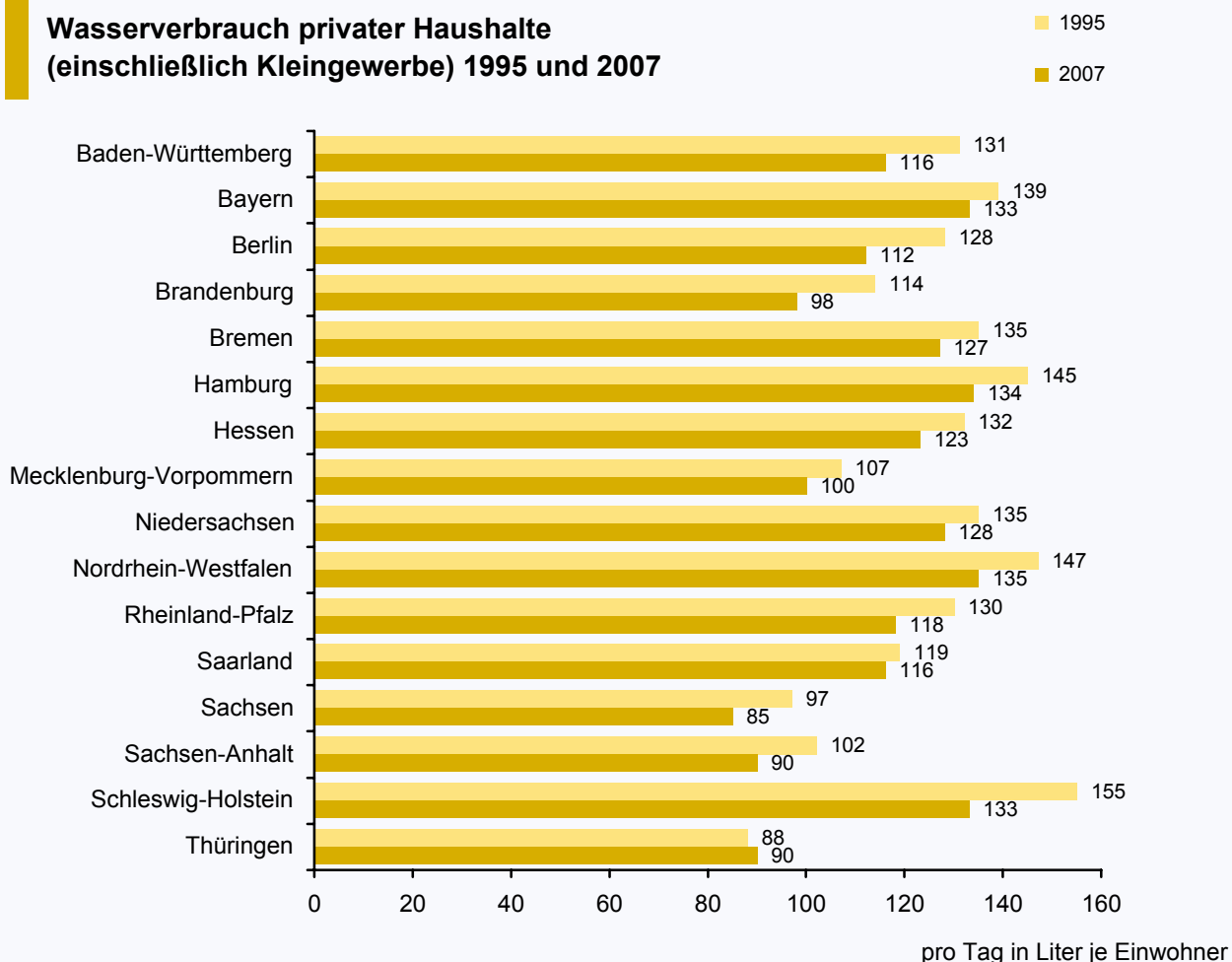
Quelle: Monaterhebung im Tourismus

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste gibt das Verhältnis von den Übernachtungen zu den Gästeankünften an. Im Jahr 2009 erreichte die durchschnittliche Verweildauer in den Küstenländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen die höchsten Werte. Die Gäste blieben dort im Durchschnitt zwischen 3,2 und 4,2 Tage. Ein Grund für diese hohen Werte ist, dass die Küstenregionen beliebte Urlaubsgegenden sind und die Besucher dort gern länger verweilen.

Im Gegensatz dazu ist der Städtetourismus von Geschäftsreisen und vom Veranstaltungstourismus geprägt. Dementsprechend weisen die Stadtstaaten eine geringere durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf. Sie betrug beispielsweise in Bremen 1,8 Tage.

Im Jahr 1992 blieben die Gäste in Schleswig-Holstein mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 5,4 Tagen mit Abstand am längsten. Die geringste Verweildauer von 1,9 Tagen verzeichneten damals die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Mecklenburg-Vorpommern konnte als einziges Land seit 1992 eine erhöhte durchschnittliche Aufenthaltsdauer seiner Gäste verzeichnen.

Wasserverbrauch privater Haushalte (einschließlich Kleingewerbe) 1995 und 2007

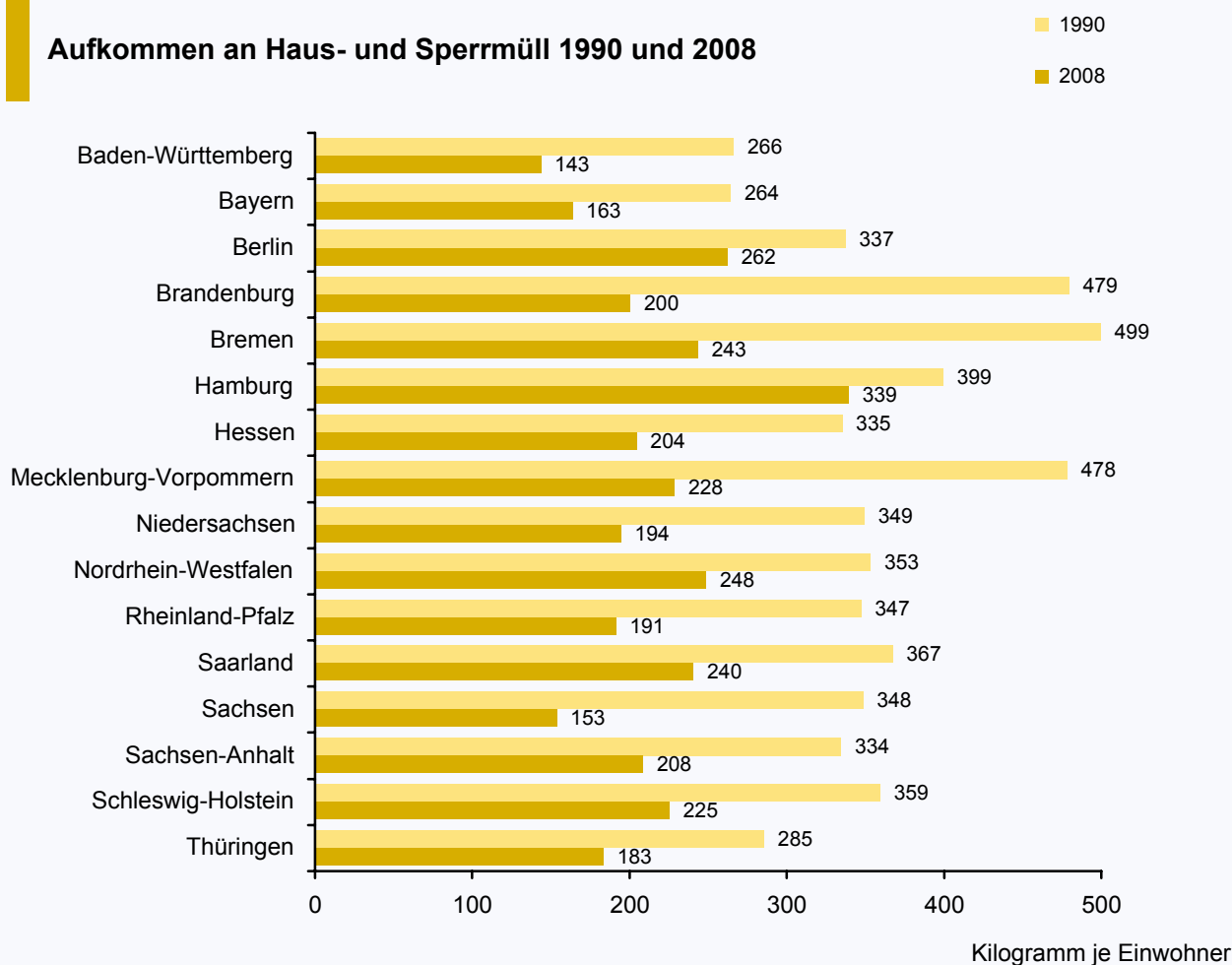


Quelle: Statistik der öffentlichen Wasserversorgung

Der Wasserverbrauch der privaten Haushalte und Kleingewerbe in Deutschland summierte sich 2007 auf 3623 Mrd. Kubikmeter. Mit dieser Menge ließe sich die gesamte Fläche Deutschlands einen Zentimeter hoch mit Wasser bedecken. Je Einwohner beträgt der tägliche Verbrauch im Bundesdurchschnitt 122 Liter Trinkwasser. Dieser Wert ist bundesweit seit geraumer Zeit rückläufig: Im Vergleich zu 1995 ist der Pro-Kopf-Verbrauch um zehn Liter gesunken. Der Rückgang ist vor allem auf die Entwicklung wassersparender Technologien, z. B. bei Waschmaschinen oder Armaturen zurückzuführen. Auch die steigenden Wasserpreise und das gestiegene Umweltbewusstsein der Bevölkerung senken den Pro-Kopf-Verbrauch.

Das Verbrauchsniveau ist regional sehr verschieden. Neben einem unterschiedlichen Verbrauchsverhalten haben auch heterogene Siedlungsstrukturen, der Fremdenverkehrsanteil und die regional abweichenden Verbrauchsmengen von Kleingewerbe und Dienstleistungseinrichtungen erheblichen Einfluss auf die ausgewiesene Höhe des Wasserbedarfs. Den durchschnittlich geringsten Wasserverbrauch haben die Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg.

Aufkommen an Haus- und Sperrmüll 1990 und 2008

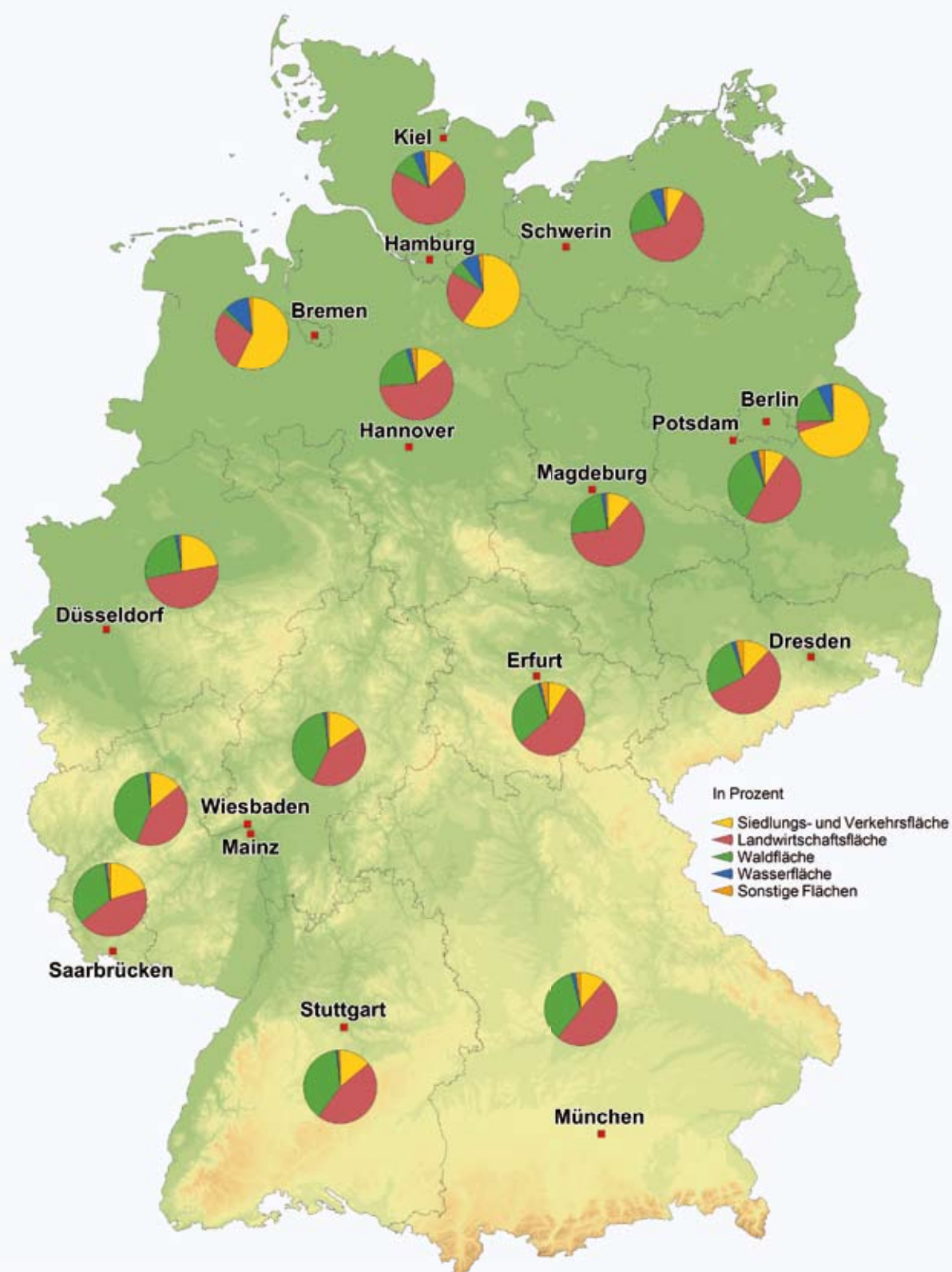


Quelle: Abfallbilanzen der Länder

Das Aufkommen an Haus- und Sperrmüll je Einwohner gibt die Menge an häuslichen Abfällen an, die ein Einwohner im Durchschnitt pro Jahr in bereitgestellten Restmüllbehältern als Hausmüll oder zur gesonderten Sperrmüllentsorgung an die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger abgibt. Nicht enthalten sind die mit dem Ziel der stofflichen Verwertung getrennt erfassten Wertstoffe (z. B. Papier und Glas), organischen Bio- und Grünabfälle sowie andere Stoffe, wie beispielsweise Elektro- und Elektronik-Altgeräte.

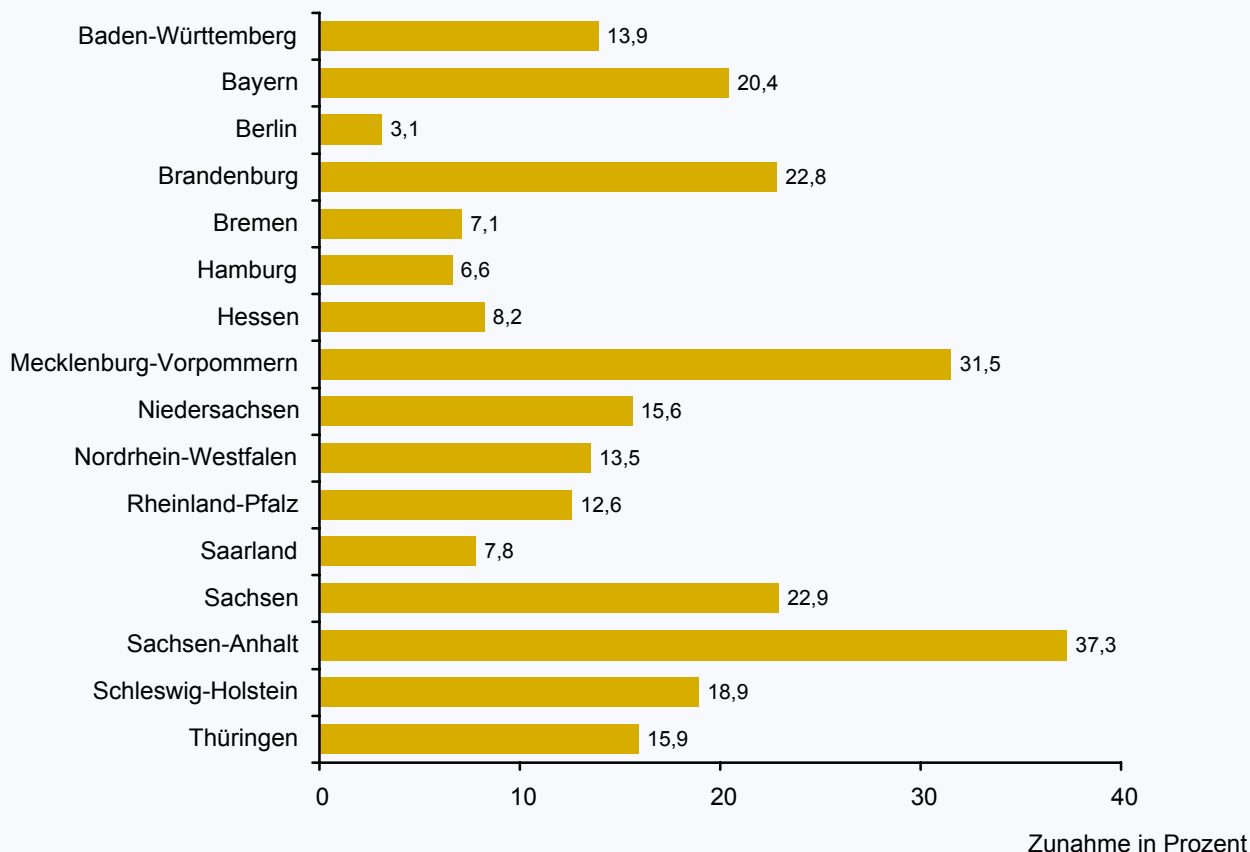
Die Menge an Haus- und Sperrmüll je Einwohner ist in allen Bundesländern seit 1990 stark zurückgegangen. Der stärkste Rückgang wurde mit 58 % im Land Brandenburg verzeichnet. Zwischen den einzelnen Ländern variiert das im Jahr 2008 erfasste Aufkommen an Haus- und Sperrmüll je Einwohner zwischen 143 kg in Baden-Württemberg und 339 kg in Hamburg. Die Ursachen für die beträchtlichen Differenzen liegen in den abweichenden Siedlungs- und Bevölkerungsstrukturen, in Unterschieden bei der Organisation der Entsorgung in den Ländern und nicht zuletzt in regionalen Abweichungen hinsichtlich der Einbeziehung hausmüll-ähnlicher Gewerbeabfälle. Die Spannweite des Pro-Kopf-Aufkommens an Haus- und Sperrmüll zwischen den Ländern ist aber im Betrachtungszeitraum deutlich kleiner geworden.

Flächennutzung 2008



Quelle: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung

Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 1992 bis 2008

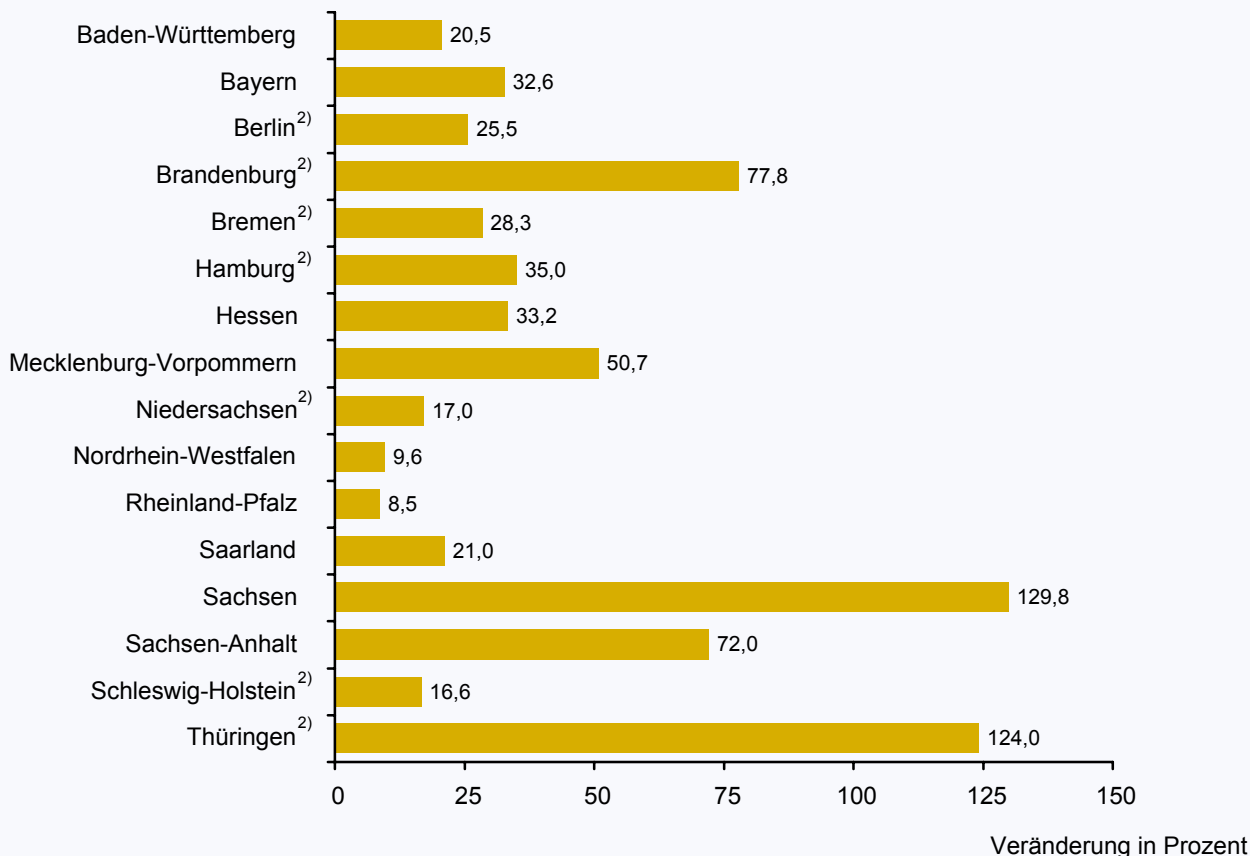


Quelle: Flächenerhebung nach der Art der tatsächlichen Nutzung

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen stellt den Flächenverbrauch dar, der für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie, Straßen und für Erholungsflächen beansprucht wird. Probleme ergeben sich dadurch, dass auf der einen Seite versiegelte Flächen zur Aufnahme von Niederschlägen und Hochwasser nicht mehr zur Verfügung stehen, auf der anderen Seite aber immer mehr Flächen brach liegen. Das führte zu Diskussionen um die Innenentwicklung in den Zentren, in deren Folge die Bundesregierung das Ziel ausgegeben hat, deutschlandweit den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche bis in das Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag, das entspricht 41 Fußballfeldern, zu reduzieren.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche hat in den Bundesländern zwischen 1992 und 2008 unterschiedlich stark zugenommen. Die Stadtstaaten haben als Ballungszentren naturgemäß bereits einen hohen Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche. Demzufolge fallen die Zunahmen geringer aus. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zeigten die größten Zuwachsraten im Betrachtungszeitraum, die jedoch zusätzlich von methodischen Umstellungen in der Statistik verursacht sind. Daneben wiesen Brandenburg, Sachsen und Bayern die höchsten Zunahmen auf.

Veränderung der Energieproduktivität¹⁾ 1991 bis 2007



1) Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einheit Primärenergieverbrauch. – 2) Werte aus 2006.

Quelle: Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Berichtsstand: Frühjahr 2010

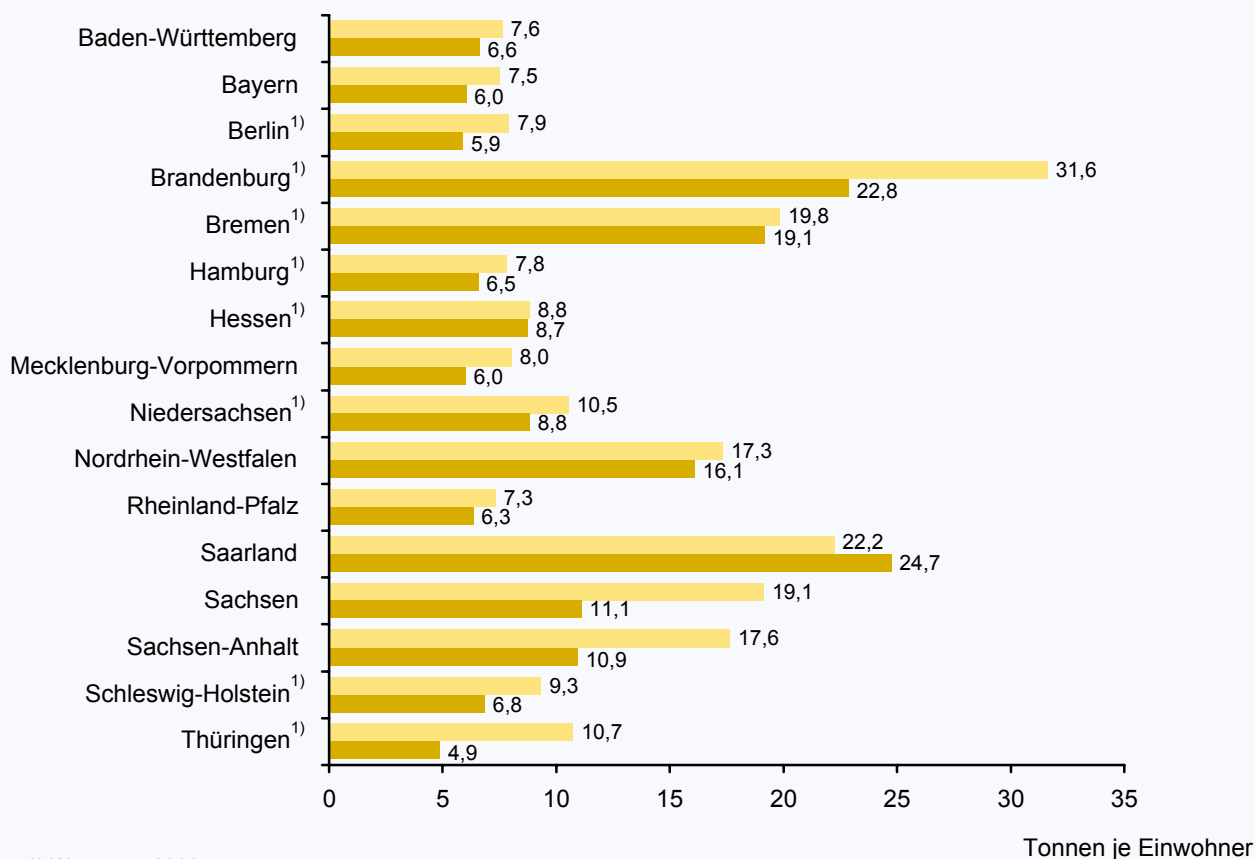
Die Energieproduktivität ist ein Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen. Die Steigerung der Energieeffizienz hat zentrale Bedeutung für Erfolge bei der angestrebten Ressourcenschonung und der Verminderung des Ausstoßes an Treibhausgasen. Der Indikator wird als Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt (als Maß der wirtschaftlichen Leistung) und dem gesamten Primärenergieverbrauch berechnet. Je höher die volkswirtschaftliche Gesamtleistung je Einheit eingesetzter Primärenergie, umso effizienter nutzt die Volkswirtschaft die beanspruchte Primärenergie. Auch die Länder wollen dem bundesweiten Ziel folgen, wonach die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 verdoppelt werden soll.

Das Niveau der Energieproduktivität variiert zwischen den Bundesländern erheblich und muss bei der Beurteilung der Steigerungsraten berücksichtigt werden. Zu Beginn der 90er-Jahre wurde in allen neuen Ländern, vor allem bedingt durch die Stilllegung energieintensiver Produktionsanlagen, ein beträchtlicher Anstieg der Energieproduktivität erreicht. Nachdem 1995 diese rasanten Strukturveränderungen zu einem vorläufigen Abschluss kamen, stieg die Energieproduktivität hier nur noch moderat. Bis heute ist die Zunahme der Energieproduktivität seit 1991 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg am höchsten.

Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch 1990 und 2007

1990

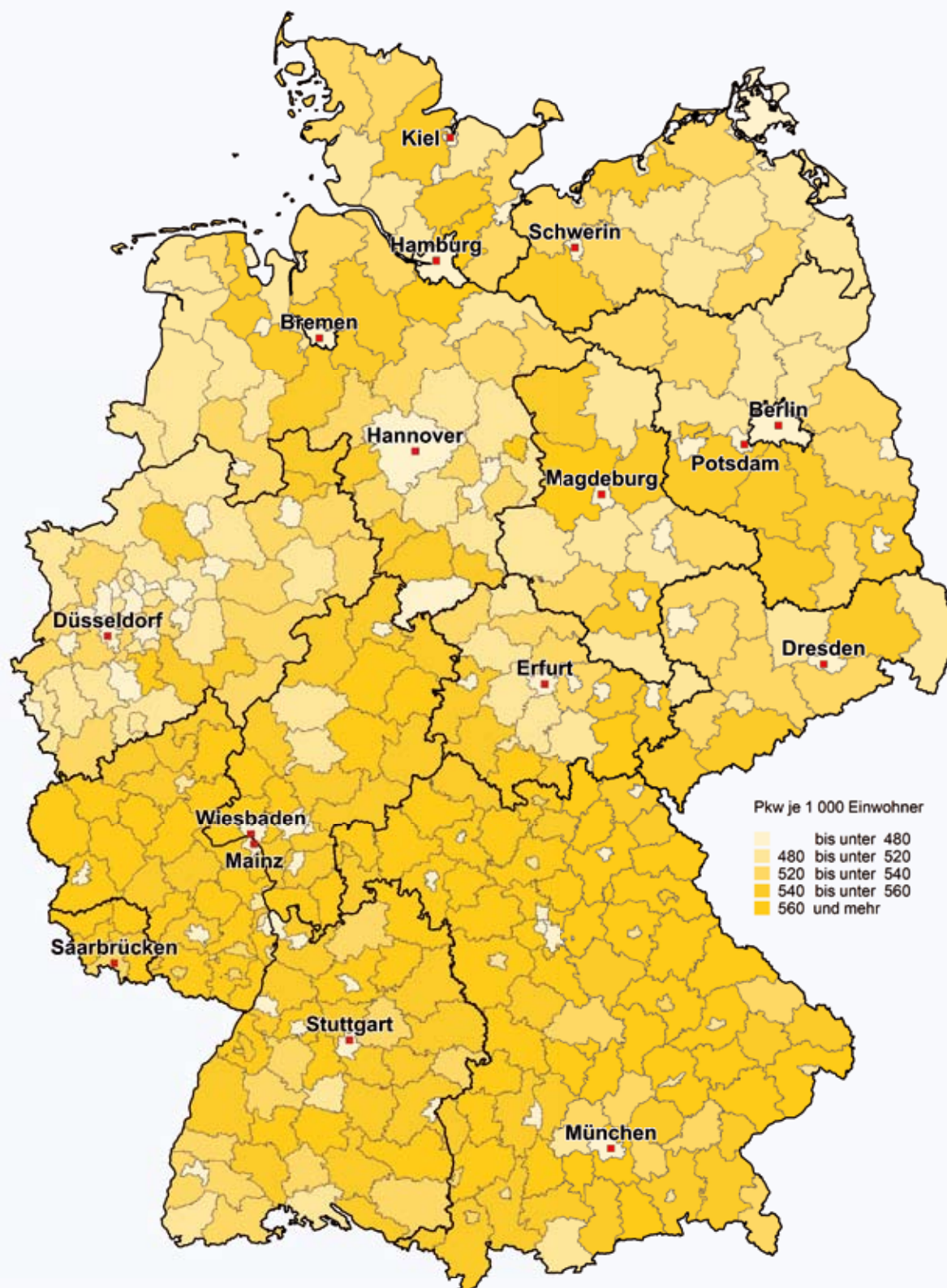
2007



Die Kennziffer zeigt die energiebedingten Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen, die bei der Verbrennung fossiler Energieträger, vor allem bei der Stromerzeugung in öffentlichen Kraftwerken und der Industrie, in Prozessfeuerungen, für die Raumwärmebereitstellung und im Verkehr entstehen. CO₂ ist mit einem Emissionsanteil von bundesweit rund 90 % das bedeutsamste Treibhausgas. Die übrigen 10 % entfallen hauptsächlich auf Methan- und Lachgasemissionen. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, seine energiebedingten CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 um 40 % zu reduzieren.

Die energiebedingten CO₂-Emissionen je Einwohner differieren zwischen den einzelnen Ländern erheblich. Vergleichsweise hohe Emissionen weisen Länder mit einem hohen Anteil der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern auf, wie z. B. das Saarland und Brandenburg. Deutschlandweit wurden die Emissionen seit 1990 bereits um mehr als 20 % gemindert. Zum Stand 2007 ist mit Ausnahme vom Saarland in allen Bundesländern eine Verringerung erkennbar. Besonders ausgeprägt waren die Reduktionen in den neuen Ländern, zu denen insbesondere zwischen 1990 bis 1995 die industriellen Umstrukturierungen führten. Bis heute gab es die stärksten Rückgänge in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Pkw-Dichte 2009 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Quelle: Statistik des Kraftfahrzeug- und Anhängerbestandes

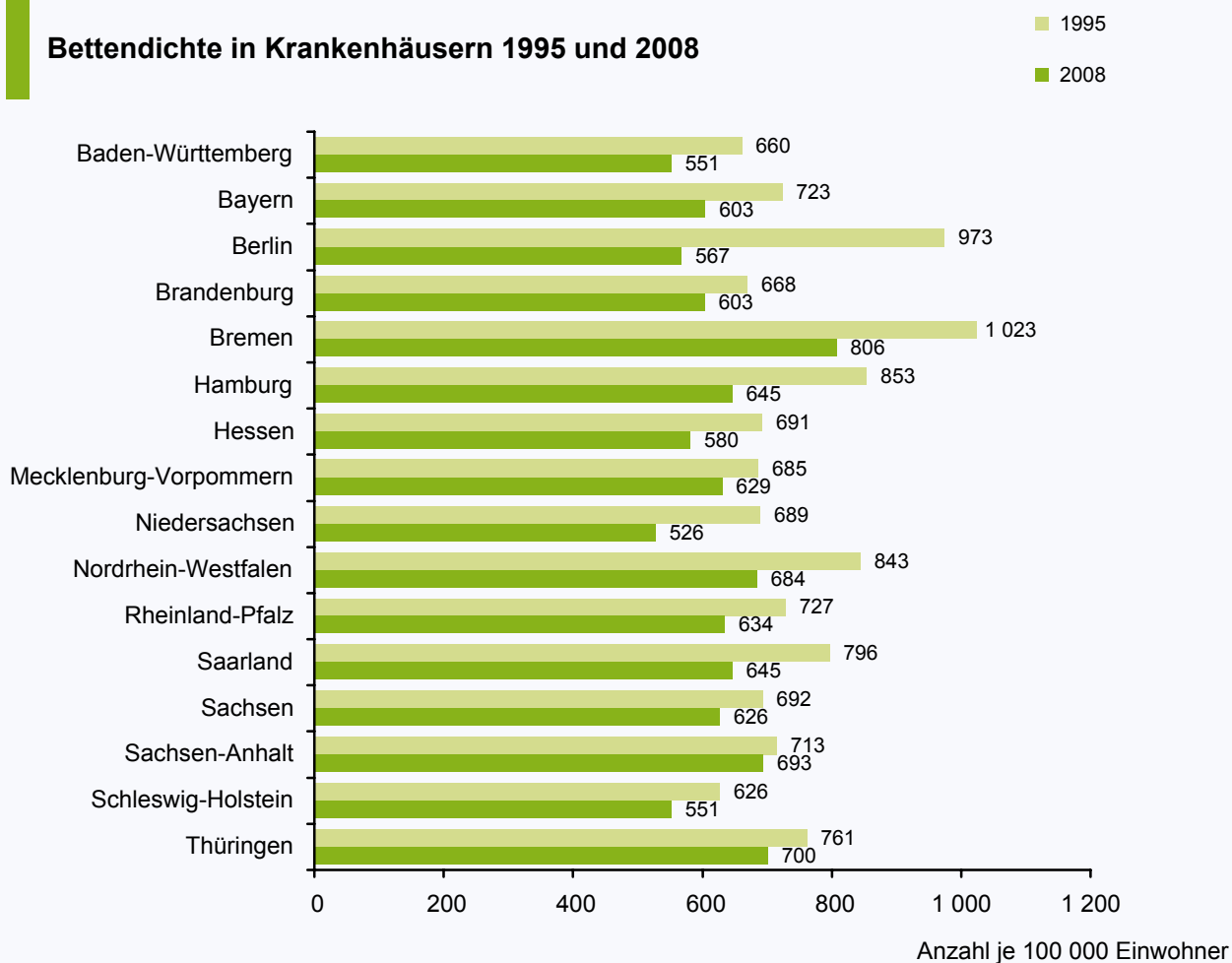
Die zunehmende Mobilisierung der Bevölkerung hat den Bestand an Kraftfahrzeugen insgesamt in den vergangenen Jahren stetig steigen lassen. Während die Deutschen im Jahr 1990 noch über 35,7 Mill. Kraftfahrzeuge verfügten, waren es Anfang 2009 schon 49,6 Mill. Kraftfahrzeuge. Die Personenkraftwagen (Pkw) stellen dabei mit gut 83 % den überwiegenden Teil der Kraftfahrzeuge, zu denen darüber hinaus Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Omnibusse, Motorräder und sonstige Krafträder zählen.

Der Anteil der Pkw an den insgesamt in den Ländern amtlich zugelassenen Kraftfahrzeugen bewegt sich zwischen 87 % in Hamburg und knapp 80 % in Bayern. Die einwohnerstärksten Bundesländer haben absolut betrachtet die höchste Anzahl an Pkw. An erster Stelle Nordrhein-Westfalen (8,8 Mill.), gefolgt von Bayern (6,8 Mill.) und Baden-Württemberg (5,7 Mill.). Die geringsten Pkw-Bestände haben dagegen Bremen (0,3 Mill.), das Saarland (0,6 Mill.) und Hamburg (0,7 Mill.).

Um einen Vergleich zwischen Raumeinheiten zu ermöglichen, wird die Pkw-Dichte als Kennzahl berechnet. Sie zeigt, wie viele Personenkraftwagen rein rechnerisch auf 1 000 Einwohner entfallen. Deutschlandweit lag die Pkw-Dichte Anfang 2009 bei etwa 504 Pkw je 1 000 Einwohner. Im Ländervergleich haben das Saarland (558 Pkw je 1 000 Einwohner), Rheinland-Pfalz (545 Pkw je 1 000 Einwohner) und Bayern (541 Pkw je 1 000 Einwohner) die höchsten Pkw-Dichten. Dagegen haben die Stadtstaaten eine deutlich geringere Pkw-Dichte: allen voran Berlin mit nur 317 gefolgt von Bremen mit 392 und Hamburg mit 401 Pkw je 1 000 Einwohner. Urban geprägte Gebiete mit einer hohen Bevölkerungsdichte verfügen zumeist über eine gut ausgebaute Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs. In ländlicheren Gebieten ist die Pkw-Dichte dagegen häufig höher.

Für gut zwei Drittel der Berufspendler ist das Auto nach wie vor das Verkehrsmittel Nummer eins für den Weg zur Arbeit. Wie bereits bei der Pkw-Dichte, weisen das Saarland mit 74 % und Rheinland-Pfalz mit 70 % die höchsten Anteile der Pkw-Nutzer an den pendelnden Erwerbstätigen auf. Berlin, Hamburg und auch Bremen stellen wiederum eine Ausnahme dar, da hier gegenüber den Flächenländern die öffentlichen Verkehrsmittel deutlich häufiger genutzt werden. In Berlin liegt der Anteil der Pendler, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen mit fast 42 % sogar höher als der Anteil der Pendler, die mit dem eigenen Fahrzeug zur Arbeit fahren.

Bettendichte in Krankenhäusern 1995 und 2008



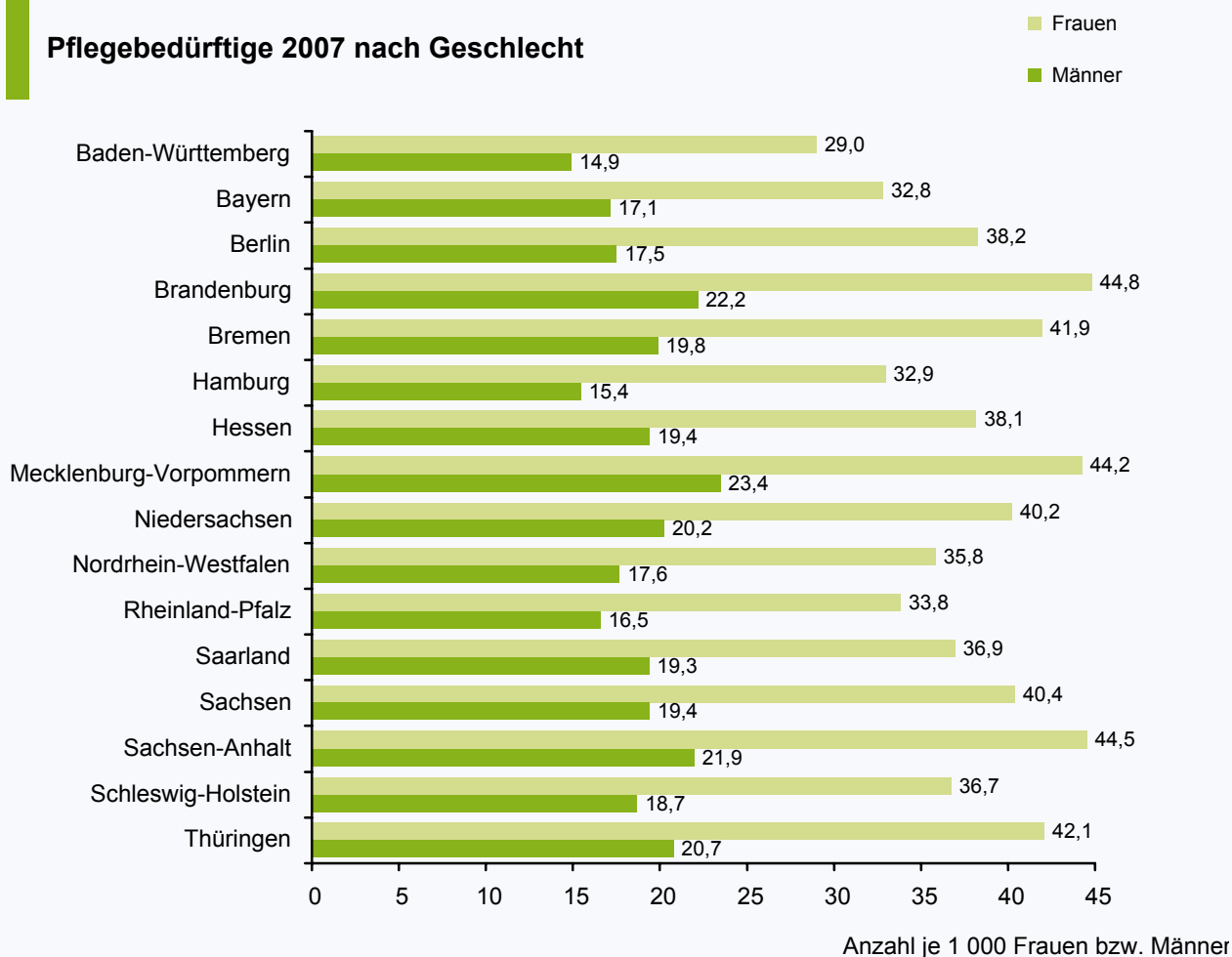
Quelle: Krankenhausstatistik, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Die Bettendichte gibt an, wie viele Krankenhausbetten im Jahresdurchschnitt je 100 000 Einwohner aufgestellt waren. Sie ist ein Maß für die stationäre Gesundheitsversorgung.

Die Zahl der aufgestellten Betten sank deutschlandweit zwischen 1995 und 2008 um knapp 106 000 auf 503 360 Betten, entsprechend nahm die Bettendichte von 746 auf 613 Betten je 100 000 Einwohner ab. Trotz der erheblichen Bettenreduzierung und steigender Patientenfallzahlen ging auch die Bettenauslastung zurück. Ursache ist die stark sinkende Verweildauer der Patienten im Krankenhaus. Dies ist auf die Einführung eines pauschalen Behandlungvergütungssystems für Krankenhäuser (Diagnosis Related Groups), den medizinischen und medizintechnischen Fortschritt sowie die Verlagerung bestimmter Behandlungen in den ambulanten Sektor zurückzuführen.

In Bremen sank die Bettendichte im Betrachtungszeitraum von 1 023 auf 806 Betten je 100 000 Einwohner. Dennoch wird in Bremen noch immer der höchste Wert aller Länder erreicht. Am geringsten war die Bettendichte 1995 in Schleswig-Holstein und 2008 in Niedersachsen. Der Abstand zwischen den Ländern mit der größten und der kleinsten Bettendichte ist deutlich geringer geworden.

Pflegebedürftige 2007 nach Geschlecht

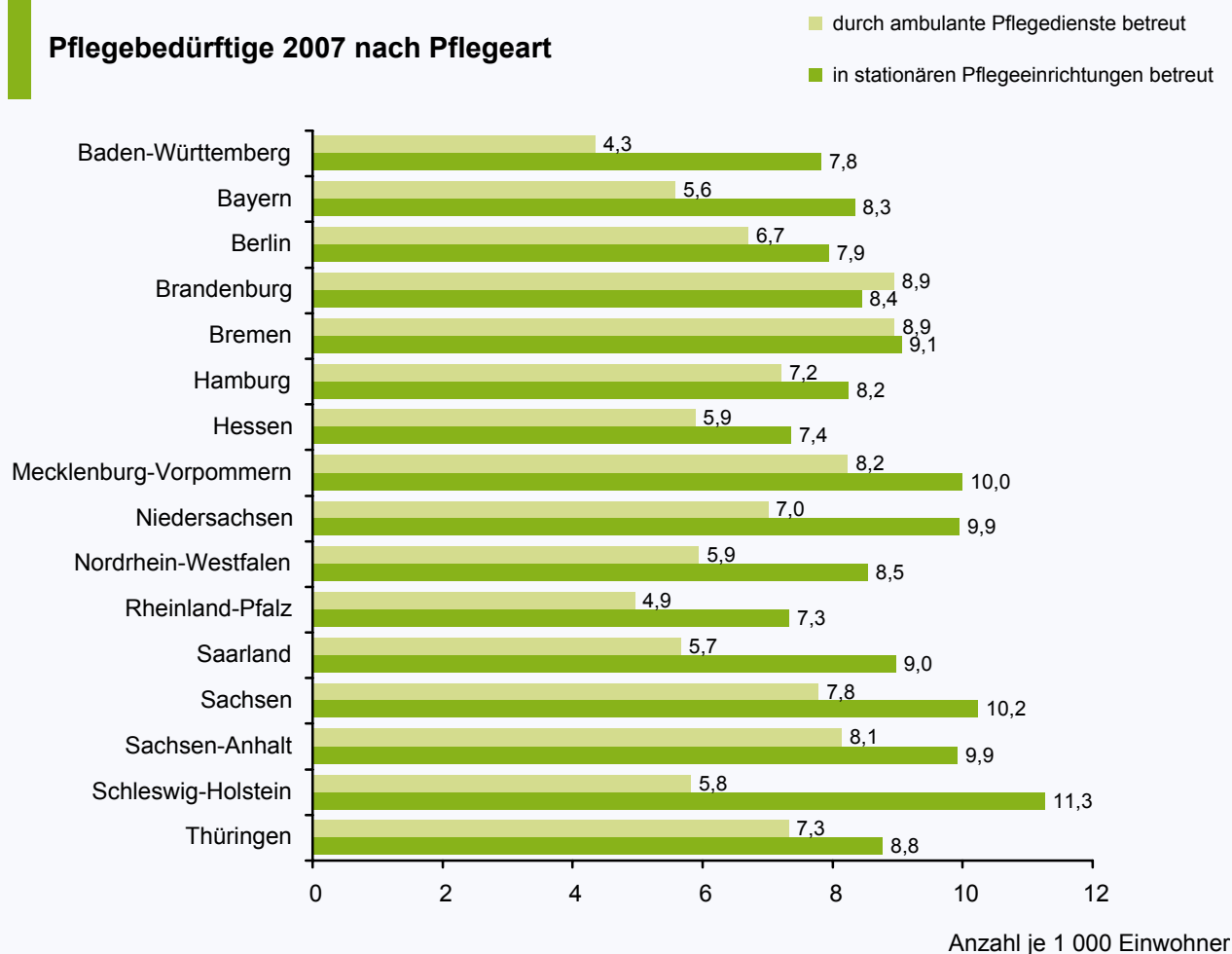


Quelle: Statistik über die Empfänger von Pflegeleistungen, Statistik über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen

Pflegebedürftige sind Personen, die in bzw. von anerkannten stationären oder ambulanten Pflegeeinrichtungen betreut werden oder bei häuslicher Pflege Pflegegeld aufgrund einer zuerkannten Pflegestufe erhalten. Pflegebedürftigkeit tritt überwiegend erst im Alter ein und nimmt mit hohem Alter stark zu. Daher sind Frauen weitaus mehr betroffen, denn sie haben eine höhere Lebenserwartung und sind außerdem als Folge des Zweiten Weltkriegs viel stärker in den Bevölkerungsgruppen höheren Alters vertreten als Männer. In den nächsten Jahrzehnten wird sich die Pflegequote immer mehr angleichen.

Im Jahr 2007 gab es in Deutschland 2,2 Mill. Pflegebedürftige. Zwei Drittel davon waren Frauen. Mit 18 von 1 000 Männern und 36 von 1 000 Frauen war der Anteil der pflegebedürftigen Männer nur halb so hoch wie der der Frauen. Die Pflegequoten in den Bundesländern variieren bei den Frauen zwischen 29 je 1 000 in Baden-Württemberg und 45 je 1 000 in Brandenburg. Bei den Männern lag die Spannbreite zwischen knapp 15 je 1 000 in Baden-Württemberg und rund 23 je 1 000 in Mecklenburg-Vorpommern.

Pflegebedürftige 2007 nach Pflegeart

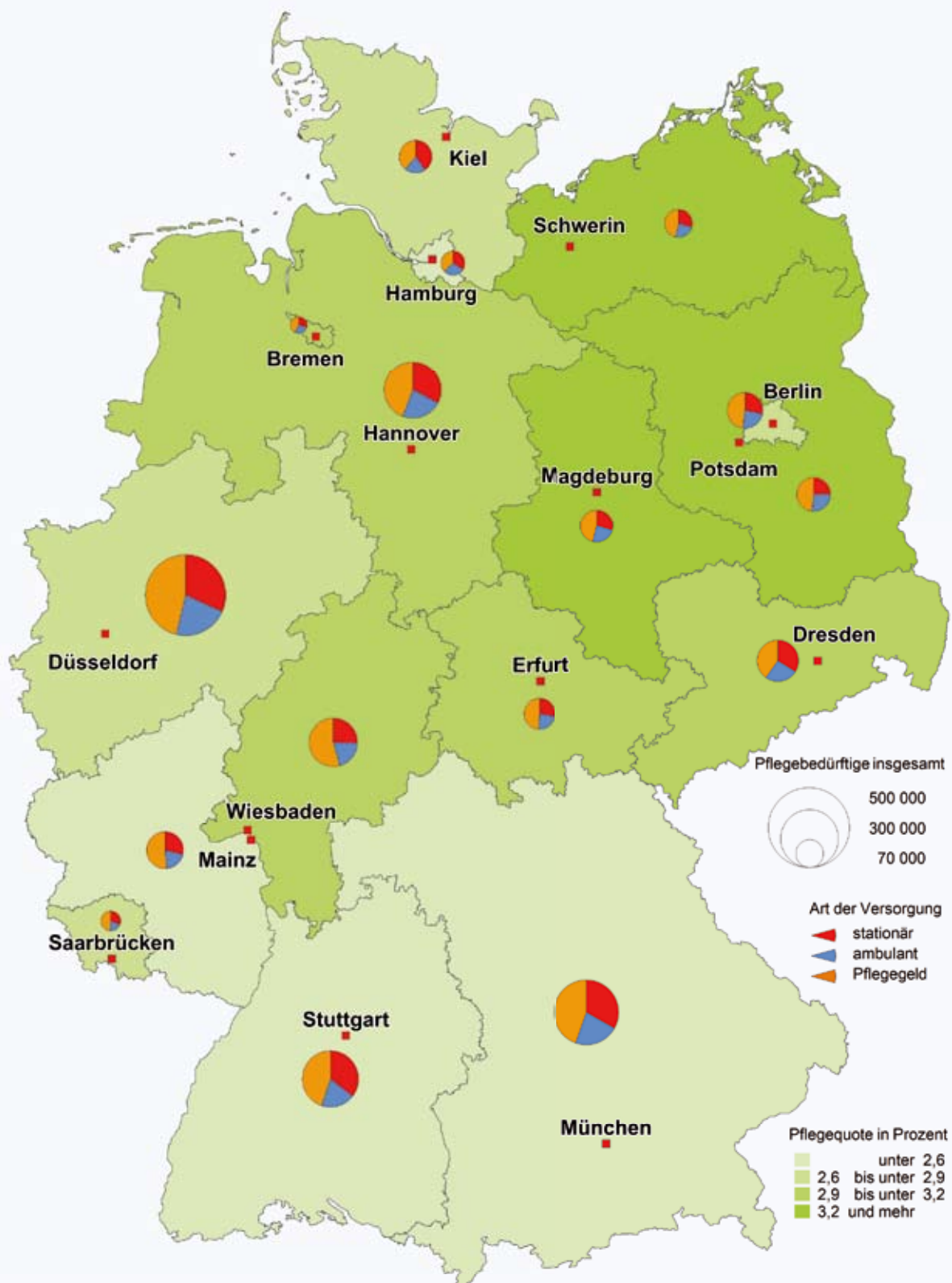


Quelle: Statistik über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen

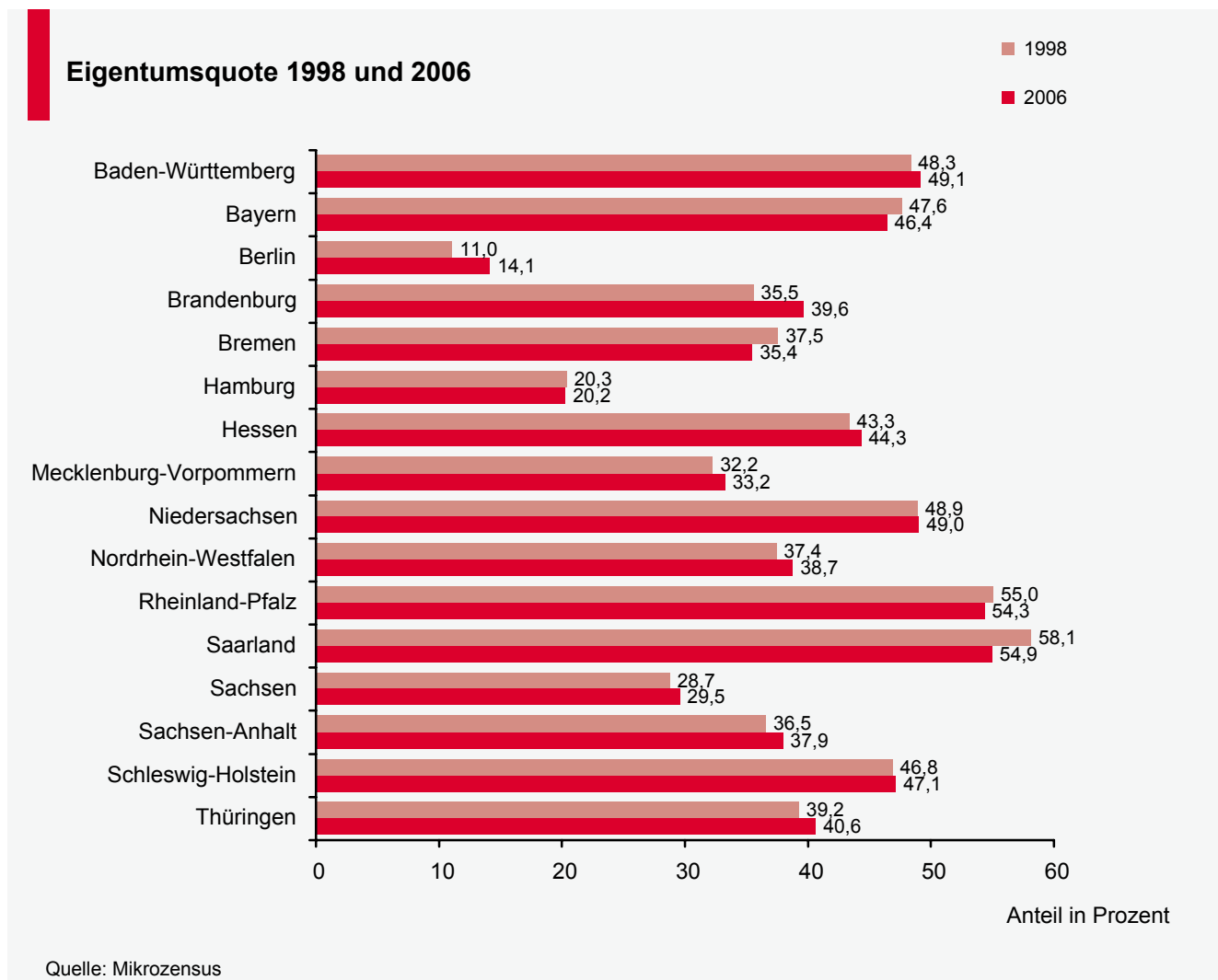
Dargestellt werden hier nur die Pflegebedürftigen, die in stationären Pflegeeinrichtungen bzw. von anerkannten ambulanten Pflegediensten betreut werden. Das waren 2007 rund 54 % aller Pflegebedürftigen. In stationären Pflegeeinrichtungen wurden 31,6 % aller Pflegebedürftigen betreut, das waren 709 311 Personen bzw. 8,6 von 1 000 Einwohnern. Deutlich über dieser Quote lagen Schleswig-Holstein (11,3), Sachsen (10,2), Mecklenburg-Vorpommern (10) sowie Sachsen-Anhalt und Niedersachsen (beide jeweils 9,9). In Rheinland-Pfalz befanden sich mit 7,3 von 1 000 Einwohnern die wenigsten Pflegebedürftigen in einer stationären Einrichtung.

Ambulante Pflegedienste betreuten 504 232 Personen bzw. 6,1 von 1 000 Einwohnern. Das entspricht 22,4 % der Pflegebedürftigen. Die im Ländervergleich größte Bedeutung hatte diese Betreuungsform in Brandenburg und Bremen mit 8,9 von 1 000 Einwohnern. Nur 4,3 von 1 000 Einwohnern nahmen in Baden-Württemberg ambulante Pflege in Anspruch, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 4,9. Brandenburg war im Jahr 2007 das einzige Land, in dem mehr Pflegebedürftige durch ambulante Pflegedienste betreut wurden als sich in stationärer Pflege befanden.

Pflegebedürftige und Pflegequoten 2007



Quelle: Statistik über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen

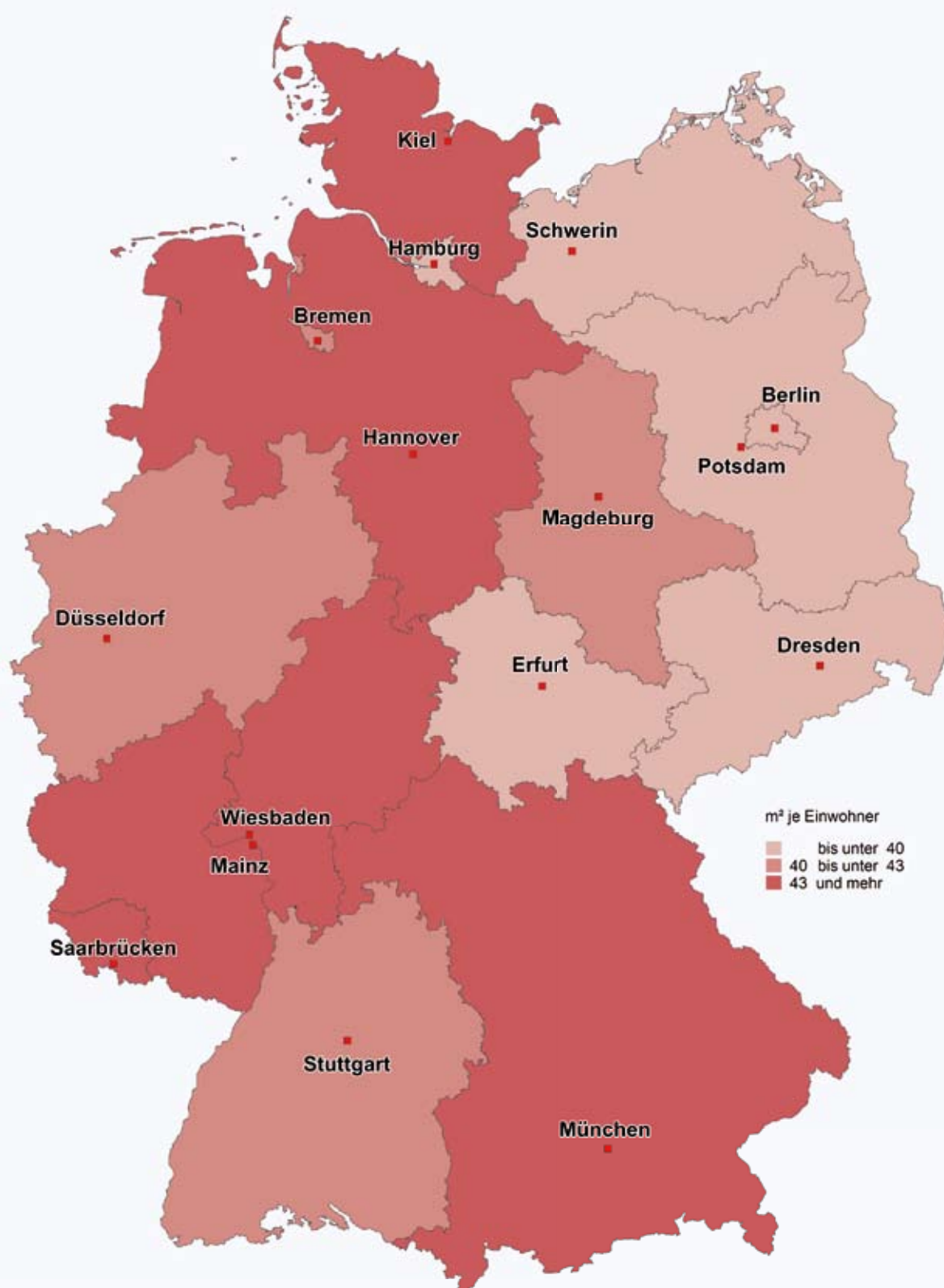


Die Eigentumsquote misst den Anteil der Haushalte, die in Wohneigentum leben, an allen Haushalten. Sie ist ein Indikator für den Stand der Vermögensbildung und der Altersvorsorge in der Bevölkerung.

Mit Abstand am häufigsten wohnen die Menschen im Saarland und in Rheinland-Pfalz in ihren eigenen vier Wänden (55 bzw. 54 %). Der hohe Anteil in diesen Ländern geht auf die dort vorherrschende ländliche Siedlungsstruktur zurück: In ländlichen Räumen wird eher Wohneigentum erworben als in Städten. Das zeigt sich auch an den Quoten für die Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Dort sind die Wohneigentumsquoten mit 14 bzw. 20 % unter allen Bundesländern am niedrigsten. Die stärksten Anteilszunahmen gab es im Betrachtungszeitraum in Brandenburg (+4,1 Prozentpunkte) und in Berlin (+3,1 Prozentpunkte).

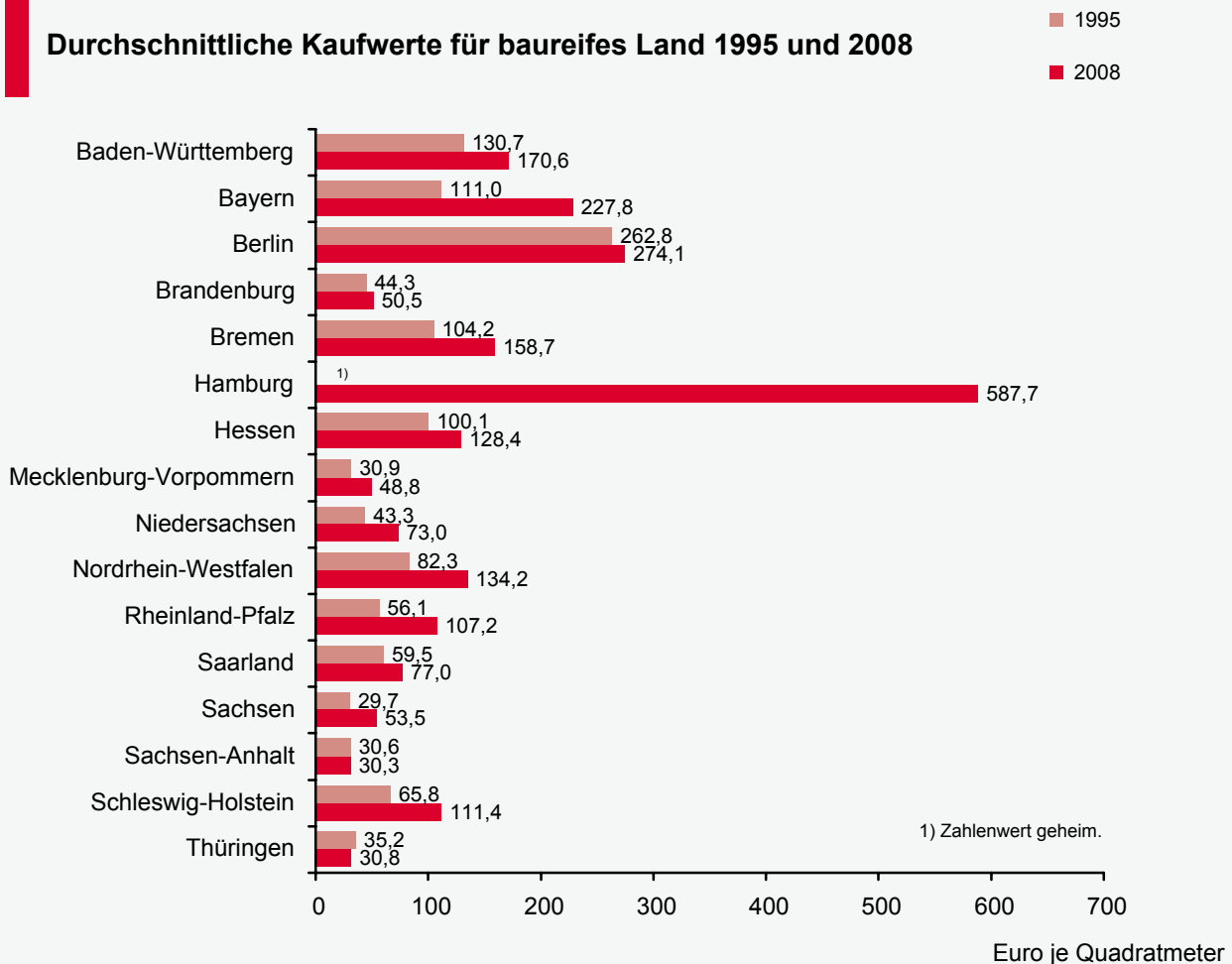
Wohneigentum ist im Durchschnitt größer als gemieteter Wohnraum. Je Einwohner stehen auch hierbei den Menschen im Saarland und in Rheinland-Pfalz die größten Wohnflächen (48 bzw. 47 m²) zur Verfügung. Im Gegenzug ist in Hamburg (36 m²), Berlin, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 39 m²) die Wohnfläche je Einwohner am geringsten.

Durchschnittliche Wohnfläche 2008



Quelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 1995 und 2008



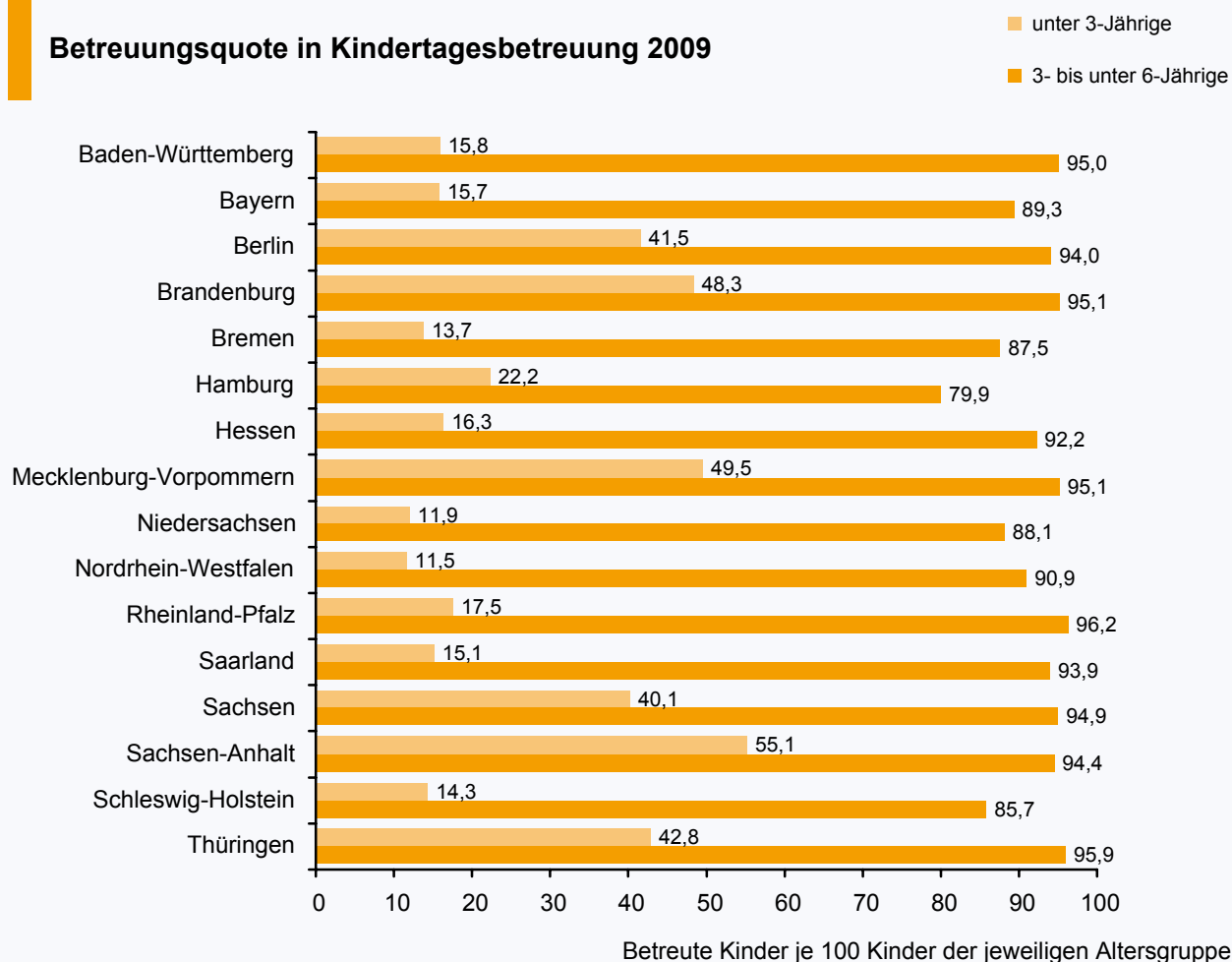
Quelle: Statistik der Kaufwerte für Bauland

Der durchschnittliche Kaufwert für baureifes Land errechnet sich als Quotient aus der Kaufsumme und der veräußerten Fläche. Baureifes Land ist bereits erschlossen und steht einer sofortigen Bebauung zur Verfügung.

Bei zeitlichen und räumlichen Vergleichen, müssen jedoch viele Faktoren bei der Interpretation berücksichtigt werden. Denn verschiedene Aspekte, wie die Lage des Baugebietes und damit die Attraktivität, die Beschaffenheit, die Größe oder auch die Nachfrage, beeinflussen die dargestellten Werte. Ebenso variieren die Kauffälle, die ab einer Größe von mindestens 100 m² erfasst werden, in ihrer Zahl und Art von Jahr zu Jahr. Nicht zuletzt sind die zulässigen Gestaltungsmöglichkeiten nach den örtlichen Bebauungsplänen entscheidend. Damit beruht die Entwicklung der Kaufwerte nicht allein auf den Preisen sondern auch auf den Veränderungen der Zusammensetzung der Kauffälle und der regionalen Struktur in den einzelnen Ländern.

Baureifes Land ist im Betrachtungszeitraum in fast allen Ländern teurer geworden. Lediglich in Thüringen und Sachsen-Anhalt sanken die Preise leicht. Mit 30,80 bzw. 30,30 Euro je m² Bauland dort am günstigsten.

Betreuungsquote in Kindertagesbetreuung 2009



Quelle: Statistik der Kinder- und Jugendhilfe

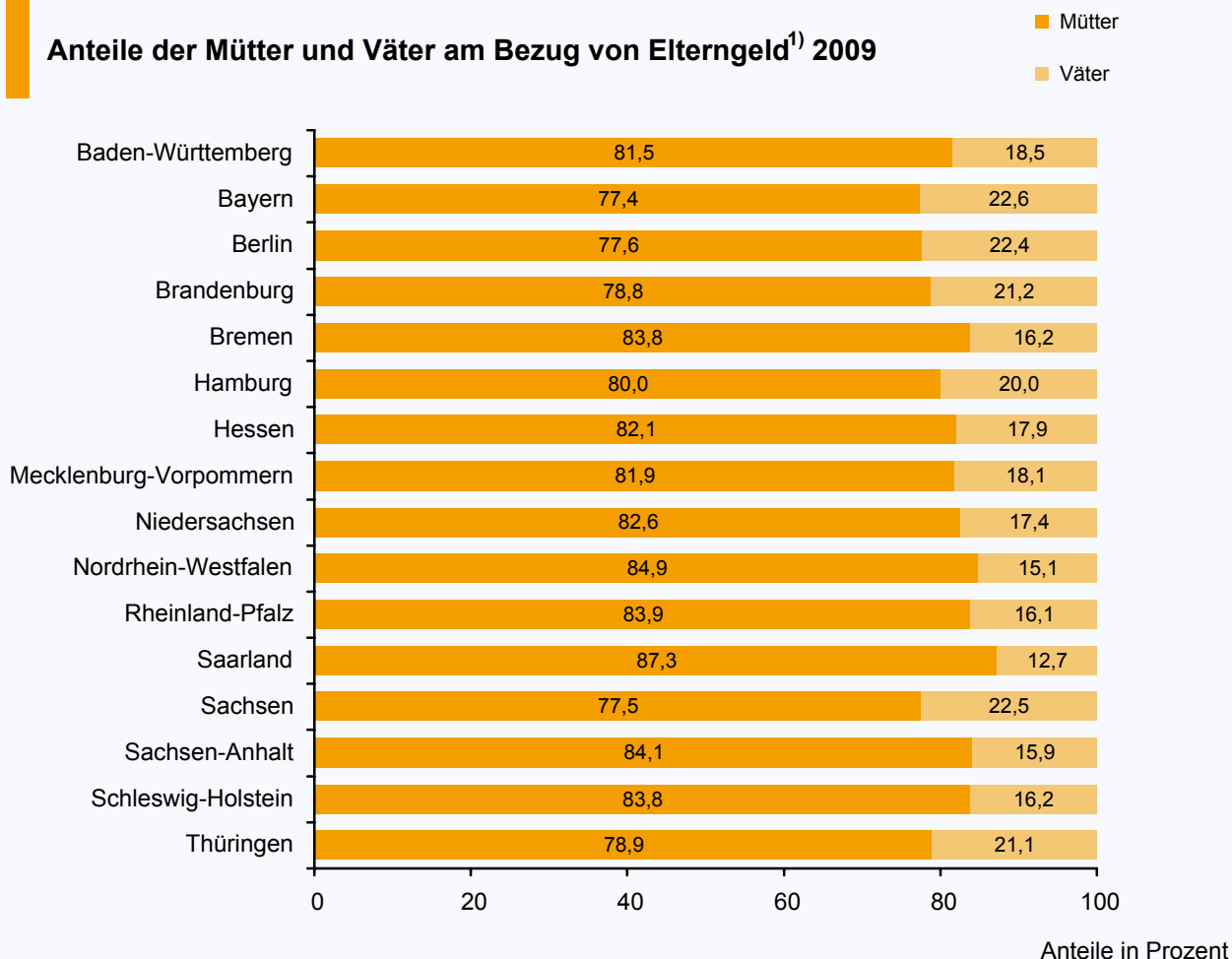
Diese Kennzahl stellt den Anteil der betreuten Kinder in den Kindertageseinrichtungen oder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege gemessen an den Kindern der entsprechenden Altersgruppe der Bevölkerung dar.

Bundesweit wurden im Jahr 2009 rund 2,34 Mill. unter 6-Jährige in der Kinderbetreuung gezählt. Das waren 5 % mehr als 2006. Rund 97 % der Kinder wurden in Kindertageseinrichtungen und rund 3 % in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut.

Für fast jedes fünfte Kind unter drei Jahren wurde 2009 bundesweit die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung oder in der öffentlich geförderten Kindertagespflege in Anspruch genommen. Weit über dem Bundesdurchschnitt von 20 % lagen Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Berlin und Sachsen mit Werten zwischen 40 und 55 %.

Für 3- bis unter 6-Jährige lag die Betreuungsquote 2009 bundesweit bei 92 % (2006: 87 %). Rheinland-Pfalz weist in dieser Altersgruppe mit mehr als 96 % die höchste Quote aus, gefolgt von Thüringen. Die geringsten Betreuungsquoten wurden in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen ausgewiesen.

Anteile der Mütter und Väter am Bezug von Elterngeld¹⁾ 2009



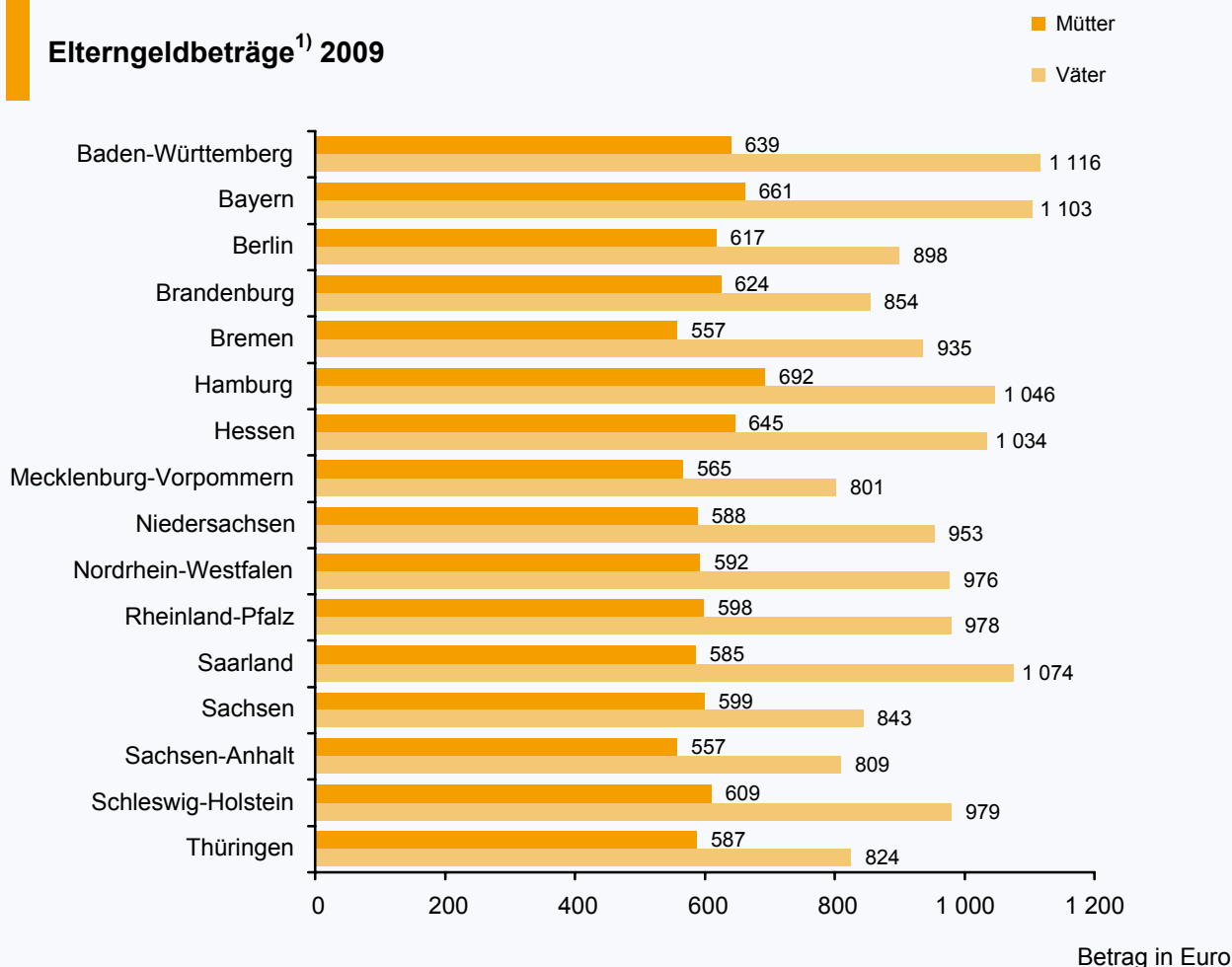
1) An den gemeldeten beendeten Leistungsbezügen.
Quelle: Statistik zum Elterngeld

Ziel des Elterngeldes ist die finanzielle Unterstützung von Familien nach der Geburt eines Kindes. Betrachtet wird die Inanspruchnahme durch Mütter und Väter sowie die Höhe des monatlich durchschnittlich bewilligten Elterngeldbetrags.

Im Jahr 2009 haben in Deutschland knapp 801 000 Mütter und Väter Elterngeld in Anspruch genommen. Die Väter stellten dabei nur knapp 19 % der Leistungsbezieher. Besonders häufig nutzten Väter in Bayern, Sachsen und Berlin mit jeweils über 22 % die Möglichkeit des Elterngeldes. Dagegen waren im Saarland nur 12,7 % der Leistungsbezieher männlich.

Im ersten Lebensjahr übernehmen hauptsächlich die Mütter die Betreuung der Kinder und beantragen das Elterngeld über die maximal möglichen zwölf Monate. Zunehmend nutzen aber auch Väter die Möglichkeit des Elterngeldes. Für die Betreuung ihrer Kinder schränken sie ihre Erwerbstätigkeit überwiegend für die zwei Partnermonate ein. Bei über der Hälfte der Paare beziehen Mutter und Vater das Elterngeld zumindest zeitweise gemeinsam.

Elterngeldbeträge¹⁾ 2009

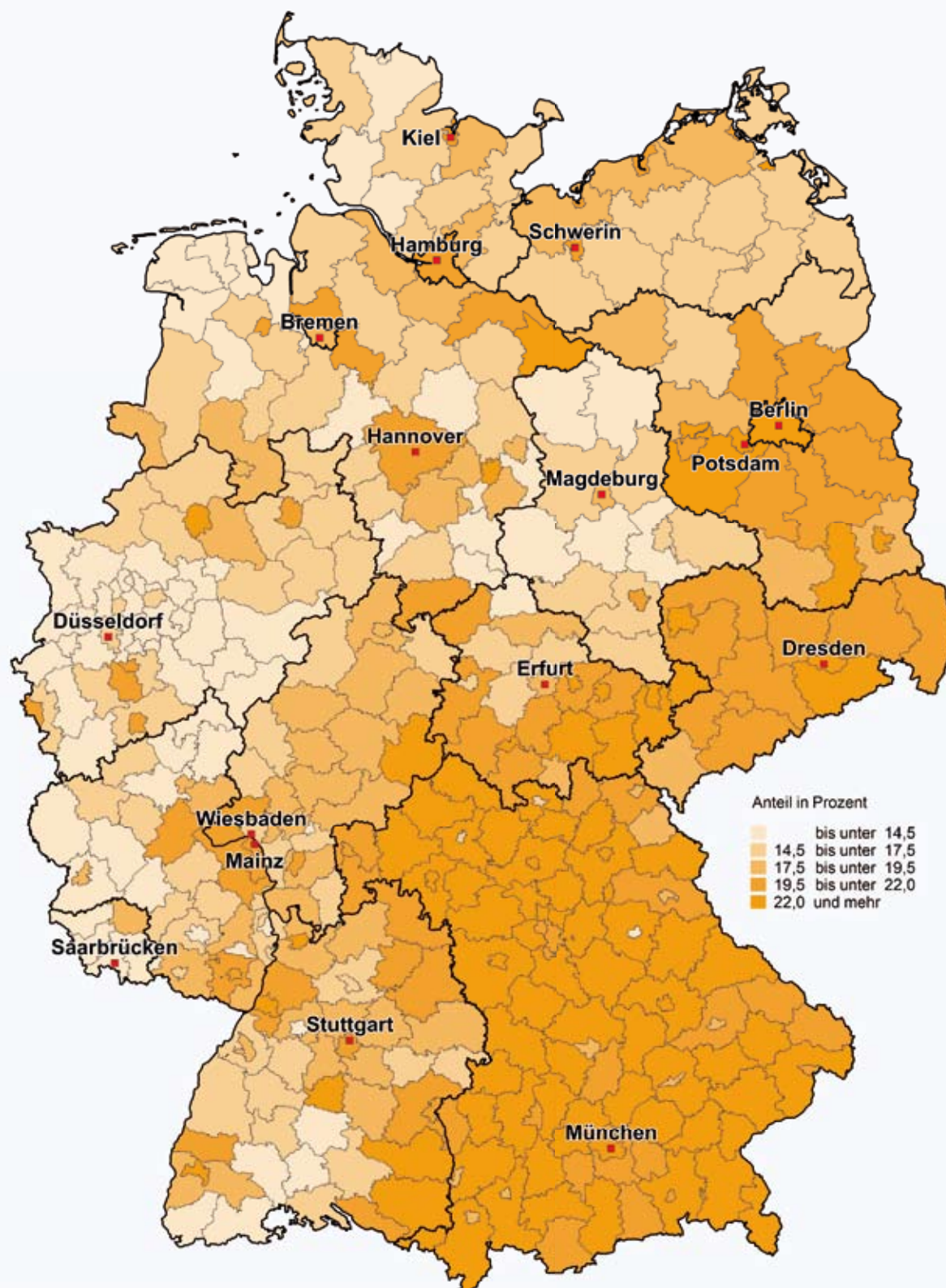


1) Durchschnittlich bewilligter Elterngeldbetrag (monatlich) für gemeldete beendete Leistungsbezüge.
Quelle: Statistik zum Elterngeld

Deutschlandweit lag der durchschnittliche Elterngeldbetrag im Jahr 2009 bei 687 Euro. Grundlage für die Berechnung des Elterngeldes ist das bisherige Einkommen des betreuenden Elternteils. Mütter hatten 2009 in Deutschland einen durchschnittlichen Elterngeldanspruch von 617 Euro. Den mit Abstand höchsten Elterngeldbetrag erhielten mit durchschnittlich 692 Euro die Frauen in Hamburg. Ein wesentlicher Aspekt dafür sind die überdurchschnittlichen Erwerbseinkommen der Mütter vor der Geburt ihrer Kinder. Die niedrigsten Elterngeldbeträge wurden in Bremen und Sachsen-Anhalt mit jeweils 557 Euro gezahlt, in Mecklenburg-Vorpommern waren es 565 Euro.

Väter erhielten deutschlandweit durchschnittlich 996 Euro Elterngeld. Die höchsten Elterngeldansprüche hatten Väter in Baden-Württemberg (1 116 Euro), Bayern (1 103 Euro) und im Saarland (1 074). In diesen Ländern waren vor der Geburt der Kinder auch mit Abstand die meisten Väter erwerbstätig (über 88 %). Die niedrigsten Elterngeldbeträge erhielten Väter in Mecklenburg-Vorpommern (801 Euro) und Sachsen-Anhalt (809 Euro).

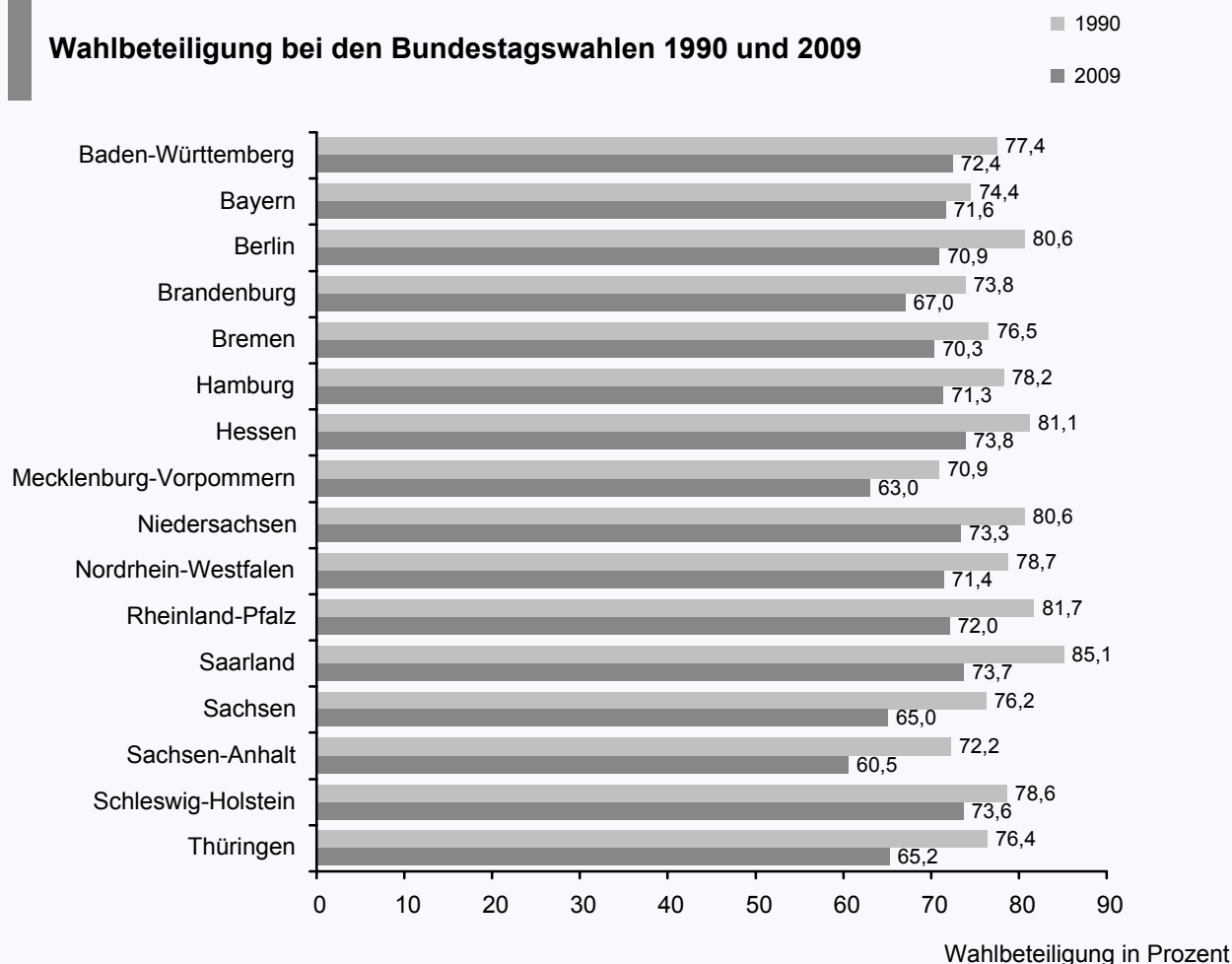
**Anteil der Väter an den Elterngeldbeziehern¹⁾ 2009
in den kreisfreien Städten und Landkreisen**



Quelle: Statistik zum Elterngeld

1) Gemeldete beendete Leistungsbezüge
nach dem Wohnort der Leistungsbezieher.

Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1990 und 2009



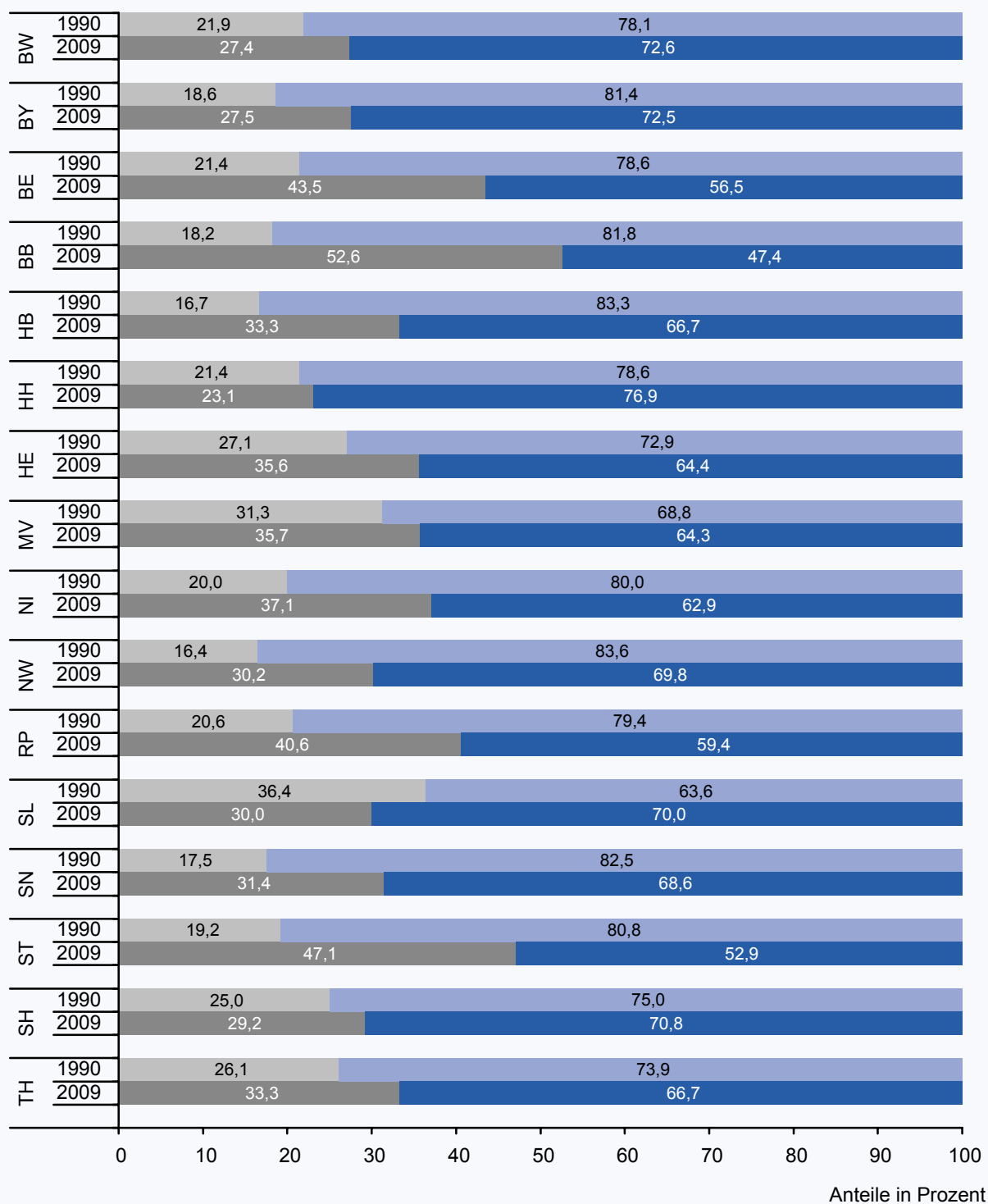
Quelle: Bundeswahlleiter

Am 2. Dezember 1990 fand die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag statt. Dabei handelte es sich um die erste gesamtdeutsche Wahl nach der Wiedervereinigung. Hierbei waren bundesweit rund 60,4 Mill. Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, von denen knapp 47 Mill. an der Wahl teilgenommen haben. Daraus resultierte eine Wahlbeteiligung von 77,8%. Unter den Ländern war die höchste Wahlbeteiligung mit 85,1 % im Saarland zu verzeichnen. Mit deutlichem Abstand folgten Rheinland-Pfalz und Hessen, wo sich noch 81,7 bzw. 81,1 % der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligten. Am geringsten war mit 70,9% dagegen die Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern.

Knapp zwei Jahrzehnte später bei der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 fiel die Beteiligung auf nur noch 70,8% und erreicht damit den niedrigsten Stand seit der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag im Jahr 1949. Gegenüber der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 ist in allen Ländern ein deutlicher Rückgang des Wahlinteresses zu beobachten, wobei die Spanne von –2,8 in Bayern bis –11,7 Prozentpunkte in Sachsen-Anhalt reichte. Mit 60,5 % wies Sachsen-Anhalt 2009 zugleich auch die niedrigste Wahlbeteiligung unter den Ländern auf, während in Hessen mit 73,8 % die Beteiligung am höchsten war.

Mandatsverteilung bei den Bundestagswahlen 1990 und 2009 nach Geschlecht

■ Frauen
■ Männer



Quelle: Bundeswahlleiter, Auswertung von Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

Bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 waren 656 Abgeordnete zu wählen. Aufgrund von Überhangmandaten, die entstehen, wenn eine Partei in einem Land über die Erststimme mehr Direktmandate gewinnt als ihr gemäß dem Zweitstimmenanteil dort zustehen, wurden jedoch tatsächlich 662 Mandate vergeben. Von diesen 662 Gewählten waren 136 bzw. 20,5 % weiblich.

In der Differenzierung nach Ländern zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich des Frauenanteils unter den Mandatsträgern. Die höchsten Anteile bei der Bundestagswahl 1990 wiesen das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern auf, wo 4 von 11 bzw. 5 von 16 und damit rund ein Drittel der Gewählten weiblich waren. In Hessen (13 von 48), Thüringen (6 von 23) und Schleswig-Holstein (6 von 24) ging etwa ein Viertel der Mandate an Frauen. Im Gegensatz dazu war in Nordrhein-Westfalen (24 von 146) und Bremen (1 von 6) nur jeder sechste Mandatsträger weiblich.

Bei der letzten Bundestagswahl am 27. September 2009 erhielten wesentlich mehr Frauen ein Bundestagsmandat als 20 Jahre zuvor. So waren 2009 von den insgesamt 622 Gewählten (einschließlich 24 Überhangmandate) 204 weiblich. Dies entspricht einem Anteil von 32,8 %. Damit ist der Frauenanteil gegenüber 1990 um 12,3 Prozentpunkte gestiegen.

In fast allen Ländern war der Anteil der weiblichen Gewählten 2009 höher als kurz nach der Wiedervereinigung. Eine Ausnahme bildet das Saarland, wo von 10 Mandaten nur noch 3 auf Frauen entfielen. Der höchste Anteil war in Brandenburg zu verzeichnen. Hier waren bei der Bundestagswahl 2009 mehr als die Hälfte, nämlich 10 von 19, der Gewählten weiblich. Mit Anteilen von über 40 % waren Frauen auch in Sachsen-Anhalt (8 von 17), Berlin (10 von 23) und in Rheinland-Pfalz (13 von 32) weitaus stärker unter den Gewählten vertreten als im Bundesdurchschnitt. Dagegen gingen in Hamburg nur 3 von 13 der Bundestagsmandate an Frauen, womit in der Hansestadt der geringste Frauenanteil unter den Ländern zu verzeichnen war. Nur geringfügig höher lag der entsprechende Anteil in Baden-Württemberg (23 von 84), Bayern (25 von 91) und Schleswig-Holstein (7 von 24), wo trotz einer Steigerung gegenüber der ersten Bundestagswahl nach der Wiedervereinigung bei der Wahl 2009 immer noch weniger als 30 % der Gewählten weiblich waren.

Sie möchten mehr wissen?

Die vorliegende Veröffentlichung kann nur einen kleinen Einblick in die thematische Fülle der amtlichen Statistik geben. Die statistischen Ämter der Länder erfassen und verarbeiten jedes Jahr eine Vielzahl von Daten und Fakten aus allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen ihres Landes. Diese bilden die Grundlage für eigene, landesspezifische Veröffentlichungen und Informationsangebote, aber auch für abgestimmte Gemeinschaftsprodukte, die den länderübergreifenden Vergleich ermöglichen.

Das gemeinsame Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist die zentrale Anlaufstelle für die länderübergreifende Datensuche:

www.statistikportal.de

Hier finden Sie unter anderem

- eine Vielzahl von Datentabellen zu zentralen Themen der amtlichen Statistik, diese werden monatlich aktualisiert.
- den Zugang zu zwei statistischen Datenbanken (Gemeinsames Neues Statistisches Informations-System: GENESIS), über die das breit gefächerte Datenangebot der amtlichen Statistik in komfortabler Weise recherchiert und abgerufen werden kann. Dabei enthält die Datenbank GENESIS-online Informationen auf Bundes- und Landesebene. Die „Regionaldatenbank Deutschland“ hingegen enthält Daten bis auf die Ebene der Stadt- und Landkreise.
- zahlreiche Gemeinschaftsveröffentlichungen in verschiedenen Dateiformaten zum (kostenfreien) Herunterladen oder zum Bestellen.
- den Zugang zum Interaktiven Regionalatlas, in dem über 80 Indikatoren zu einer Vielzahl von Themenbereichen der amtlichen Statistik für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands abgebildet werden. Für jede Karte wird dem Anwender ein großes Spektrum an Interaktionsmöglichkeiten für die Visualisierung und Abfrage der Informationen geboten.
- den Zugang zum Gemeindeverzeichnis, das für alle Gemeinden Deutschlands die Einwohnerzahl, die Fläche, die Postleitzahl sowie Angaben zur Verwaltungsgliederung enthält.
- zahlreiche Links zu wichtigen statistischen Einrichtungen und Kontaktpartnern.
- das Gemeinsame Veröffentlichungsverzeichnis der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Arbeitskreise und Arbeitsgruppen des Bundes und der Länder zu Themen der Statistik

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
www.vgrdl.de
- Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnung der Länder“
www.ugrdl.de
- Länderarbeitskreis Energiebilanzen
www.lak-energiebilanzen.de
- Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
www.statistik-bw.de/Landwirtschaft/LGR
- Sozialberichterstattung
www.amtliche-sozialberichterstattung.de

Weitere wichtige Internetadressen

- Statistisches Bundesamt
www.destatis.de
- Gemeinsames Internetangebot der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Deutschland
www.forschungsdatenzentrum.de
- Zensus 2011
www.zensus2011.de

Anschriften



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

www.statistik-bw.de

Auskunftsdienst
E-Mail auskunftsdienst@stala.bwl.de
Telefon 0711 641-2833
Fax 0711 641-2973



Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Neuhauser Straße 8
80331 München

www.statistik.bayern.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-218 / -335
Fax 089 2119-1580



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik-bbb.de
Telefon 0331 39-444
Fax 0331 39-418



Dortustraße 46
14467 Potsdam

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik-bbb.de
Telefon 0331 39-444
Fax 0331 39-418



Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14-16
28195 Bremen

www.statistik.bremen.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.bremen.de
Telefon 0421 361-10541 / -6070
Fax 0421 361-4310 / -6168



Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Steckelhörn 12
20457 Hamburg

www.statistik-nord.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik-nord.de
Telefon 040 42831-1766
Fax 040 42831-1333



Fröbelstraße 15-17
24113 Kiel

www.statistik-nord.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik-nord.de
Telefon 0431 6895-9393
Fax 0431 6895-9372



Hessisches Statistisches Landesamt

Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden

www.statistik-hessen.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik-hessen.de
Telefon 0611 3802-802
Fax 0611 3802-890



Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 287
19059 Schwerin

www.statistik-mv.de

Auskunftsdienst
E-Mail statistik.auskunft@statistik-mv.de
Telefon 0385 4801-4467 / -4434
Fax 0385 4801-4416



Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

www.lskn.niedersachsen.de

Auskunftsdienst
E-Mail statistik-auskunft@lskn.niedersachsen.de
Telefon 0511 9898-1132 / -1134
Fax 0511 9898-4132



Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik

Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf

www.it.nrw.de

Auskunftsdienst
E-Mail statistik-info@it.nrw.de
Telefon 0211 9449-2495 / -2525
Fax 0211 9449-2104



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

www.statistik.rlp.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@statistik.rlp.de
Telefon 02603 71-4444
Fax 02603 71-194444



Statistisches Amt Saarland

Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken

www.statistik.saarland.de

Auskunftsdienst
E-Mail statistik@lzd.saarland.de
Telefon 0681 501-5925
Fax 0681 501-5915



Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Macherstraße 63
01917 Kamenz

www.statistik.sachsen.de

Auskunftsdienst
E-Mail auskunft@statistik.sachsen.de
Telefon 03578 33-1913
Fax 03578 33-1921



Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Merseburger Straße 2
06110 Halle (Saale)

www.statistik.sachsen-anhalt.de

Auskunftsdienst
E-Mail info@stala.mi.sachsen-anhalt.de
Telefon 0345 2318-777
Fax 0345 2318-913



Thüringer Landesamt für Statistik

Europaplatz 3
99091 Erfurt

www.statistik.thueringen.de

Auskunftsdienst
E-Mail auskunft@statistik.thueringen.de
Telefon 0361 3784-642 / -647
Fax 0361 3784-699

Zur Projektgruppe, die die Publikation „Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik“ konzipiert, koordiniert und begleitet haben, gehören:

Romy Feldmann, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Federführung)

Dr. Jürgen Delitz, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Koba Krause, Statistisches Amt Saarland

Barbara Rösel, Statistisches Landesamt Bremen

Cornelia Schwarck, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Babe-Anke Staude, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

